

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

50. Woche für die Zeit vom 8. bis 14. Dezember 1905.

Posen, den 19. Dezember 1905.

B e r i c h t

über die am 10. d. M. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Knechtel'schen Saale in Bux abgehaltene
öffentliche Versammlung des Vereins „Straz“.

Posen, den 11. Dezember 1905.

Die Versammlung war von etwa 500 Personen, meist Landleuten, besucht. Von der Intelligenz waren anwesend: **Bikar von Dranski, Manjionar Dykier**, Gutsbesitzer Szubert-Großdorf, Amt, Gutsbesitzer Kowalski-Wyszocka, Rittergutsbesitzer von Niegolewski-Niegolewo, Gutsverwalter Sokolnicki-Wojnowiec, das frühere Magistratsmitglied Gintrowicz. Der Einberufer, Manjionar Dykier, eröffnete 3 $\frac{3}{4}$ Uhr Nachmittags die Versammlung mit dem katholischen Gruß und ermahnte die Versammelten, sich während der ganzen Dauer der Versammlung ruhig und anständig zu benehmen. Diese wäre kein Unterhaltungsabend, sondern eine politische Versammlung, die aus den verschiedensten Gründen sehr leicht aufgelöst werden könnte. Er verbitte sich also ganz energisch jegliche Unruhe. Sollte trotzdem irgend eine Störung vorkommen, so werde er sich schon zu helfen wissen und den Ruhestörer durch vernünftig denkende Leute gewaltsam entfernen lassen. Er teilte ferner mit, daß der Hauptvorstand in Posen einen Delegierten, den Herrn Dr. Jaworski, gesandt hätte. (p. Jaworski wird von Dykier den Anwesenden vorgestellt und von diesen lebhaft begrüßt).

Ehe er jedoch — so fuhr Dykier fort — dem Delegierten das Wort erteile, möchte er noch selbst einige Worte sprechen. Dykier sagte nunmehr etwa folgendes:

„Es ballt sich ein Unwetter am Himmel zusammen. Schwarze Wolken türmen sich am Firmament auf, Blitze erhellen nur auf Augenblicke die in tiefes Dunkel gehüllte Erde. Der Sturmwind heult und pfeift und aus der Ferne hören wir ein unheilverkündendes Brausen. Wir eilen hin und sehen, daß wir uns an der See befinden, sehen, wie die empörten Wogen sich auf und nieder wälzen. Doch was sehen wir! — Ein Schiff befindet sich in dem empörten Element, es kämpft verzweifelt um seine Existenz. Wird es dem Schiff gelingen, den sicheren Port zu erreichen? Man muß es bezweifeln, denn schon neigt es sich auf die Seite und gierig stürzen die Wellen hinein. Nur die schnellste Hilfe kann es retten.

Und dieses Schiff ist unsere Nation! Auch unsere Nation steht kurz vor dem Untergang, auch sie kann nur durch schnellste Hilfe gerettet werden. Daher

ist es die Pflicht aller wahren Polen, sich wie ein Mann an die Rettungsarbeit zu machen, um das Schiff, unsere Nation, vor dem Untergang zu retten. Erfolg kann jedoch eine Rettungsaktion, selbst die bestgemeinte, nur dann haben, wenn sie verständlich angegriffen wird, wenn jeder weiß, auf welchen Platz er hingehört, wenn jeder weiß, was er zu tun hat. Und diese Organisation soll der Verein Straz bewirken.

Der Verein Straz will durchaus keine Angriffspolitik treiben. Wer dieses je gedacht hat, irrt sich gewaltig. Der Verein Straz soll auch keine Streiks oder gar Revolutionen arrangieren. Durchaus nicht! **Und überdies sind wir heutzutage auch zu schlau, solche Dummheiten zu machen.** Nein! Der Verein Straz will nur ein gesetzliches Ziel verfolgen, will uns unsere verloren gegangenen Rechte und Privilegien zurückverlangen. Wir wollen nur das haben, was uns die preussischen Könige zugesagt haben. Diese uns versprochenen Rechte sollen aber nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern sie sollen in die Tat umgesetzt werden. Auch wir wollen endlich vollgültige Bürger sein und nicht Bürger zweiter Klasse, auch dazu soll uns der Verein Straz verhelfen. Es wird gegenwärtig sehr viel von der Germanisierung gesprochen. Das wäre an und für sich gar nicht schlimm, aber hinter der Germanisierung ist etwas versteckt, das für uns Katholiken von ungleich weitergehender Tragweite ist, — **das Protestantisieren.** Das aber soll ihnen doch nicht gelingen, das sollen sie doch nicht erreichen, das darf und soll nicht sein. Wir wollen katholisch bleiben und werden uns niemals zu Protestanten machen lassen.“

Dykier berief nun zum stellvertretenden Vorsitzenden das frühere Magistratsmitglied Stephan Gintrowicz, zum Schriftführer den Droguisten Szczodrowski und erteilte dann dem Schriftführer des Hauptvorstandes in Posen, Dr. Jaworski, das Wort.

Jaworski sprach etwa folgendes:

„Geliebte Landsleute!

An euren gespannten Blicken sehe ich, daß ihr von mir, dem Delegierten des Hauptvorstandes, viel erwartet. Ich weiß nun nicht, ob ich imstande sein werde, eure Erwartungen zu erfüllen, auf jeden Fall bitte ich euch aber, Nachsicht mit mir zu haben und den guten Willen für die Tat zu nehmen. Sehr gerne spreche ich zu euch, ihr Bürger des altherwürdigen Bux, denn ich weiß, daß meine Worte hier auf fruchtbaren Boden fallen und hundertfältige Frucht tragen werden,

zur Ehre und Freude unserer Nachkommen. Hoffentlich werden eure Nachkommen ebenso stolz auf euch sein können, wie ihr auf eure Vorfahren sein könnt; die zum Teil im Jahre 1848 auf dem hiesigen Friedhofe zur ewigen Ruhe in den Schoß unserer Mutter Erde gebettet wurden.

Unsere Losung, unser Programm, unsere Zwecke und Ziele sind in folgenden Versen unseres Dichters Julius Slowacki klar ausgedrückt:

„Aber ich beschwöre die Lebenden, die Hoffnung
nicht sinken zu lassen
Und vor der Nation die Fackel der Aufklärung
zu tragen,
Und wenn es not tut, der Reihe nach in den Tod
zu gehen,
Wie Steine, die von Gott auf die Schanze ge-
worfen werden.“

Laßt uns nicht die Hoffnung verlieren! Wir stehen wohl auf einer Erde, über die der Engel der Trauer seine Fittiche ausgebreitet hat, aber das ist noch kein Grund zu verzagen und die Hoffnung aufzugeben. Denn solange es Menschen geben wird, die, wenn auch nur wenige zählend, aus voller Seele ihr Vaterland lieben, solange wird auch die Nation nicht von der Erdoberfläche verschwinden. Denket doch nur an unsere geschichtliche Vergangenheit! Mit welchem Stolz können wir auf sie blicken. Und ein Volk, das solche Taten vollbracht hat, sollte vom Erdboden verschwinden? Auch unsere herrliche Sprache wollen wir behalten. In einer Sprache wollen wir zu Gott flehen, in einer Sprache unsern Kindern die Gebete lehren. Leicht wird uns das Leben nicht gemacht. Von allen Seiten wird das Schiff, wie der Herr Vorsitzende sehr zutreffend unsere Nation genannt hat, bedrängt. Wir müssen alles tun, um unsere schon vor Jahrhunderten berühmte Nation zu retten. Gott hat uns als Polen geschaffen und als solche wollen wir auch einmal sterben. Wir wollen das Erbteil unserer Väter heilig halten und zu diesem Erbteil gehört auch unsere polnische Erde. Uns muß die Erde gehören, wo einst die Hütten unserer Väter standen. Uns muß sie gehören, damit wir eine Stätte haben, an der wir einst unser müdes Haupt zur ewigen Ruhe legen können. Das will uns aber unser Gegner nicht gestatten. Leider sind uns in unserer eigenen Volksgeamtheit auch solche Gegner entstanden, Leute, die sich nicht scheuen, das Land ihrer Väter Fremden zu verkaufen. Ferner hat man uns auch auf anderen Gebieten des sozialen Lebens die Gleichberechtigung genommen, aus der Schule ist unsere schöne Sprache verbannt, unsere heilige Kirche wird bedrängt, man verbietet uns, auf unserm eigenen Grund und Boden Hütten zu bauen. Und doch stehen uns alle diese Rechte zu, sind uns sogar durch die Konstitution gewährleistet. Steht daher alle fest auf den Schanzen, weicht nicht einen Schritt zurück und verteidigt, was „**euer — unser — der Nation**“ ist. Wir müssen uns gegen Gesetze wehren, die zu unserm Verderben gemacht sind. Aber eine einzelne Person vermag nichts, etwas ausrichten kann nur eine starke Organisation, die auch den Deutschen imponiert. Eine solche Organisation soll der Verein „Straz“ sein, in diesem Sinne ist er gegründet.

Der Verein „Straz“, der auf durchaus legalem Boden steht, beabsichtigt nur die konstitutionellen Rechte zurückzuerobern, er will nicht im geheimen wühlen, sondern offen und ehrlich auftreten. Er will das Volk zur Erkenntnis seiner Lage bringen, das Volk soll ein-

sehen, daß es mit den Polen ein schlimmes Ende nehmen wird, wenn sie nur untätig zuschauen wollen. Weil nun der Verein „Straz“ auf völlig legalem Boden steht, kann ihm auch jeder Pole ohne irgend welche Befürchtungen als Mitglied beitreten. Im Sinne der Losung „Einigkeit macht stark“ muß sogar jeder Pole dem Verein „Straz“ beitreten und dadurch zeigen, daß er bereit ist die einem jeden Polen heiligen Güter zu verteidigen „die Sprache, den Glauben, die polnische Erde.“ Alle Stände soll der Verein „Straz“ vereinigen, alle Schichten und Klassen der Bevölkerung sind willkommen, ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen. Alle müssen sich unter der national-polnischen Standarte sammeln.

Ich will euch nun die Einteilung, die Organisation des Vereins „Straz“ erklären. Er ist in vier Sektionen geteilt. Die erste Sektion ist die Organisationssektion. Diese hat die Absicht, die ganze Nation in eine Einheit zu sammeln. Zu diesem Zwecke bedient sie sich der Starosten und Kommissare. Heute ist die ganze Provinz Posen bereits organisiert, in Ostpreußen sind wir auch fleißig an der Arbeit und wir haben dort schon 18 Kreise organisiert. Noch in diesem Jahre werden wir unsere Tätigkeit in Oberschlesien aufnehmen und dann kommt das Polentum in der Fremde an die Reihe. So schwer wie im Anfang ist die Organisationsarbeit allerdings nicht mehr, denn jetzt schon helfen uns die von uns aufgeklärten Elemente in bemerkenswerter Weise. Ein jeder anständige Pole kann Mitglied des Vereins werden, und damit auch der Ärmste beitreten kann, haben wir den Jahresbeitrag auf die geringe Summe von 1 Mark festgesetzt. Geld müssen wir allerdings haben, Geld ist die Grundbedingung für jede Tätigkeit. Wenn wir kein Geld haben, was sollen wir denn unsern armen Landsleuten sagen, die in der sicheren Erwartung, daß wir ihnen helfen werden, sich an uns wenden? — Die Gelder werden nur im Interesse der Geber verwandt, es wird über jeden Pfennig öffentlich Rechnung gelegt werden, sodaß ein Mißbrauch derselben ausgeschlossen ist.

Die zweite Sektion ist die kulturelle Sektion. Diese hat gleichfalls ein ungeheures Feld zu bearbeiten. So schlimm wie es früher war, ist es heute allerdings nicht mehr, aber wir dürfen damit nicht zufrieden sein und müssen danach streben, daß es noch immer besser wird. Wir müssen noch viel mehr gute Bücher lesen, denn nur dadurch erlangt man eine allgemeine Bildung. Die heiligste Pflicht eines jeden Familienvaters ist es, seinen Kindern die polnische Sprache, das polnische Lesen und Schreiben zu lehren. **Denke daran, polnischer Vater, daß du Gott gegenüber dafür verantwortlich bist, wenn dein Kind, das in deiner polnischen Hütte aufgewachsen ist, nicht imstande sein wird, in polnischer Sprache zu seinem Herrn und Gott zu beten.** Gebet euren Kindern Fabeln in die Hand. **Als Weihnachtsgeschenk für eure Kinder sendet euch der Hauptvorstand 250 Bücher, die Herr Mansionar Dykier gütigst an würdige Kinder verteilen wird.** Sorget also dafür, daß eure Kinder unsere schöne Sprache lernen und seid überzeugt, daß die Sektion euch überall hierbei helfen wird, sei es durch Überlassung von Lehrmitteln, Büchern usw. oder auch durch ihren Rat. Sie wird Fachvereine durch geeignete Wanderlehrer besuchen lassen. Unlängst hat die II. Sektion einen Aufruf erlassen, in welchem sie auffordert, für die polnischen Kinder nur polnische Spielsachen zu kaufen. Folget dem Aufruf, denn dadurch unterstützt ihr auch eure Landsleute, die eure Hilfe nötig genug gebrauchen.

Die III., die wirtschaftliche Sektion beabsichtigt, Arbeiter, Kaufleute, Landwirte usw. durch Rat und Tat zu unterstützen. Sie weist Stellen nach, erleichtert Niederlassungen, gibt Darlehen. Sie muß Tag und Nacht die Augen offen halten und darüber wachen, ob irgend ein räudiges Schaf in der Hürde ist, das für Judas Silberlinge seinen von den Vätern ererbten Grund und Boden verschachern und dadurch die Volksgesamtheit schädigen will. Trotzdem ihr Vermögen noch klein ist, hat sie doch schon bis jetzt 50 Landsleute aus Not und Elend gerettet, sie materiell und durch Rat unterstützt. Wer aber von euch der Meinung sein sollte, daß er mit Hilfe der III. Sektion ein Faulenzerdasein führen könnte, der irrt sich gewaltig. Nur wer selbst arbeitet, durch unverschuldetes Mißgeschick aber am Einkommen gehindert wird, wird bei der III. Sektion mit der Bitte um Hilfe Glück haben.

Nun komme ich zur wichtigsten, der IV., der juristisch-politischen Sektion. In ihr sitzen Rechtsanwälte, die jeden Polen vor Unrecht bewahren wollen. Besonders wird jeder Pole da geschützt, wo er in Berührung mit den Behörden kommt. Sie führen für ihre Schützlinge Prozesse wegen der Schreibweise der Vornamen und der weiblichen Endsilben „ka“, weiter wegen der Ausführung der Bestimmungen des Ansiedelungsgesetzes. Wie oft grämt sich der polnische Mann, ja weint sogar, wenn er nicht die Erlaubnis bekommt, sein Häutchen auf seiner eigenen Scholle zu bauen. Über diese Angelegenheit wird noch weiter diskutiert werden und zwar auf dem Landwirtsstage in Posen, der demnächst einberufen werden soll und in dem der Verein Straz mit Vorschlägen zur Unschädlichmachung einzelner Mängel hervortreten wird. Auch wegen Erlangung von Renten hat die Sektion IV schon erfolgreich gewirkt, was den betreffenden polnischen Arbeitern sehr angenehm war und die Sache sehr erleichterte, da der Beamte das „gemeine“ Polnisch nicht versteht, der Arbeiter dagegen nicht das „herrliche, kulturelle“ Deutsch. Die Sektion IV wird es sich ferner angelegen sein lassen, das Volk über seine konstitutionellen Rechte aufzuklären, auch über das Gefühl der persönlichen Würde. Denn nicht nötig, ja sogar abscheulich ist es, wenn der polnische Mann dem Beamten, mit dem er dienstlich zu tun hat, die Hand küßt oder gar vor ihm niedersinkt. Auch die Beamten sind gewöhnliche Sterbliche.

Das ist in kurzen Umrissen das, was der Verein Straz getan hat und was er noch tun will. Jedenfalls hat er bewiesen, daß wir Polen noch leben und auch leben wollen. Und um ihn hierin zu unterstützen, müßt ihr alle wie ein Mann dem Verein Straz beitreten. Ihr werdet dadurch dokumentieren, daß ihr nach höherer Kultur strebt, daß ihr wahre Polen sein und der Nation helfen wollt. Alle müßt ihr auf der Wacht stehen und ihr müßt einen uneinnehmbaren Wall bilden. Dann wird auch uns die Morgenröte der Kultur leuchten, uns, den Polen im preussischen Anteil. Ich schließe mit dem Rufe: „Möge über uns allen das Banner des Vereins Straz wehen!“ (Beifall. Hochrufe.)

Mansionar Dykier ergreift nun das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Jetzt werdet ihr hoffentlich alle wissen, was der Verein „Straz“ ist. Und eine solche Organisation tat uns schon lange not. Weshalb müssen wir nun alle wie ein Mann dem Verein Straz beitreten? — An

einem alten Rathause steht der lateinische Spruch: „Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates.“ So muß es auch sein. Wie aber verträgt sich dies mit der Behandlung, die man uns Polen zuteil werden läßt. Sehr richtig ist es, wenn unsere Abgeordneten in den Parlamenten öffentlich aussprechen, daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wenn es auch abgestritten wird, so ist es doch wahr, was ihr auch nach Anhörung meiner nun folgenden Ausführungen selbst einsehen werdet.

Seht mal, wie ist es denn auf der Post! Deutsch adressierte Briefe werden sofort befördert. Sehen die Beamten aber einmal einen polnisch adressierten Brief, dann stecken sie die Köpfe zusammen und der ganze Staat bekommt gleich Angst vor einer dummen Adresse. Ich sollte ein Paket mit Lebensmitteln erhalten, doch das Paket mußte auf der Post liegen bleiben, da es polnisch adressiert war, also nicht bestellt werden konnte. Was geschah nun? Der Inhalt verdarb, es entwickelten sich liebliche Düfte, es entstand ein neues Parfüm, das sogenannte **Postparfüm**. Rot-weiße Zahnen, die in Schlesien gestattet sind, sind bei uns verboten. Die vernünftigen Deutschen nennen diese Politik selbst „die Politik der Nadelstiche.“

Unsere polnischen Geschäfte werden boykottiert, Beamte, besonders solche von polnischer Herkunft, müssen bei Deutschen kaufen. Wovon soll denn aber der polnische Geschäftsmann leben? Er will doch auch essen! Muß er denn nicht ebenso wie die Deutschen seine bürgerlichen Pflichten erfüllen, muß er nicht Steuern zahlen, muß er nicht seiner Dienstpflicht im Heere genügen? Ich glaube ja. Die Soldaten in Posen dürfen polnische Lokale nicht besuchen. Weshalb sollen denn die armen Wirte ruiniert werden? Jedenfalls wissen das die Deutschen allein nicht, höchstens die Hakatisten, die dem Deutschtum am allermeisten schaden.

Nicht genug damit, daß die Schulinspektoren die Lehrer in ihrer dienstlichen Tätigkeit beaufsichtigen, fangen sie jetzt schon an, ihre Nasen in die Familienverhältnisse der Lehrer zu stecken. Sie sind sogar in Abwesenheit der Lehrer in die Privatwohnungen gegangen und haben Frau und Kind über die Umgangssprache ausgefragt. Ist das etwa schön? —

Wie ist es denn mit den Ärzten? In die Krankenkassen kommen nur deutsche Ärzte. Ich habe sogar sagen gehört — verbürgen kann ich es allerdings nicht, da ich das Material erst sammeln muß — daß manche deutsche Ärzte in manchen Städten Weihen aus dem Reptilienfonds erhalten.

Ein Rechtsanwalt polnischer Herkunft erhält kein Notariat, wenn er auch Reserveoffizier ist und in seinem ganzen Leben keinem Verein angehört hat. So ist es z. B. vorgekommen, daß ein Pole 16 Jahre auf das Notariat vergeblich gewartet hat, während ein deutscher Rechtsanwalt schon nach einjähriger Tätigkeit das Notariat übertragen erhielt.

Kommt es einmal vor, daß ein deutscher Apotheker einem Polen seine Apotheke verkauft, dann kann man sicher sein, daß umgehend eine zweite Apotheke genehmigt wird, die sicher ein Deutscher erhält. Der Pole geht dann langsam aber sicher in Folge der Konkurrenz zu Grunde.

Wie geht es nun dem Arbeiter! Ihr braucht garnicht weit zu sehen, um diese Frage beantwortet zu erhalten. Seht Herrn von Tiedemann. Dieser Herr hat alle polnischen Familien fortgejagt und er hat sich dafür **brave** Ruthenen kommen lassen. Und mit

welchem Erfolge? Er war froh, als er die **braven** Ruthenen erst wieder los war und **das polnische Vieh** wieder zur Arbeit nehmen konnte. Um euch polnische Arbeiter zu verdrängen, hat sich ein protestantischer Superintendent vorgenommen, 400 000 Deutsche aus Kongresspolen zur Rückkehr in ihr Stammland zu bewegen. Zu diesem Zwecke hat er in tausenden von Exemplaren Aufrufe verbreitet, in denen die lächerlichsten Behauptungen aufgestellt sind. So hat er behauptet, daß alle Deutschen in Kongresspolen ermordet werden würden, daß das Pfund Fleisch hier nur 2 Pfennige koste, während köstlicheres Fleisch umsonst zugegeben würde usw. Es ist also viel Blödsinn in diesen Aufrufen enthalten. Die Ferkel, die Hunde, das Rindvieh, alles erhält Hütten, der Mensch dagegen darf sich kein Häuschen bauen, unter dessen Dach er von den Unbilden der Witterung geschützt ist.

Auch die Standesbeamten sind manchmal drollig. So soll es häufig vorkommen, daß sie z. B. ein Katharina Nowakowska als Katharina Nowakowski eintragen, also das Mädchen mit Gewalt zum Jungen machen wollten.

Früher haben die Deutschen friedlich mit den Polen zusammen gelebt, schlimm ist es erst geworden, seitdem die Hakatisten aufgekomen sind. Doch sind wir jetzt schon soweit, daß verständig denkende Deutsche sich der Mächenschaften der Hakatisten schämen.

Bismarck hat f. Bt. erklärt, jedes Volk, wenn es kräftig bleiben wollte, müsse einen Feind haben, mit dem es kämpfen könne, sei es mit einem äußeren oder mit einem inneren Gegner. Diesen Ausspruch Bismarcks haben sich die Hakatisten zu Herzen genommen und haben begonnen uns anzugreifen. Mit Begeisterung haben sie dies wahrscheinlich nur aus dem Grunde getan, weil sie hübsch dabei verdienen.

Aber wir leben und wir werden leben. Unsere Liebe zum Vaterlande wird nie erkalten. Wir wollen nur die uns garantierten Rechte. Zu diesem Zweck muß sich die ganze Nation die Hand reichen und Schulter an Schulter stehen, dann wird es auch besser werden.

Vor allem aber ist der ein Verräter und Schurke, der seinen Grund und Boden an Fremde verkauft. Das hat der Kaiser in Gnesen gesagt. Dieser Ausspruch paßt auch vorzüglich auf unsere Verhältnisse. Wir müssen unsere heilige Erde mit den Händen festhalten, ermatten die Hände, so muß man es mit den Füßen tun, ermatten auch diese, so muß man sich mit den Zähnen in sie verbeißen, aber — loslassen darf man auf keinen Fall. Denn die Vorfahren würden sich in ihren Gräbern umdrehen und den Verkäufer verfluchen.

Hütet euch vor Trunk, Kartenspiel und Herumtreiben, dann wird auch Geld in eurer Tasche sein. Habt ihr aber Geld, so habt ihr auch Macht. Heute entscheiden nicht Bajonette den Kampf, sondern der größere Geldbeutel. Wir wollen keine Streiks, keine Unruhen, keine Revolutionen, wir wollen nur unser Recht. Dies aber darf nicht nur auf dem Papier stehen, nein, wir wollen es in Wirklichkeit haben. Dies will der Verein „Straz“ und deshalb müssen wir ihm auch alle wie ein Mann beitreten. Ich mache jetzt 10 Minuten Pause, um euch Gelegenheit zu geben, euch in die Kandidatenliste einzutragen.

Pause von 20 Minuten.

Während der Pause melden sich über 200 Personen zum Eintritt.

Nun erhält **Landwirt Tomifowski** das Wort.

Er verliest einen kurzen Abriß der Geschichte Polens, erwähnt verschiedene Helden, Kämpfe usw. und fährt dann fort: „Ihr seht also ein, wie schwer es unsern Vorfahren geworden ist, diese unsere heilige Muttererde zu erringen, wieviel Opfer und wieviel Blut es gekostet hat, dieses Land festzuhalten. Unsere Vorfahren opferten alles auf, nur um im Besitz des altpolnischen Landes zu bleiben und gegenwärtig finden sich Leute, die sich nicht scheuen, für wenige Silberlinge das Land zu verschachern. Das sind Verräter, die wohl aus Faulheit nicht arbeiten, dafür aber gut leben wollen. Ja Wein, Weiber und Karten kosten aber Geld! Also woher nehmen? Na! das ist ja sehr einfach, dann wird eben das Land an den Juden verschachert und flott weiter gelebt. Solch' ein Mensch denkt nur an sich, nicht an die Volks-gesamtheit, die doch durch einen derartigen Verrat empfindlich geschädigt wird. Solche Elemente muß die Volks-gesamtheit austreiben. Und ihr, die ihr hier versammelt seid, schwöret bei euch, kein Stückchen Erde zu verkaufen. (Beifall.)

Der Schuhmachergeselle **Gorcza** erhält jetzt das Wort. Gorcza, der Sohn des Stadtwachmeisters aus Buk, hat längere Zeit in Charlottenburg zugebracht und im dortigen Sokolverein eine leitende Stellung eingenommen. Auch in Buk hat er die Führung des Sokolvereins übernommen, soll auch auf die polnische Jugend in Buk einen ziemlich unheilvollen Einfluß ausüben.

Gorcza sprach etwa folgendes:

„Was wir von den heutigen Rednern über die Ziele und Zwecke des Vereins „Straz“ gehört haben, ist alles sehr schön. Besonders hat mir und wahr-scheinlich auch einem großen Teil der versammelten Arbeiter der Passus von der „Gleichberechtigung“ gefallen. Worte sind wohlfeil und es ist ja schon manchmal etwas versprochen, aber noch häufiger nicht gehalten worden. Nun, dazu sind wir ja da. Ich erkläre dem Hauptvorstand des Vereins Straz, daß wir Buker nicht wie die Schafe dem Leithammel folgen werden, sondern daß wir unsere Augen öffnen und den Vorstand genau kontrollieren werden. Und erwidern wir den Vorstand auf falschem Wege, dann braucht er in Zukunft nicht auf uns zu rechnen.“

Ohne das Volk kann er aber nichts machen, denn im Volke steckt die Kraft. Ich will aber gerne glauben, daß der Verein Straz alles das halten wird, was er versprochen hat. Und da eine derartige Organisation uns schon lange not getan hat, so werden wir alle dem Verein beitreten und pünktlich unsere Beiträge bezahlen.

Nun will ich noch über einige Punkte sprechen. Zunächst der Hauptpunkt, die gegenseitige Unterstützung der Landsleute. In allen Zeitungen liest man immer die Aufforderung „Der Landsmann zum Landsmann“, aber leider ist das polnische Volk noch nicht aufgeklärt genug, um dieser Losung zu folgen. Und doch muß diese Losung befolgt werden, wenn wir nicht wollen, daß der polnische Kaufmanns- und Handwerkerstand ganz zu Grunde gehen soll. Die Regierung greift hierbei tätig mit ein, indem sie ihren Beamten verbietet, bei polnischen Gewerbetreibenden ihren Bedarf zu decken. Aber auch in unserer Volks-gesamtheit gibt es Maulhelden, deren Mund von Patriotismus überläuft, deren Taten man aber nicht näher ansehen darf. Damit das Volk nun über diesen Punkt aufgeklärt werden kann, müssen fleißig Versammlungen abgehalten werden, dann erst wird jeder Pole genau wissen, welche Pflichten er als wahrer Patriot zu erfüllen hat.

Nun zu dem Adel. Gewiß muß uns dieser überall zum Muster dienen? — O Gott bewahre! Durch-

aus nicht? Seht doch einmal Herrn von Poniecki an! Dieser Herr fährt nach Berlin und kauft dort eine Aussteuer. Und was gebraucht er für eine Ausrede? — Die Waren wären in Berlin besser! Das ist eine Unwahrheit. Und wie der Adel, so die Geistlichkeit! Verschiedene Geistliche haben ihre Pelze bei einem Breslauer Juden gekauft und sich nicht geschämt, der Firma deutschgeschriebene Dankschreiben zu übersenden. Wir achten und lieben unsre Geistlichkeit, das haben wir am besten in der Zeit des Kulturkampfes gezeigt, aber so dürfen sie uns doch nicht kommen.

Überhaupt müssen wir es uns zum Grundsatz machen, nur beim Landsmann zu kaufen, ja sogar wenn er seine Waren teurer verkauft als der Fremde.

Die Verkäufer von Grund und Boden sind Verräter. Unsere Erde ist unsere Mutter und ist es denn schon einmal dagewesen, daß jemand seine Mutter verkauft hat? Sollte dies der Fall gewesen sein, so hat der betreffende Mensch ein verabscheuenswerthes Verbrechen begangen. Niemand darf sein Land verkaufen, denn nicht ihm gehört das Land, sondern es gehört der ganzen Volksgeamtheit.

Wie sieht es in unsern Schulen aus? Unsere heilige Sprache ist verbannt. Das arme Kind, das zur Schule kommt und nur seine Muttersprache kennt, wird mit einer ihm bisher fremden Sprache gequält. Lernt es nach Ansicht des Lehrers nicht genügend, dann gibt es Hiebe. Und ist die Schule aus, dann muß es mit seinen unentwickelten Gliedern in das Joch der Arbeit kriechen und arbeiten, bis es am späten Abend keuchend zusammenbricht. Und dies alles für elenden Lohn. Dies ist das Schicksal unserer polnischen Kinder!

Und die Lehrer! O es gibt unter ihnen vernünftige, einsichtige Leute, denen das Herz blutet, wenn sie sehen, wie die armen Kinder behandelt werden. Die schlimmsten aber sind die Renegaten. Diese wollen bei ihren Vorgesetzten ja nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß sie noch mit einem Gedanken an ihre polnische Herkunft denken und sind deshalb die unbarmherzigsten.

Auch vor der Kirche haben die Beamten keine Achtung mehr. So ging ein Landrat im Zylinder an einer Prozession, in der das Allerheiligste getragen wurde, vorbei, ohne den Hut zu lüften. Der Anstand hätte es wohl geboten, den religiösen Bräuchen der Katholiken eine gewisse Konzession zu machen. Jeder Jude tut das sogar, oder er geht der ganzen Sache aus dem Wege. In Kruschwitz und Schwerzenz haben Geistliche Beamten gestattet, am Altar zu sprechen, das ist direkt unerhört. Was diesen Geistlichen gehört, will ich lieber nicht sagen, da man sofort rufen würde, daß ich ein Sozialdemokrat sei.

Die Polizei scheint es sich jetzt zum Prinzip gemacht zu haben, alle Vereine, auch die harmlosesten, zu überwachen. Schadet nicht, wie es ebenfalls nichts schadet, wenn dem Bürgermeister die Listen eingereicht werden. Ist der Bürgermeister vernünftig, dann wird er sagen: „der Pole tut seine Pflicht, deshalb achte ich ihn“, oder er wird das Gegenteil sagen, was uns gleichgültig sein kann, da er nicht die Befugnis hat, uns den Mund zuzubinden.

Sehr richtig ist von einem Redner das Verhalten des polnischen Mannes den Beamten gegenüber getadelt worden. Aber ihr Herrn Gutsbesitzer, worüber regt ihr euch denn auf? Den Spaß habt ihr doch alle Tage auf euren Gütern! Da wird die Pfotenleckerei und das Niederfallen noch in ganz anderm Maße getrieben und ihr lachelt gnädigst

dazu. Fanget also gefälligst mit Besserungen bei euch an. (Hier wird Redner vom Mansionar Dykier ersucht, seine Rede zu schließen.)

Liebe Landsleute! Ich bin gezwungen, meine Rede zu schließen. Aber noch eins: „Tretet alle dem Verein bei, damit ihr in der nächsten Versammlung in 14 Tagen alle als vollgültige Mitglieder mitreden könnt.“ (Sehr lebhafter Beifall!)

Gintrowicz spricht einige Worte über die von den Rednern gehaltenen Ansprachen. Auch er betont die Notwendigkeit, dem Verein „Straz“ beizutreten.

Das Schlusswort hat Dykier:

Er dankt den Anwesenden für ihr anständiges Verhalten, bittet sie, jetzt ruhig nach Hause zu gehen, nicht erst in Kneipen sich festzusetzen, da dann im Trunk Sachen passieren könnten, die ihnen dann selbst sehr leid tun würden. Sie sollten ferner alles, was sie gehört hätten, gut im Gedächtnis bewahren und die Worte in ihre Dörfer tragen.

Mit dem katholischen Gruß schloß Dykier 6 40 Abends die Versammlung.

v. Marczyński,
Kriminalschutzmann.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 8. d. Mts. nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr im Saale des Viktoria-hotels zu Kosten abgehaltenen Versammlung des Vereins „Straz“.

Posen, den 8. Dezember 1905.

In den Saal fanden entsprechend des Fassungsraumes 342 Personen Einlaß; ungefähr 50 Personen, worunter auch einige Geistliche gewesen sein sollen, wurden von der Ortspolizei zurückgewiesen.

Von der Intelligenz und Geistlichkeit waren anwesend:

Vorsitzender des Strazvereins, Herrenhausmitglied v. Koscielski-Posen, Starost für den Kreis Kosten, Abgeordneter Dr. Alfred v. Chlapowski-Bonikowo, Delegierter des Hauptvorstandes des Strazvereins, Dr. Jaworski-Posen, Abgeordneter Rittergutsbesitzer v. Starzynski-Splawie, Rittergutsbesitzer v. Rajewski-Jasin, Rittergutsbesitzer Dumin-Granowko, Rittergutsbesitzer v. Koscielski-Sempno II, Dr. v. Zawadzki-Kosten, Dr. Laurentowski-Kosten, Dr. Nowakowski-Kosten, der Vikar aus Kosten, Redakteur Switala-Kosten.

Um 4 40 Uhr wurde die Versammlung von dem **Starosten v. Chlapowski** mit folgender Ansprache eröffnet:

„Geliebte Landsleute!

Als Vertrauensmann für den Kreis Kosten eröffne ich heute die erste Strazversammlung in Kosten. Ich danke Ihnen für Ihr zahlreiches Erscheinen, und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Tätigkeit des Strazvereins reiche Früchte tragen möge. Für diejenigen, die auf Grund polizeilicher Vorschriften nicht in den Saal hereingelassen worden sind, wird nach einigen Wochen eine neue Versammlung abgehalten werden. Ich begrüße ferner unseren Abgeordneten, Herrn v. Starzynski, den Vorsitzenden des Haupt-

vorstandes des Strazvereins, Herrn v. Koscielski und Herrn Dr. Jaworski, der über Zweck und Bedeutung des Strazvereins sprechen wird.

Verschiedene Herren haben ihr Fernbleiben entschuldigt, u. a. auch Herr **Dekan Szafraniec aus Wyskoc**, der in seinem Namen und **im Namen der ganzen polnischen Geistlichkeit des Kreises Kosten** der Versammlung Glückwünsche übersendet.

Dann möchte ich noch erwähnen, daß der gegen mich erhobene Vorwurf, im Kreise Kosten schlafe der Strazverein, nicht zutrifft. Ich habe zuerst eine Versammlung zur Nominierung der Kommissare abgehalten, damit Sie wissen, an wen Sie sich zu wenden haben. Es sind 101 Kommissare für den Kreis Kosten bestimmt worden. Darauf wird hier heute die erste Versammlung abgehalten, an die sich weitere Versammlungen in den übrigen Städten des Kreises Kosten anschließen werden. Zum Vorsitzenden der Versammlung bringe ich Herrn v. Rajzewski-Jasin in Vorschlag.“ — Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Zu Schriftführern wurden Dr. Jawadski-Kosten und Kaufmann Gonsowski-(der Jüngere)Kosten, und zu Beisitzern u. a. der Wikar aus Kosten — und Arbeiter Korbik-Kosten, sowie Zalatoski (?) berufen.

Hierauf machte der **Vorsitzende v. Rajzewski-Jasin** nachstehende Tagesordnung bekannt:

1. Eröffnung und Wahl des Vorsitzenden und der Beisitzer (schon erfolgt.)
2. Rede des Generalsekretärs des Strazvereins, Herrn Dr. Thadäus Jaworski aus Posen über die Organisation und die Ziele des Strazvereins.
3. Kurze Pause zur Anmeldung der Anwesenden als Mitglieder des Strazvereins.
4. Rede unseres Reichs- und Landtagsabgeordneten Herrn Dr. v. Skarzynski über die Verschacherer.
5. Rede des Redakteurs Egidius Switala-Kosten über die Notwendigkeit der Bildung.

Auf Antrag des Turnwarts des Sokolvereins, Soborski-Kosten, wurde die Tagesordnung noch durch einen Punkt 6. „Diskussion“ ergänzt.

Alsdann erhielt **Dr. Jaworski-Posen** das Wort. Er verglich die polnische Nation mit einem großen Baum, der sich in Äste, Zweige und Blätter teile, und trotzdem ein Ganzes bilde, ebenso bilde die polnische Nation ein Ganzes, obwohl sie in verschiedene Stämme wie Großpolen, Klempolen, Masuren, Kasuben, Schlesier usw. geteilt sei. Der heilige Glaube, die polnische Sprache, die Kirchenlieder, die der Polen Väter während des Kampfes gesungen hätten, und die **heute in schwächerem Echo in der Gnesener Kathedrale wiedertönen**, das seien die Bindemittel der polnischen Nation. Ferner verbinde die polnische Nation die Liebe zum vaterländischen Boden; diese Liebe heiße den Polen seine Felder, Wälder, Wiesen und Bäche lieben, und läßt sie an eine bessere Zukunft der Kinder glauben. Diese polnische Nation, dieser Baum befinde sich in einer schweren Lage, denn er habe fremde Eindringlinge aufgenommen, und nun fehle es ihm an Schatten für sich selbst. Dieser Baum werde von Stürmen und Donnerschlägen bedroht, und zwar nicht nur von feindlicher Seite, sondern auch von eigener Seite. Wohl sei das polnische Land in drei Teile geteilt, aber es fühle sich trotzdem eins. Die Feinde aus eigenem Lager seien die Landverschacherer, die die Nation, diesen Baum vernichten möchten, damit er morsch werde und zerfalle.

Um diesen nationalen Baum vor gänzlichem Verfall zu bewahren, müßten die Polen eifrig die polnische Sprache pflegen. Heute sei es den Polen auch erschwert, ihre polnischen Namen unverfälscht bis ans Lebensende

zu führen, durch das neue Ansiedelungsgezet sei es den polnischen Landwirten verboten, Wohnhäuser zu errichten; durch alle diese Hindernisse sei der nationale Baum in seiner Entwicklung gehemmt. Da aber immer stärkere Schläge auf ihn herniederjausten, da sei die polnische Nation aus ihrem Schlafe langsam erwacht; man sei zur Gründung von Vereinen und Genossenschaften geschritten, die aber meistens nur Sonder- oder lokalen Interessen dienten. Aus diesem Grunde sei im polnischen Volke der Gedanke entstanden, sich zur gemeinsamen Verteidigung in einen alle Stände umfassenden Verein zusammenzuschließen, und die Frucht dieses Gedankens sei der Strazverein, der auf nationaler Grundlage gegründet worden wäre.

Redner erklärt im weiteren in bekannter Weise die Aufgaben des Strazvereins, seine Organisation und die Tätigkeit der einzelnen Sektionen, wobei er zum Ausdruck brachte, daß bis jetzt 2000 Mitglieder des Strazvereins polizeilich angemeldet seien, und weitere 3000 Kandidaten ihrer Aufnahme durch den Vorstand entgegenstehen.

In der hierauf eintretenden 1/2stündigen Pause haben sich ungefähr 150 — ein großer Teil gleich unter Zahlung des Jahresbeitrages — Personen zum Eintritt in den Strazverein gemeldet.

Zum zweiten Vortrage erhielt nun **Abgeordneter v. Skarzynski-Splawie** das Wort. Er führte ungefähr aus:

Wenn er vor Jahren angenommen habe, daß die den Händen des polnischen Adels entfallene nationale Fahne nun an dem polnischen Landmann, Handwerker und Arbeiter eine sichere Stütze gefunden hätte, so sei er in letzter Zeit doch sehr enttäuscht worden, und zwar durch den Spekulation treibenden Landmann. Als das Ansiedelungsgezet erlassen worden sei, da hätte man geglaubt, daß der polnische Landmann nicht nur im Besitz seines Grund und Bodens bleiben, sondern noch mehr Land dazu kaufen würde. Diesen Glauben an den polnischen Landmann hätte ganz Polen befestigt. Die Bank Ziemski habe sich der Güter der bankrottierenden Großgrundbesitzer angenommen und sie unter polnischen Landwirten parzelliert, welche Aufgabe ihr von den großpolnischen und galizischen Aktienhabern geradezu zur Pflicht gemacht worden wäre. Redner zitiert einige Zahlen betreffend den Übergang polnischen Grundbesitzes in deutsche Hände und umgekehrt in den Jahren 1896 bis 1902 und meint, daß er damals noch den preußischen Junkern habe sagen können, daß das Ansiedelungsgezet als solches ganz verfehlt sei. Aber heute werde er sein Haupt nicht vor den Feinden erheben können und sagen, der polnische Bauer habe Stand gehalten, denn alle Tage lese man Nachrichten über spekulative Verkäufe polnischen Grundbesitzes. Nachdem Redner in längeren Ausführungen die Verschacherer vaterländischen Bodens gebrandmarkt hatte, wies er auf die schwierige Lage hin, in die der Landmann durch das Ansiedelungsgezet gekommen sei, und bemerkte, daß früher der polnische Landmann, wenn seine Wirtschaft ihm zu groß schien, er noch Grund und Boden an polnische Parzellanten, die sich unter den sparsamen Arbeitern in großer Anzahl gefunden hätten, verkaufen konnte, heute sei dieser Verkauf aber durch die neue Ansiedelungsnovelle, die die Errichtung von Wohnhäusern verbietet, zur Unmöglichkeit geworden. Das Ansiedelungsgezet habe also den polnischen Landmann demoralisiert; aber auf welche Weise könnten diese Verhältnisse gebessert werden, auf welche Weise könnte man sich gegenseitig helfen, ohne an die Ansiedelungskommission verkaufen zu müssen? Er — Redner — habe über dieses Problem nachgedacht und wolle kurz das zusammenfassen, das

ihm als gut und durchführbar erscheine. Ein Landwirt, der sein Land — und das sei häufig der Fall — mit seiner Familie nicht zu bearbeiten im Stande sei, und Arbeitskräfte sehr schwer erlangen könne, werde zum Verkauf gezwungen, um entweder eine größere, oder eine kleinere Wirtschaft zu kaufen. Wenn nun auch die Ansiedelungs-Novelle erlassen sei, die den Bau von neuen Wohnhäusern verbietet, so sei doch nicht verboten das bestehende Wohnhaus für Tagelöhner zu vergrößern oder neue Häuser für sie zu bauen. Wenn ein Rittergut von 1000 Morgen 10 bis 12 Tagelöhnerfamilien haben müsse, so müsse auch der Konsens zum Bau von Wohnhäusern für diese Familien gewährt werden. Gleichfalls müsse auch einem Besitzer von 80 bis 100 Morgen, oder einem noch kleineren Besitzer, der seine Wirtschaft intensiv bewirtschaftete, mit seiner Familie aber nicht im Stande sei sie zu bearbeiten und gezwungen werde einen Tagelöhner anzunehmen, aber keine Wohnung für ihn habe, ohne weiteres der Konsens zur Vergrößerung seines Wohnhauses oder zum Bau eines zweiten Wohnhauses erteilt werden, um seinen **verheirateten** Tagelöhner unterbringen zu können. Es handele sich besonders um verheiratete Tagelöhner, gegen die der polnische Landmann bisher Widerwillen gezeigt habe. Er habe mit vielen Juristen gesprochen, und alle seien sich einig darüber, daß zum Bau eines neuen Wohnhauses oder zur Vergrößerung eines bestehenden Wohnhauses für verheiratete Tagelöhner der Konsens erteilt werden müsse. Es handele sich aber nur darum, ob der polnische Landwirt und der polnische Arbeiter sich die Hand reichen und zusammen arbeiten wollten. Es werde gesagt, woher soll ich Geld zum Bauen hernehmen? Unverheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen seien schwer zu bekommen, sodaß also nichts weiter übrig bleibe, als verheiratete Arbeiter zu nehmen, aber man müsse solche nehmen, die etwas Kapital hätten. Für dieses Kapital habe man dem verheirateten Arbeiter ein Wohnhaus und bewirtschaftete mit ihm die Wirtschaft gemeinsam. Dies sei ein Weg, um das Band zwischen dem polnischen Landwirt und dem polnischen Parzellanten, dem polnischen Arbeiter von neuem zu schließen. Er könne auf die Einzelheiten nicht eingehen, das müsse vielmehr Aufgabe des Strazvereins bleiben; es müsse eine große Versammlung der Landwirte nach Posen einberufen werden, um über diese Frage eingehend zu diskutieren. Und das würden die anwesenden Landwirte wohl zugeben, daß es sich hier um die Ehre des ganzen Landwirtschaftsstandes und mit ihm um die Ehre der ganzen polnischen Volks-gesamtheit im preussischen Anteil handle.

Durch leichtsinnige Lebensweise, Unwirtschaftlichkeit usw. habe die Polen bisher schon genug Schande getroffen, doch sei es in letzter Zeit schon besser geworden, und möge namentlich der Landwirtschaftsstand nicht zulassen, daß der Geist des polnischen Volkes vergiftet werde. „Unser Dichter sagt: „Fallen kann auch eine unglückliche Nation, aber untergehen nur eine nichtswürdige.“

Also auf Wiedersehen in Posen, denn ich glaube, daß mancher von Euch die Versammlung besuchen wird, in der die Sache dann ausführlich wird besprochen werden können.“ (Anhaltendes Bravo!)

Der dritte Redner, Redakteur **Switala-Kosten** führte aus:

Infolge der unzureichenden Aufklärung fehlte dem polnischen Volke die Liebe zum vaterländischen Grund und Boden und zu den von den Großvätern übernommenen Gütern. Es müßte deshalb vor allem das Ehrgefühl mehr ausgebildet werden, daß jeder auf seinem Posten ausharren müsse. Niemand habe zuviel gelernt, und jedermann könne noch was zulernen, denn die Bildung sei die Grundlage der nationalen Zukunft.

Alle großen Nationen machten jährlich hohe Aufwendungen für Kunst und Wissenschaft, um dadurch die Volks-gesamtheit zu heben und sie im Kampfe mit den Nachbarn und mit der ganzen Welt zu stärken und zu vervollkommen.

Das 19. Jahrhundert habe den Zwangsunterricht der Kinder eingeführt, doch werde den polnischen Kindern in der Schule die polnische Sprache vorenthalten. Deshalb müßten die Eltern zu Hause die Lehrerstelle vertreten, und sie seien auch bessere Lehrer ihrer Kinder, — weil sie deren Charakter und Sprache kannten, — als der Lehrer, der nur die eine Sprache habe, **und das sei der Stock.** (Bravorufe!)

Die Eltern sollten die Kinder nicht unterrichten, um ihnen nur das „ABC“ beizubringen, sondern um sie in der polnischen Geschichte zu unterweisen. Denn wenn die Kinder erst wüßten, daß diese Erde schon seit uralten Zeiten in unseren Händen sei, daß hier in Großpolen die Wiege Polen sei, dann würden aus diesen Kindern keine Verschächerer werden. (Bravorufe!)

Man solle sich aber nicht nur bilden, um aus dem eigenen Berufe Vorteil zu ziehen, sondern man solle sich bilden um den nationalen Geist zu heben; das sei die vornehmste Pflicht, und man solle die Kinder in nationaler Beziehung aufklären. Ebenso sei auch eine Aufklärung bezüglich der bürgerlichen Rechte und Pflichten erforderlich. Diese Aufklärung könne man aber aus den Zeitungen allein nicht schöpfen, man müsse auch gute und geeignete Bücher lesen, wie solche von den Volksbibliotheken unentgeltlich verliehen würden.

Wenn die Aufklärung im nationalen Sinne erfolgte, dann würde die Losung „Aufklärung des Volkes“ erst ihren wahren Wert erhalten. Unsere — der Polen — Bursenfreunde sagten, daß die Polen sich von Preußen losreißen wollten, sie seien selbst daran schuld, wenn sie davon träumten, denn sie hätten die Polen ins Unglück gestürzt, **und die würden nur tun, was Gott ihnen gebieten wird.** (Bravorufe!) Wenn die Polen fest an ihrem Grund und Boden hielten, dann brauchte ihnen vor der Zukunft nicht bange zu sein. Die Erde sei ewig, und wenn die Polen ihre Erde immer behielten, dann würden sie auch ewig bleiben! (Bravorufe!)

In der hierauf folgenden Diskussion führte **Soborski-Kosten** aus, daß er dem Vorstande im Namen aller Anwesenden gelobe, daß sie die Losung „Jeder zu dem Seinen“ treu befolgen würden, daßselbe verlangten sie aber auch von den Großgrundbesitzern, die in dieser Beziehung, sowohl hier und besonders durch Reisen nach dem Auslande noch viel sündigten. Er — Redner — fordere alle Anwesenden auf, Mann für Mann dem Strazverein beizutreten, dann werde sie keine Macht und kein Feind bezwingen können.

Korbik-Kosten gab hierauf noch den anwesenden Landwirten folgende Ratschläge:

1. sie möchten den Wein anstatt aus dem Glase aus einem Sieb trinken,
2. sie möchten mehr in die Bücher als in die Karten sehen,
3. sie möchten mehr mit dem Pfluge als mit der Feder arbeiten.

Der Vorsitzende dankte alsdann allen Rednern für ihre Ausführungen und erklärte die Versammlung um 7^{3/4} Uhr Abends für geschlossen.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

B e r i c h t
über den Verlauf der am 10. Dezember 1905
im Lukowski'schen Saale zu Görchen abge-
haltenen öffentlichen Versammlung des
Vereins „Straz“.

Posen, den 12. Dezember 1905.

Der mit dem Amte eines Starosten für den Kreis Rawitsch betraute Propst von Jatzewski aus Golejewko eröffnete die von etwa 500 Personen, überwiegend Bauern und Arbeitern aus der Umgegend der Stadt Görchen, besuchte Versammlung um 3¹/₄ Uhr nachmittags und wandte sich mit folgenden Worten an die Erschienenen:

Gelobt sei Jesus Christus!

Ich freue mich über den zahlreichen Besuch der Versammlung. Wir haben uns heute hier nicht zusammengefunden, um über Wahlangelegenheiten zu sprechen. Der Zweck unseres Zusammenseins ist ein anderer, der nämlich, um Mitglieder für den Verein „Straz“ zu gewinnen. Die Presse hat Euch schon oft und eingehend über den Zweck der „Straz“ unterrichtet, heute sollt Ihr aber aus dem Munde eines gewandten Redners noch Näheres über den Verein erfahren. Als Starost der „Straz“ für den Kreis Rawitsch begrüße ich Euch alle herzlich. Unsere Arbeit wird heute um so leichter sein, weil Ihr nicht mehr unvorbereitet hierhergekommen seid. Durch die bereits ernannten Kommissare seid Ihr über den Zweck des Vereins aufgeklärt worden. Es ist uns auch gelungen, schon eine Anzahl von Mitgliedern in unserem Kreise zu gewinnen. Die heutigen Zeiten sind für uns Polen gar schwer. Man ist von feindlicher Seite bestrebt, uns unsere nationalen Güter, die Muttersprache und das polnische Empfinden zu nehmen. Das sind Schätze, die uns Gott verliehen, und niemand hat ein Recht dazu, sie uns zu nehmen. Uns allen liegt die heilige Pflicht ob, zur Verteidigung dieser Güter aufzutreten, sobald sie bedroht sind. Wer sich gegen die uns von Gott verliehenen Schätze wendet, der ist wider Gott. Uns steht das Recht zu, mit offener Stirn gegen Diejenigen aufzutreten, die danach trachten, uns das zu nehmen, was uns teuer ist. Bei der Verteidigung unserer nationalen Güter müssen wir nicht nur um uns, sondern auch um unsere Kinder, um unser künftiges Geschlecht besorgt sein. Wie wir diese Verteidigung zu üben haben, das soll Euch heute, liebe Landsleute, von berufenem Munde gesagt werden.

Auf unserer heutigen Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Eröffnung.
2. Bildung des Bureaus.
3. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Ruszczynski-Lissa.
4. Vortrag des Starosten.
5. Verlesen der Namen der Kommissare.
6. Diskussion.
7. Aufnahme von Mitgliedern.
8. Schluß.

Zu 1: Erledigt.

Zu 2: Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Propst Dratwa-Jutroschin, zu seinem Stellvertreter Kaufmann Schwarz-Görchen, zum Schriftführer Tischler Barfkiewicz-Görchen gewählt. Als Beisitzer fungierten: Kaufmann Burian-Jutroschin, Stanislaus Specht-Widawy und Franz Jyto-Sworowo. Weil Propst Dratwa noch nicht erschienen war, übernahm sein Stellvertreter die Leitung der Versammlung.

Zu 3: Rechtsanwalt Ruszczynski-Lissa führte folgendes aus:

Die letzten Jahre seien reich an wichtigen Vorkommnissen. Sie würden den Schriftstellern dereinst Gelegenheit

bieten, viele Bände darüber zu schreiben, was sich in ihrem Verlaufe zugetragen habe. Nicht nur im preussischen Landesteil, sondern auch in den polnischen Ländern der übrigen Teilungsmächte seien Geschehnisse zu verzeichnen, welche die polnische Nachwelt in Erstaunen setzen würden. Rußland habe sich veranlaßt gesehen, seinem Volke nach dem unglücklichen Kriege mit Japan die langersehnte Konstitution zu geben. Die polnischen Untertanen hätten die langersehnte Freiheit des Wortes und der Gedanken mit Jubel begrüßt. Trotz der schweren Bedrückungen des Zarenregiments sei das Polentum in Rußland nicht untergegangen, es habe über 100 Jahre lang seine Kräfte zusammengehalten und trotz Knete und Sibirien sei es das geblieben, was es gewesen. In Österreich sei man bestrebt, Wahlreformen durchzuführen.

Im preussischen Landesteile habe das Polentum unter den von der Regierung ihm gegenüber geübten Maßnahmen gar schwer zu leiden. Er erinnere an das Ansiedelungsgezet. Auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete werde der polnische Bürger benachteiligt. Da habe sich denn im Frühjahr dieses Jahres in Posen ein Kreis von Männern zusammengetan und darüber beraten, wie man wohl gegen die Bedrückung anzukämpfen haben werde, und es sei zu diesem Zwecke der „Straz-Verein“ gegründet worden. Aufgabe dieses Vereins sei es zunächst, die Standesunterschiede, die noch bestehenden verschiedenen politischen Richtungen unter den Polen zu beseitigen.

Warum habe die „Straz“ ins Leben gerufen werden müssen? Die Gründe seien klar. Das polnische Volk franke an dem Übel der Uneinigkeit. Unfriede verzehre, Friede ernähre. Man schlage ein polnisches Geschichtsbuch auf, darin werde man finden, welchen Fehlern das Polentum sein Unglück zu verdanken habe: dem Unfrieden, der Uneinigkeit. Die polnische Geschichte habe den Gründern der „Straz“ den Weg gewiesen, aus ihr hätten sie die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Vereins ersehen, sie allein habe sie zu dem Entschlusse geführt, geschlossen, mit vereinten Kräften vorzugehen und das zu verteidigen, was bedroht sei.

Die Bedrückung des polnischen Volkes mache sich insbesondere auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete bemerkbar.

Inwiefern auf wirtschaftlichem Gebiete? Die Zeiten würden immer schwerer. Die Steuern erhöhe man fast Jahr ein, Jahr aus. Die Abgaben, welche der polnische Bürger ebenso zahlen müsse wie der deutsche, flössen in die Staatskasse. Aus diesen Geldern unterstütze man deutsche Kaufleute und Handwerker, den Beamten würden Ostmarkenzulagen gewährt; der Pole sei von allen diesen Vergünstigungen ausgeschlossen. Wenn er Beamter werden wolle, dann müsse er sein Polentum verleugnen, er dürfe sich nicht ergötzen an dem, was ihm lieb und teuer sei. Folge er seinen nationalen Empfindungen und halte er mit seinem Polentume nicht zurück, dann verliere er entweder seine Stellung, oder er werde nach dem Westen des Reiches verjagt; man schiebt ihn in ein fremdes Land unter fremde Menschen, um ihn, wie man zu sagen pflege, unschädlich zu machen. (Bravo.)

über 300 Millionen setze der preussische Staat dafür aus, um polnisches Land aufzukaufen, um in den polnischen Landesteilen Deutsche anzusiedeln. Leider fänden sich unter den Polen immer wieder Verräter, welche mit der vom Blute ihrer Vorfahren getränkten Erde gemeinen Schacher trieben. Der pol-

nische Bürger zahle sein schwer erworbenes Geld für die Erhaltung des Militärs, für die Ansiedelungskommission, und dann werde für ihn ein Gesetz geschmiedet, wie das aus dem Jahre 1904, das noch schlimmer sei als alle anderen Ausnahmegesetze. Jeder Landsmann hüte sich, seinen Acker aus den Händen zu lassen; wenn er seinen Grundbesitz verkaufen wolle oder müsse, dann wende er sich an eine polnische Landbank. Alljährlich wanderten viele Polen nach Westfalen aus. Dagegen sei im Grunde genommen nichts einzuwenden; aber sie hätten die Pflicht, wieder zurückzukehren in ihre Heimat und sich in ihr ansässig zu machen. Den fleißigen und sparsamen Polen, die viele Jahre im Westen gearbeitet und sich einige Groschen erworben hätten, biete sich jetzt infolge des neuen Ansiedelungsgesetzes nur wenig Gelegenheit zur Gründung eines eigenen Heims. Land könnten sie wohl erwerben. Dürften sie sich aber ein Haus darauf bauen? Nein, das werde ihnen nicht gestattet, höchstens gestatte man ihnen, eine Hundebude auf demselben aufzustellen. Er, Redner, habe als Rechtsanwalt öfter Gelegenheit, sich mit derartigen Sachen zu befassen und wisse aus Erfahrung, welche Schwierigkeiten den Landsleuten in dieser Beziehung bereitet würden. Es existierten sogar schon gedruckte Formulare, auf denen verzeichnet stehe, daß die Erlaubnis zum Aufbauen eines Wohnhauses nicht erteilt werden könne. Ein Wirt in der Gostynner Gegend habe seine Tochter verheiratet und seinem Schwiegersohne 5 Morgen Land abgetreten. Das Wohnhaus sei beinahe fertig gewesen, da sei eines Tages der Distriktskommissar erschienen und habe dem jungen Ehemann erklärt, daß das Wohngebäude nicht fertig gebaut werden dürfe, denn der Oberpräsident habe die Erlaubnis dazu nicht erteilt. — Und das nenne sich Gerechtigkeit! Das polnische Volk finde auf wirtschaftlichem Gebiete von seiten der Regierung keine Unterstützung, es sei daher genötigt, sich zusammenzutun um das zu erreichen, was der Einzelne nicht erreichen könne. Wenn jeder polnische Mann der „Straz“ beitreten werde, dann werde man mit der Zeit viel erlangen. Die Zukunft des polnischen Volkes liege im Lande, im Handel und Gewerbe; nur sollten alle Landsleute die Losung befolgen: „Jeder zu dem Seinen.“ Vielfach höre man sagen, der polnische Kaufmann liefere nicht so gute Waren wie der deutsche, er fordere auch höhere Preise. Das Volk selbst sei aber schuld daran, wenn das zutreffe. Es solle sich nur immer bemühen, bei seinen Landsleuten zu kaufen, den polnischen Handwerker zu unterstützen, dann werde es auch an der nötigen Leistungsfähigkeit der polnischen Industrie, des polnischen Handels nicht fehlen.

Wie sehe es aber mit der Behandlung der Polen auf geistigem Gebiete aus? — Wie oft höre man sagen, die polnische Kultur sei nichts gegen die Deutsche! Das sei unrichtig. Die polnische Kultur sei zwar anders als die deutsche, aber mindestens ebenso gut. Die Kultur eines Volkes offenbare sich in seiner Sprache, Literatur, Kunst, Geschichte. Die polnische Kultur sei eine 1000 jährige und in der ganzen Welt bekannt. Die polnische Sprache sei so schön, wie keine andere auf Erden. Die polnische Geschichte weise eben so große Heldentaten ihres Volkes auf, wie die Geschichte anderer Nationen. Unter dem polnischen Volke gebe es die berühmtesten Maler und Dichter. Man könne also sehen, daß die Kultur der Polen existiere, und es sei ihre Pflicht, sie zu verteidigen. Diese Verteidigung aber könne nur von Erfolg sein, wenn sie von einer geschlossenen Masse ausgeübt werde.

Die polnische Kultur sei gefährdet, und zwar in erster Linie durch die preussische Schule. An ein Unterrichten in der polnischen Geschichte und Literatur sei nicht zu denken, ja selbst der polnische Religionsunterricht werde mehr und mehr ausgemerzt. Die Regierung bemühe sich nicht nur nicht, die polnische Kultur zu erhalten, sie sorge vielmehr dafür, sie zu zerstören. Deshalb habe das polnische Volk die Notwendigkeit der Gründung eines Vereins eingesehen, dessen Aufgabe es sein solle, die polnische Kultur zu erhalten, sie zu pflegen.

Viele Landsleute gingen in die Fremde des besseren Verdienstes wegen. Obwohl das Vaterland in gewisser Beziehung durch das Auswandertum Nachteile habe, so lasse sich doch der Drang nach dem Westen nicht zurückhalten. Es sei aber Pflicht eines jeden polnischen Auswanderers, sich vor der Germanisierung zu schützen und — wie bereits gesagt — wieder zurückzukehren in seine Heimat und sich mit dem in der Fremde durch jahrelange, schwere Arbeit erspartem Gelde hier anzusiedeln. Das polnische Vaterland sei groß genug und biete allen seinen Söhnen Platz genug. Wenn aber Schwierigkeiten bei der von ihm beabsichtigten Ansiedelung gemacht würden, der wende sich vertrauensvoll an die „Straz“, diese werde jeden mit Rat und Tat unterstützen. Wenn die Organisation leistungsfähig werden solle, dann dürfe kein Pole abseits von ihr stehen.

Man verstehe nur den Zweck der „Straz“ nach den soeben gegebenen Ausführungen nicht falsch. Er R., müsse darauf besonders hinweisen, daß die „Straz“ kein Angriffsverein sei, sondern lediglich eine Organisation, die zur Verteidigung der bedrohten nationalen Güter gegründet worden sei. In der ersten Versammlung der „Straz“ habe Herr v. Koscielski davon gesprochen, wie sich ein Volk darüber freue, wenn die Flüsse seines Landes auf reich beladenen Schiffen die Kulturerzeugnisse trügen, wie aber das Volk betrübt sei, wenn das Wasser über die Ufer trete und alles verdürbe, was Menschenhand geschaffen. Bei solchen Gefahren habe das Volk die Verpflichtung, Wälle aufzuschütten und dafür zu sorgen, daß das Wasser in seinem Flußbette bliebe.

Die Deutschen sagten, die „Straz“ sei dasselbe für die Polen, was der HRT-Verein für die Deutschen bedeute. Diese Ansicht sei irrig. Die Polen bemühten sich, ihre nationale Abgesondertheit zu erhalten. Der HRT-Verein strebe mit allen Kräften danach, die Polen zu germanisieren.

Wie stehe es nun aber mit der Leistungsfähigkeit der „Straz“? Könne man wohl hoffen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sein werde? Werde sie die gegen das Polentum geführten Angriffe auch wirklich verteidigen können, sodaß ihm nichts geschehen könne? Er, Redner, meine ja und schwöre, daß er daran glaube. Diesen Glauben müsse man aus der polnischen Geschichte schöpfen. Was hätten die Feinde des Polentums nicht alles versucht, um dasselbe zu vernichten. Die Polen hätten zwar keinen eigenen König, keine Soldaten, aber in der Brust ein Herz, das polnisch fühle. Trotz aller Angriffe sei ihnen dieses polnische Herz geblieben. Gott habe noch kein Volk im Unglücke verlassen, auch die Polen nicht, er sei mit ihnen und würde ihnen helfen.

Wenn Gott mit uns ist,
Wer will gegen uns sein!

(Anhaltendes Bravo!)

Propst von Zafrzewski bedankte sich bei dem Redner im Namen der Versammlung und wies insbesondere darauf hin, daß seine markige Rede den nationalen Glauben der Zuhörer gestärkt haben werde.

Zu 4: von Jastrzewski: Wenn er das Wort ergreife, so bleibe ihm nur noch übrig, die Versammlungen auf zweierlei Sachen aufmerksam zu machen, nämlich auf das Lesen guter Bücher und auf die Pflege des Gesanges.

Ein gutes Buch sei der beste Freund. Heutzutage werde fast in jedem Hause eine Zeitung gelesen. In den Wintermonaten sei mehr Zeit zum Lesen als im Sommer, deshalb müsse man die Gelegenheit wahrnehmen, sich nicht mit dem Lesen der Presse begnügen, sondern sich um gute Bücher bemühen und auch die Kinder zum Lesen solcher anhalten. Der Volksleseverein in Posen stelle gute Bücher unentgeltlich zur Verfügung. Die Herren Kommissare bitte er, sich Bücher aus dem Volksleseverein kommen zu lassen und sie in ihrem Orte an das Volk zu verteilen.

Noch viel zu wenig Wert werde der Pflege des polnischen Gesanges beigemessen. Der Vorredner habe von der polnischen Kultur gesprochen und hervorgehoben, daß das polnische Volk eine reiche Literatur besitze. Durch den Gesang werde gleichzeitig die polnische Dichtung gepflegt. Wenn dem polnischen Kinde in der Schule keine Gelegenheit gegeben werde, polnisch zu singen, dann müsse man solches zu Hause tun. Der Gesang sei ein vorzügliches Mittel, die Empfindungen eines Volkes zu pflegen. Die bevorstehende Weihnachtszeit biete die beste Gelegenheit, den Kindern polnische Liederbücher zu schenken, ein gutes Liederbuch sei besser als zerbrechliches Spielzeug, das, nach kurzem Gebrauch zerbrochen, in der Regel in den Winkel geworfen werde. Er fordere die Anwesenden noch einmal eindringlich auf, polnische Bücher zu lesen und das polnische Lied zu pflegen. Man müsse notgedrungen danach streben, die Herzen der Kinder, die heute so gefährdet seien, polnisch zu erhalten.

Zu 5: Der Starost verlas die Namen der für den Kreis Rawitsch ernannten 62 Kommissare. Weil das Verlesen dieser Namen sehr schnell von staten ging, konnten nur die nachstehenden Kommissare notiert werden:

Schwarz, Görchen,
Barfiwicz, Görchen,
Malak, Chojno,
Zyto, Sworowo,
Radomski, —
Maczkowiat, Satern,
Perna, Chojno,
Bont, —
Urbania, Rojzkowo,
Seifert, Rawitsch,
Specht, Widawny,
Swierzynski, Sarnowko,
Malecki, Rawitsch,
Wroblewski, Niemarzyn,
Waskowiat, Rojtempniewo.

Der Starost verteilte hierauf etwa 20 Diplome an die in der Versammlung anwesenden Kommissare.

Zu 6: An der beabsichtigten Diskussion beteiligte sich niemand.

Zu 7: Propst v. Jastrzewski ersuchte die Anwesenden, den Saal zu verlassen, da die Tagesordnung erschöpft sei. Die Kommissare wurden aufgefordert, zurückzubleiben, die Listen der Kandidaten und die eingesammelten Beiträge abzuliefern. Es wurden dem Starosten etwa 80 Mk. ausgehändigt.

Zu 8: Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung um 4^{3/4} Uhr.

Bö h m e r,
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t

über den Verlauf der am Sonntag, den
10. Dezember 1905 im Saale des Gastwirts
Wanski in Wongrowitz abgehaltenen
polnischen Versammlung.

Posen, den 12. Dezember 1905.

Die Versammlung, welche von etwa 600 Personen besucht war, wurde Nachmittags 5 Uhr von deren Einberufer, dem Gutsbesitzer Kasimir von Grabowski aus Zbietka, mit folgender Ansprache eröffnet:

Vor einigen Monaten sei in Posen der Straz-Verein begründet worden. Seine Zwecke und Ziele werde der nächste Redner, Valerian von Lebinski, (Redakteur des Posener Wielkopolanin) darlegen. Er, als Starost des Straz-Vereins, wolle nur einige Worte hinzufügen: Durch eine unglückliche Schicksalsfügung seien die polnischen Provinzen Preußen zugeteilt worden. Bei deren Übernahme habe der preussische Staat den Polen feierliche Zusicherungen gemacht, insbesondere versprochen, die polnische Sprache, den Glauben, die Sitten und Eigentümlichkeiten, sowie die nationalen Schätze der Polen nicht anzutasten. Wie diese Versprechungen in der Praxis gehalten worden seien, darüber sei unnütz, auch nur ein Wort zu verlieren. Die polnische Sprache sei aus der Schule und den Ämtern verdrängt; nur noch zu Hause könnten die Polen straflos sich ihrer Muttersprache bedienen. Das Land kaufe die ihnen feindliche Ansiedelungskommission auf, sie setze fremde Ansiedler auf der polnischen Erde an und schließe diejenigen vom Erwerb von Grund und Boden aus, welche auf diesem geboren worden seien und die gleichen Steuern zahlten. Nach welchem Ziele die preussische Regierung strebe, sei nicht schwer zu erkennen. Sie wolle, daß der Bruder zur Schwester, das Kind zu den Eltern nur deutsch sprächen, daß alle Polen Deutsche würden. Das könnten sie indes nie zulassen: Die Polen seien hier im eigenen Vaterlande, auf sie blickten 20 Millionen Polen und 20 Millionen Slawen. Wenn sie hier fielen, würde „der Feind“, seiner tausendjährigen Devise „Drang nach dem Osten“ getreu, über ihre Leichname hinweg immer weiter nach Osten vordringen, um auch ihre anderen slawischen Brüder zu verschlingen. Der Fluch ihrer Kinder würde die Polen treffen, wenn sie freiwillig ihren Hals „unter die Ketten der Sklaverei“ legen würden. Daher sei es notwendig, sich zu verteidigen. Der Feind sei zwar stark, aber so ganz schwach seien sie auch nicht. Mächtig seien doch in Preußen etwa 4 Millionen aus. Wenn alle Polen ein Geist, eine Verteidigungs-idee durchbringen würde, dann würden alle Anstrengungen der Feinde, sie niederzuwerfen, nichts nützen. Es müßten nur nationale Schanzen aufgeworfen werden, und diese bildeten in erster Linie die Straz-Vereine. Das Ziel dieser Vereine lasse sich aber nur dann erreichen, wenn die polnische Gesamtheit deren Bestrebungen gehörig unterstützen würde. Pflicht eines jeden Polen sei es, diesem Verein beizutreten. In dieser Hoffnung eröffne er die Versammlung. Er danke den Anwesenden für ihr Erscheinen, insbesondere aber freue er sich darüber, daß auch der Abgeordnete v. Janta-Polczynski aus Zabiecy und der Delegierte des Straz-Vereins, Valerian v. Lebinski-Posen, erschienen seien. Ersteren bitte er den Vorsitz in der Versammlung zu übernehmen.

v. Janta-Polczynski dankt dem Vorredner und übernimmt den Vorsitz. Er verliest hierauf die Tagesordnung und beruft zum Schriftführer den Propst Zielinski-Wongrowitz und zu Beisitzern: Rittergutsbesitzer Grafen Bainski-Geszewo, Propst Koperski-Wongrowitz, Chelinski-Wongrowitz und den Wirt Werde aus Zbietka.

Das Wort erhält hierauf Valerian v. Lebinski-Posen:

Der Starost von Grabowski habe bereits den Zweck seines Erscheinens dargetan, auch schon darauf hingewiesen, daß die hiesigen Polen durch eine unglückliche Schicksalsfügung Preußen zugeschlagen worden seien. Ein wunderbares Geschick sei ihnen insofern beschieden, als sie sich stets in einem Verteidigungszustand befänden. Vor Jahrhunderten hätten sie das Christentum vor dem Ansturm der Türken und Muselmänner beschützt, jetzt läge ihnen die Verteidigung der slawischen Grenzreise gegen den Anprall des Germanentums ob.

Der Kampf des Germanentums mit dem Slawentum tobe schon seit vielen Jahrhunderten.

Gegenwärtig sei das Übergewicht auf Seiten des Ersteren. Die Slawen würden immer weiter nach dem Osten verdrängt. Die Piasten und Jagiellonen hätten dem Ansturm der Germanen s. B. zuerst einen Damm gesetzt, leider sei die Macht des Polenreichs immermehr versallen; nach den schweren Kämpfen mit den Kreuzrittern seien innere Wirren gefolgt. Das Verhängnis sei über Polen aber erst hereingebrochen, als Deutsche auf den polnischen Thron gekommen seien.

Ein Fatum sei es gleichsam, daß deutscher Einfluß Polen stets zum Verderben gereicht habe. Der Kampf sei weiter gegangen. Es sei die Teilungsgeschichte gefolgt.

Bei dieser Gelegenheit sei von dem damaligen Könige von Preußen den Polen gesagt worden: „Auch ihr sollt eure Religion, eure Sprache und euer Vaterland haben.“ Der Begriff „Vaterland“ sei aber erst dann zu verstehen, wenn eine Nation sich ohne Beschränkungen entwickeln könne. Er brauche wohl nicht erst zu sagen, was von den preußischen Verheißungen übrig geblieben sei. Jeder Pole verspüre dies ja heut an seiner eigenen Haut.

Feststellen wolle er nur, daß alle Verheißungen nicht gehalten worden seien. Die Polen hätten sich trotzdem lange Zeit damit getröstet, daß sie in Preußen ja eine Verfassung besäßen, nach welcher alle Untertanen vor dem Gesetz gleich sein sollten. Wie sehe es mit dieser Gleichberechtigung aber in Wirklichkeit aus? Wo gebe es polnische Beamte, wo die Möglichkeit zum Erwerb usw.?

Tatsache bleibe es, daß aus den zahlreichen Dispositionsfonds noch nicht ein Groschen dem Polentum zugute gekommen sei. Wenn sich ein polnischer Kaufmann einmal wirklich melde, dann werde er noch dazu verhöhnt und ausgelacht, es werde ihm gesagt, „dieses Geld ist nicht für dich da!“

Wenn die Polen auch gewußt hätten, daß die Regierungspolitik ihnen nicht wohlgesinnt sei, so hätten sie doch noch immer eine Änderung erwartet, sie hätten nichts getan, um sich zur Abwehr zusammenzuschließen. Da sei von dem Manne, der von Haß gegen die Polen brannte, Bismarck, das Lösungswort ergangen: „Vereinigt euch Deutsche gegen die Polen!“ Bürger also sollten sich gegen Bürger zusammenschließen! So sei der HRT-Verein entstanden! Damals sei es eigentlich schon Zeit gewesen, auf polnischer Seite eine Gegenrichtung zu schaffen. Aber die Polen hätten sich immer noch gesagt, es sei nicht möglich, daß in einem konstitutionellen und zivilisierten Staate im XX. Jahrhundert die Regierung nicht doch noch zu der Überzeugung kommen sollte, daß solche Zustände unhaltbar seien, daß die Bürgerschaft sich in zwei feindliche Lager spalte.

Die Erwartungen der Polen hätten sich nicht erfüllt. Ein solches Vorgehen sei eine Politik einer Nicht-Regierung, keine Regierungspolitik. Alles das habe der HRT-Verein verschuldet. Die Polen hätten

stets mit kaltem Blut im Kampfe ausgeharrt, wenn sich ihnen angeichts dieses Systems auch oft das Herz zusammengepreßt habe, sie hätten den legalen Weg niemals verlassen und dächten dies auch in Zukunft nicht zu tun. Die Regierung habe nicht eingesehen, daß der HRT-Verein das Bürgertum ruiniere.

Ein Beweis dafür, daß sie diesen Verein im Gegenteil noch fördere und sein Vorgehen billige, bildeten u. a. die Erwiderungsdepechen der Minister auf Begrüßungstelegramme, welche von Versammlungen des Ostmarkenvereins an diese abgesandt würden.

Die Minister antworteten da stets: „Verteidigt das bedrohte Deutschtum!“ usw. Das sei geradezu lächerlich! Nunmehr hätten sich die Polen gesagt, daß es Zeit sei, einen Gegenstoß zu unternehmen.

Noch seien die Polen nicht mobilisiert, noch herrsche nicht überall ein Geist und eine Seele hinsichtlich der Verteidigung. Erst der Straz-Verein wolle dies bewirken. Er wolle alle Polen in Preußen sammeln, um ihre bedrohten Rechte zu verteidigen. Die Arbeit sei bereits von anderen Vereinen vorbereitet worden. Nicht angreifen wolle der Straz-Verein, sondern nur das verteidigen, was die Polen besäßen, was sie von ihren Vorvätern ererbt hätten. Gleichsam mit Krallen und Zähnen wollten sie an der Erde festhalten, an dem Glauben, den sie die Mütter gelehrt hätten. Ein enger Zusammenschluß sei zu dieser Verteidigung notwendig. Was die Organisation des Straz-Vereins betreffe, so stehe an dessen Spitze ein aus 21 Mitgliedern bestehender Hauptvorstand. In diesem befänden sich wiederum verschiedene Ausschüsse. An der Spitze eines jeden Kreises stehe ein Starost, unter diesem ständen die Kommissare. In Preußen seien 4 Millionen Polen vorhanden, darunter mindestens 100 000 wahlberechtigte Männer. Alle diese müßten dem Straz-Verein beitreten. Der Gedanke der Notwendigkeit der Verteidigung sei leider noch nicht überall ganz verstanden worden. Er müsse daher in Versammlungen möglichst ausgebreitet werden. Im Kreise Wongrowitz müßten mindestens 1000 Mitglieder dem Straz-Verein beitreten. Mancher Pole scheue sich noch vor dem Beitritt mit Rücksicht auf diesen oder jenen Deutschen. Er bedenke aber nicht, daß wenn dieser sich vor ihm auch noch so sehr bücke, er ihn doch mit dem Fuße hacke. Von dem Beitritt werde jedes Mitglied früher oder später Vorteile haben, und schließlich wenn diese auch selbst noch nicht, so doch deren Kinder. Es handle sich hier um eine Arbeit für die Zukunft. Pflücke man ja doch auch von dem Baume, den man pflanze in der Regel nicht schon selbst die Früchte, sondern erst die Nachkommen täten dies. Nur diejenige Nation sei lebensfähig, welche an ihre Zukunft denke. Von dem Straz-Verein könnten die Mitglieder aber auch jetzt schon Vorteile haben. Er erinnere nur an die Schwierigkeiten, die den Polen auf den Standesämtern hinsichtlich der Schreibweise der Vornamen auf den Firmenschildern, bei der Erteilung von Baukonzessen usw. gemacht würden. Der Straz-Verein erteile in allen diesen Angelegenheiten unentgeltlich Ratsschläge und führe ev. die erforderlichen Prozesse. Oft auch fehle irgendwo ein Arzt u. Der Verein werde auch nach dieser Richtung den Bedürfnissen der Polen Rechnung tragen.

An der Spitze eines jeden Kreises stehe, wie schon erwähnt, ein Starost; unter diesem für die einzelnen Gemeinden Kommissare. Diese seien die Herren ihres Bezirks. Sie hätten die Beiträge einzusammeln, sie sollten aber auch gleichsam Auge und Ohr für ihre Mitglieder in der Gemeinde sein. Ein gemeinsames großes Gefühl vereinige heut alle Polen, das Gefühl des gemeinsamen Ungemachs. Der HRT-Verein frage nicht,

ob Jemand im Palast oder in der Hütte wohne, er wolle alle Polen **vernichten, ausrotten**. Das sei einer zivilisierten Nation unwürdig! Man sage, die Polen müßten ausgerottet werden, weil sie auf niedriger Kulturstufe ständen. Nun, wenn die Polen wirklich so minderwertig wären, so brauchte sich die Regierung und der **SKT**-Verein nicht so anzustrengen, keine Ausnahmegeetze gegen die Polen zu schmieden. Eine Nation, die eine vieltausendjährige Vergangenheit, eine hervorragende Literatur, Kunst, eine herrliche Sprache und solche Traditionen besitze wie die polnische, könne darauf nur stolz sein und über jede andere Kultur die Achseln zucken. Wenn die Bedrückung auch groß sei, müsse man den Mut nicht verlieren. Erforderlich sei aber vor allem ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen. Wo es sich um die Verteidigung des Polentums handele, dort müsse eine Seele, ein Geist, eine Sprache herrschen. Die Polen wollten keinen Aufstand, keine Losreißung von Preußen, wollten nichts mit Waffengewalt erreichen, sie hofften vielmehr nur auf die Stärke ihres Geistes. **Einigkeit sei diese Stärke**. Wenn sie einig vorgehen würden und Gott ihnen helfen würde, würden sie Polen bleiben.

Nachdem der Vorsitzende für diese Ansprache gedankt hatte, verliest der Starost von Grabowski die für den Kreis Wngrowitz ernannten Kommissare.

Es sind dies folgende Personen:

Propst Joch-Schoffen,
Joh. Walsowiat-Kojzielsko (?),
Nowacki-Mietischko,
Szczeplaniak-Langendorf,
Kronhelm-Wngrowitz,
Kabczynski-Schodza,
Propst Krajewski-Podlesie,
Napierala-Popowo,
Propst Klarowicz-Dembowo,
von Wieganski-Potulice,
von Niezychowski-Kalischkan,
Propst Szufala-Gollantsch,
Kowalewski-Brdomo,
Szostak-Lopiennio,
Nowicki-Dombrowo,
Propst Gutsche-Panigrodz,
Piechowiak-Raczkowo,
Krenz-Rudnitsch,
von Wieganski-Lutowo,
Propst Witkowski-Chojna und
Rittergutsbesitzer Komendzinski-Grilewo.

Der Starost teilte hierauf mit, daß der Kreis Wngrowitz bis auf den Bezirk Lechlin organisiert sei.

Das Wort erhielt alsdann **Propst Joch-Schoffen**:

In heutiger Zeit könne ein Redner in einer polnischen Versammlung nicht vorsichtig genug sein, um nicht in einen Strafprozeß verwickelt zu werden, deshalb wolle er seine Rede vom Konzept ablesen. Der Straz-Verein sei in Anbetracht der derzeitigen Verhältnisse notwendig. Mögen die „Feinde“ schreien, daß dieser angreife, gegen die Regierung heße, ja selbst die Losreißung der polnischen Landesteile von Preußen und die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches erstrebe, so sei alles dies doch nicht wahr. Die „Straz“ bezwecke nur die Verteidigung der Rechte der Polen. Sie solle die nationalen Güter der Polen schützen, die Nation vor dem Untergange retten und sie in materieller und moralischer Hinsicht heben. Die polnische Nation sei in ihrer Existenz arg bedroht. Der **SKT**-Verein ziehe gegen alles los, was polnisch sei, er habe eine ganze Reihe von Ausnahmegeetzen gegen die Polen geschaffen, welche sie bedrückten. Die Ansiedlungs-Kommission, welche die Polen aufkaufe, führe fremde, lutherische Ansiedler ins Land, den Polen

werde nicht gestattet, auf dem eigenen Grund und Boden zu bauen, ja am liebsten möchten die **Katoliken** sie von dem Erwerb von Grundbesitz gänzlich ausschließen. Gebe es einen verwerflicheren, teuflischeren Gedanken als diesen? Gott habe den Menschen das Land gegeben, damit sie es bebauen, ohne Unterschied der Nationalität. Jeder Mensch besitzt also ein natürliches Recht auf den Erwerb von Grundbesitz! Würde ein neues Gesetz, welches den Polen diesen Erwerb verbietet, wirklich noch geschaffen werden, so wäre dies die größte Barbarei, es wäre eine Schande für die ganze Zivilisation. Manche Deutsche möchten die Polen allerdings am liebsten ausrotten. Sie fordern, daß die Polen entweder deutsch werden oder ihr Vaterland verlassen. Angesichts aller dieser Plagen dürften sie die Hände nicht im Schoß falten und ruhig zusehen, wie die Polen im Meere der Germanisation versinken. Täten sie dies, so wären sie eine nichtswürdige Nation, die nicht wert wäre, daß sie unter der Sonne lebe. Der deutsche Kaiser habe in Gnesen gesagt, daß jeder Deutsche, welcher sein Land verkaufe und seinen Posten verlasse, ein Verräter sei. Ebenso verdiene jeder Pole, der seinen Grund und Boden veräußere und seine nationalen Rechte nicht verteidige, die Bezeichnung „Verräter“.

Ebenso wie die Vorräter ihren Glauben gegen die Türken und Wilden sowie gegen die Kreuzritter verteidigt hätten, wie sie sich in der Schlacht vor Wien und bei Grunwald ewige Denkmäler in der Geschichte gesetzt und dadurch glänzende Beweise ihrer Vaterlandsliebe und Anhänglichkeit an den Glauben gegeben hätten, so wollten auch sie heut ihre Existenz und ihren Glauben verteidigen, nicht aber mit Eisen und Schwert, sondern auf ökonomischem Gebiet, sonst würden sie von dem Germanen- und Luthertum überflutet. Daher müßten alle Schulter an Schulter in die Verteidigungsreihen treten und dem Straz-Verein als Mitglieder beitreten. Dieser Verein habe keine Angriffsbestrebungen, weder gegen das Deutschtum noch gegen die lutherische Kirche, er wolle nur alles das verteidigen, was polnisch ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten Mittel ausfindig gemacht werden. Solche seien folgende: Man dürfe die nationalen Güter sich nicht nehmen lassen, müsse am Grund und Boden festhalten, diesen durch Ankäufe noch vermehren. Wenn jeder polnische Groschen in polnischen Händen bleiben würde, würde auch der polnische Wohlstand wachsen. Mit diesem aber würden die Feinde mit der Zeit rechnen müssen. Daher müsse die polnische Nation nach Möglichkeit materiell gehoben werden. Die Polen sollten sich die Tschechen in dieser Hinsicht zum Vorbild nehmen. Diese hätten sich Jahrhunderte hindurch in einer noch schlimmeren Lage befunden, als die Polen. Vom Deutschtum eingeschlossen seien sie von deutschen Kaisern und Königen überall bedrückt worden und doch hätten sie diesen Druck überstanden und sich zu einer noch dominierenden Stellung in Österreich emporgearbeitet. Diese Bedeutung hätten sie nur durch ihren Wohlstand errungen. Ihnen müßten die Polen nacheifern. Sparsamkeit, Enthaltensamkeit, Mäßigkeit und Einmütigkeit müsse unter ihnen Platz greifen. Einer müsse den Anderen unterstützen.

Die „Straz“ (Wacht) habe diese materielle Seite wohl erkannt. Ihr Lösungswort laute: „Jeder zu dem Seinigen!“ — „Unterstützet die polnische Industrie, den polnischen Handel, die polnischen Kaufleute, kauft nur bei euren Landsleuten, gebet nur Polen Arbeit“ — so fuhr Redner fort. „Dieses Verlangen ist vollständig berechtigt, denn den Polen gibt niemand etwas. Die preußische Regierung besetzt alle öffentlichen Ämter vom Reichskanzler bis zum untersten Nachtwächter herab nur mit Deutschen. Unter den Ministern

befindet sich kein Pole, und doch müßte im Verhältnis der polnischen zur deutschen Bevölkerung in Preußen unter vier Ministern immer einer wenigstens ein Pole sein. Hat jemand schon einmal einen polnischen Oberpräsidenten gesehen? Obwohl es doch die Billigkeit verlangen würde, daß ein polnischer Statthalter in den polnischen Landesteilen regiere. Von den Landräten müßten mindestens 60 Polen sein, es gibt aber keinen einzigen unter diesen. Ein höherer polnischer Beamter ist gleichsam ein weißer Rabe. Unter den Elementarlehrern befinden sich ja allerdings noch einige Polen. Ihre Zahl ist aber nicht der Rede wert. Die Regierung gibt den Polen also kein einziges Amt mit Gehalt und späterer Pension, sie schließt sie von diesen öffentlichen Wohltaten aus. Sie vergibt öffentliche Arbeiten nur an Deutsche, unterstützt die polnische Industrie und den polnischen Handel in keiner Weise. In Rischkowo (?) sollte z. B. die Kirche neu gedeckt werden. Die Regierung, welche Patronin ist, hat dazu ein Drittel der Kosten, die Kirchengemeinde den Rest zu zahlen. Bei der öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten erhielt nun ein Deutscher, ein Lutheraner, der noch dazu nicht einmal Fachmann ist, den Zuschlag, obwohl er 1000 Mark mehr verlangte, wie ein polnisch-katholischer Handwerker. Erst auf ergangene Beschwerde hin hat Letzterer die Arbeiten übertragen erhalten. — Ferner: Auf einem Ansiedelungsgut in Schoffen ist vor einiger Zeit ein Arbeiter erkrankt; anstatt nun den polnischen Arzt aus dem 2 km nahen Schoffen heranzuziehen, wurde nach einem deutschen Arzt nach dem 17 km entfernten Mietschisko geschickt, damit nur ja der polnische Arzt nichts verdiene. Ob der Mensch inzwischen stirbt, darum gehts nicht, sondern darum, daß die Groschen in die deutsche Tasche fließen. Wer hat ferner in der Zeitung nicht von dem Organisten in Lubowo gelesen? Dieser, ein alter Kriegsveteran, beantragte die Gewährung einer Invalidenrente. Obwohl er gebrechlich ist, wurde ihm gesagt, er brauche sie noch nicht. Wir wissen weshalb er sie nicht erhalten hat. Die Regierung gibt uns also nichts, sie nimmt dagegen von uns Steuern und unser Blut. Wie viele von Euch haben doch für den Ruhm Deutschlands ihr Blut in den letzten Kriegen vergossen! Die Deutschen wollen uns jetzt sogar unsere Rechte auf unseren heil. Glauben und unser Vaterland nehmen. Hand in Hand mit ihnen gehen die Juden. Diese bereichern sich an den Polen, füllen ihre Taschen und gehen dann mit den Deutschen gegen uns, was die letzten Stadtverordnetenwahlen hierorts bewiesen haben. Da wir somit weder von den Deutschen noch Juden etwas haben, wer heißt uns da noch deren Taschen mit unseren Groschen zu füllen? Gewissenspflicht eines jeden Polen ist es daher, nur Polen zu unterstützen, nur ihnen Verdienst zu geben. In Wrongowitz ist wohl jeder Handwerkszweig durch Polen vertreten, unterstützt daher nur diese! Was aber geschieht? Wo geht das polnische Volk am Sonntag und an den Feiertagen hin? Zu den Juden! Weshalb? Weil dort die Waren etwa besser sind? Nein, weil der Jude ein Diplomat und Politiker ist, weil er den Arbeiter mit „Herr“ anredet. Früher konnte der polnische Adel ohne Juden nicht fertig werden, jetzt scheint das polnische Volk dem Adel in dieser Hinsicht nachzuahmen. Daraus geht hervor, daß viele Polen unsere Lage noch nicht kennen. Anstatt das ersparte Geld Juden zu leihen, traget es lieber in die polnischen Banken, um diese zu heben. Übet euren Einfluß auf eure Verwandten und Bekannten dahin aus, daß sie nur noch bei Landsleuten

kaufen, denn die Juden gehen zusammen mit den Deutschen gegen die Polen. Hat schon jemals ein Jude etwas für polnische Zwecke, etwa für den Marcinkowski-Verein, gegeben? Wenn wir Polen uns nun alle verpflichten, fortan nur noch bei polnischen Kaufleuten zu kaufen, so müssen letztere andererseits für gute Waren zu mäßigen Preisen sorgen. Sie müssen ihre Waren nur von polnischen Fabriken beziehen. Jeder polnische Bauer und Besitzer muß an seinem Grund und Boden festhalten. Ebenso aber muß man verlangen, daß auch jeder polnische Handwerker und Kaufmann an seinem Handwerk und seinem Geschäft festhalte. Auch der Kaufmann ist ein Verräter, der seinen Laden an einen Andersgläubigen verkauft! Unser Kaufmannsstand hat sich in den Städten und Städtchen vermehrt. Es fehlt aber noch u. a. an größeren Getreidegeschäften usw. Oft müssen wir noch bei Andersgläubigen kaufen. Auch die Versicherungen gegen Hagel und Feuer befinden sich fast ausschließlich in deutschen Händen. Da dem nun einmal so ist, müssen wir wenigstens die gesamte Korrespondenz mit den deutschen Getreidehändlern, Versicherungen usw. nur in polnischer Sprache führen. Für unsere polnischen Groschen können diese wenigstens polnisch antworten. Sollen wir Polen uns denn freiwillig des Rechts begeben, in unserer Muttersprache verhandeln zu können? Mögen doch die deutschen Kaufleute polnische Gehilfen anstellen, wenn sie mit uns Geschäfte machen wollen! Auch dadurch wird das polnische Gewerbe gehoben. Verteidigen wir überall das Recht auf unsere Sprache. Machen wir unsere Vorstellungen nur in polnischer Sprache, wenn uns das Adressieren in unserer Sprache schon nicht gestattet ist. Pflegen wir die Sprache, welche uns Gott gegeben hat! Wenn wir gegenwärtig unsere Blicke über diese Grenzgebiete des Polentums schweifen lassen, so müssen wir bekennen, daß wir schon viel Land verloren, viele Posten aufgegeben haben, welche für uns unwiederbringlich sind. Wir sind auch davon überzeugt, daß das alles durch eigene Schuld geschehen ist. Jetzt, wo wir sehen, daß unsere Feinde auf unseren Ruin ausgehen, reichen wir uns die Hände zu ausdauernder Arbeit. Gott ist der Vater der Waisen. Wie er die Gebete unserer Brüder unter der russischen Krute erhört hat und sie nun zur Freiheit führt, so wird er auch uns einst den richtigen Weg weisen und uns helfen!

Der Vorsitzende dankte dem Redner im Namen der Versammelten und erteilte das Wort dem **Propst Witkowski aus Chojna**, welcher in längeren Ausführungen auf die Schädlichkeit des Alkoholgenußes und die Verheerungen hinwies, welche dieser im menschlichen Organismus hervorruft. Die polnische Nation gebe, so führte Redner am Schluß aus, sehr viel für alkoholische Getränke aus. Dieses Geld könnten die Polen in der gegenwärtigen schweren Zeit zu etwas Besserem verwenden. Es gingen auf diese Weise der polnischen Nation in Deutschland etwa 100—200 Millionen Mark verloren. Was könnten sie dafür alles anschaffen! Wieviel Land könnten sie dafür kaufen, wieviel polnische Fabriken anlegen, in denen die Landsleute nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Beamte beschäftigt werden könnten! Redner fordert alsdann die Anwesenden zur Enthaltbarkeit und Mäßigkeit auf. Erst vor kurzem sei in Posen ein polnischer Mäßigkeitsverein begründet worden, er hoffe, daß auch im Kreise Wrongowitz eine Filiale dieses Vereins errichtet werden würde. Dadurch könnten die Polen viel erzielen, ihre Kinder würden sie dafür später segnen. Der Reichtum und Wohlstand werde

sich dann auch heben, und es würde den Polen besser gehen, denn auch „die Feinde“ würden sie mehr achten müssen.

Nachdem von Janta-Polczynski dem Redner gedankt und auch seinerseits die Begründung einer Zentrale des Mäßigkeitsvereins im Kreise Wągrowitz befürwortet hatte, ergriff **Kasimir von Grabowski** das Wort. Er führte folgendes aus: Geehrte Herren! Wie am Anfang, so möchte ich mich auch noch am Schluß der Versammlung mit einigen Worten gegen die Verkäufer an Euch wenden. Aus der gespannten Aufmerksamkeit, mit welcher ihr den ganzen Verlauf der Beratungen verfolgt, und aus dem lebhaften Beifall, den ihr den heutigen Rednern gezollt habt, schließe ich, daß das, was Ihr gehört habt, in Eure Herzen eingedrungen ist. Möchte nur diese Begeisterung nicht mit dem Augenblick schwinden, in dem wir diesen Saal verlassen. Jetzt müssen wir durch die Tat in unserem ganzen Leben dartun, daß wir Mitglieder der „Straz“ (Wacht), daß die Ziele und Aufgaben der „Straz“ uns in Fleisch und Blut übergegangen sind. Gehet also nach Hause, gehet in eure Hütten und Häuser und dort unter Euren Verwandten, Freunden und Bekannten verbreitet die heilige Liebe zur Sprache und zu unserer Erde. Denn grade diese Erde bedarf jetzt mehr als sonst dieser unserer Liebe. Wißt ihr doch, daß die Ansiedelungskommission lediglich dazu ins Leben gerufen worden ist, um unsere Erde aufzukaufen. Und um dieses Ziel zu erreichen, hat die Regierung nicht gezögert, 100 Millionen zu opfern in der Hoffnung, daß der Glanz des Goldes uns so bezaubern wird, daß wir seiner Anziehung nicht werden widerstehen können. Es ist traurig, aber ich muß bekennen, daß leider gleich beim Beginn der Tätigkeit der Ansiedelungskommission grade unter den größeren Besitzern sich solche fanden, welche sich nicht schämten, ihr Land in fremde Hände zu verkaufen. Aber Gott sei Dank kamen sie zur Einsicht. Der immer mehr erwachende Patriotismus und das immer mehr zunehmende Nationalbewußtsein haben bewirkt, daß es heut nur sehr selten vorkommt, daß ein Großgrundbesitzer mit der Ansiedelungskommission in Verhandlungen eintritt. Angesichts dessen hat die Regierung beschlossen, den Besitz unserer Bauern aufzukaufen und sich mit verdoppelter Energie ans Werk gemacht. Das Herz preßt sich einem zusammen, wenn man sieht, wie die Gelüste von Erfolg gekrönt sind. Es vergeht kaum eine Woche, ja kaum ein Tag, ohne daß unsere Zeitungen uns die Hiobsnachricht brächten, daß dieser oder jener Wirt für das elende Gold seine Muttererde der Ansiedelungskommission verkauft habe. Die Schacherpest verbreitet sich unter unseren Bauern in erschreckender Weise. Um Gotteswillen überleget doch was ihr tut, so lange es noch Zeit ist, haltet an auf der abschüssigen Bahn, auf der ihr einherwandelt! Die einmal an die Ansiedelungskommission verkaufte Erde kehrt nie mehr wieder zurück. Möge keiner sagen, ich werde meine Wirtschaft der Ansiedelungskommission teuer verkaufen und eine andere bessere kaufen — dabei verliert ja das Vaterland nichts. Nein, das Vaterland verliert diese Wirtschaft, welche du der Ansiedelungskommission verkaufst, für immer, durch diesen Verkauf hast du die Gesamtfläche des polnischen Landes vermindert; wenn so andere deinem Beispiel folgen werden, dann wird uns nicht nur zu unserem Unterhalt, sondern selbst für unsere Grabstätten am Schluß Land fehlen. Heut, wo alle Staatsämter für uns unzugänglich sind, kann uns allein das Land ernähren.

Zum Beweise dafür, welche wichtige Rolle im sozialen Leben der Nationen gerade der Grund und Boden spielt, möchte ich euch aus der Geschichte der Griechischen Mythologie ein Beispiel anführen.

Vor Urzeiten lebte einst ein berühmter Held, Namens Aethus. Seine Mutter war die Erde, und diese gab ihm, solange er sie mit seinen Füßen und seinem Körper berührte, solche Kräfte, daß ihm selbst ein Riese wie Herkules nicht widerstehen konnte. Erst als Herkules ihn auf seinen Schultern hochhob und von der Erde losriß, konnte er den Aethus besiegen. Ebenso ist es um uns bestellt. Solange wir in dieser schwierigen Lage an unserer Erde mit beiden Händen festhalten werden, wird uns die Mutter Erde eine solche Macht verleihen, eine solche Stärke, daß uns keine Macht der Welt wird überwinden können. Mit dem Moment aber, in welchem wir uns von dieser Erde losreißen, wenn wir uns unseres Heimatlandes entäußern, werden wir verloren sein. Und so sündigt auch derjenige gegen die Gesamtheit, welcher sein Land in fremde Hände übergehen läßt. Aber er sündigt nicht nur gegen die Gesamtheit, sondern in noch höherem Maße gegen die **katholische Kirche**. Ja, meine Herren, ich erhalte diesen Vorwurf aufrecht: **Eine Todsünde gegen die katholische Kirche begeht jeder Kolonisateur**. Ist es doch bekannt, daß Hand in Hand mit der Ansiedelungskommission der Protestantismus geht. Wo früher die Türme unserer Kirchen stolz zum Himmel ragten, dort herrschen heut hoffärtig die lutherischen Bethäuser. Dort, wo früher unsere heiligen Stätten von andächtigen Gesängen widerhallten, dort stehen diese heut leer, stattdessen erschallen dort deutsche Gesänge. Heilige Pflicht eines jeden wahren Katholiken ist es, dafür zu sorgen, daß seine Kirche gekräftigt werde. Wer sein Land der Ansiedelung verkauft, der erfüllt diese Pflicht nicht nur nicht, sondern schwächt seine Kirche noch im Gegenteil. Ein solcher Verkäufer sündigt also gegen seinen heiligen katholischen Glauben. Er ist ein doppelter Verräter, ein Verräter der Kirche und seines Vaterlands. Früher war der Name „Verräter“ so häßlich, so schändlich, daß man sich von Leuten, welche mit dieser Bezeichnung gebrandmarkt waren, immer mit Abscheu abwandte. **Auch heut müssen wir uns von den Verrätern mit Abscheu abwenden**. Mögen sie mit ihren von der Ansiedelungskommission herausgeschlagenen Talern sich von uns fortziehen; sie dürfen sich nicht länger Polen nennen, mögen sie lieber den Ruhm unserer Feinde verstärken und sich gegen ihre eigene Mutter, Polen wenden, dann werden wir wenigstens wissen, daß wir an ihnen Feinde haben; denn der offene Feind ist uns hundertmal lieber, als der verborgene. **Wenn sich in unseren Dörfern ein solcher Kolonisateur finden sollte, meidet ihn, selbst wenns der Vater oder Bruder sein sollte, wie die Pest, reichet ihm eure Hand nicht, laßt ihn eure Schwelle nicht betreten, denn er verlegt mit seinen besleckten Fußtritten die Reinheit eurer Häuser**. Mögen die jungen polnischen Leute Töchter aus solchen Häusern nicht heiraten, mögen die polnischen Mädchen ihre Hand solchen Verkäufern nicht zum Ehebunde reichen. Mögen sie wissen, daß wir ihr Gold verachten, auf welchem der Fluch und die Tränen der ganzen Nation lasten. **Das sind Verbrecher, die wir, weil sie schädlich sind, möglichst bald aus unserer Mitte verstoßen müssen**; nur wenn wir auf diese Weise vorgehen, werden wir dieser gräßlichen Hydra den Kopf abschlagen.

Das Land, welches wir besitzen, gehört uns nicht, sondern ist Eigentum der ganzen Nation. Wir sind nur deren zeitige Verwalter, und Gott wird einst von uns über diese Verwaltung Rechenschaft fordern.

Wir dürfen es durch Verkauf an Fremde nicht verringern, im Gegenteil, es ist unsere Pflicht, es zu vergrößern. Zwar ist das heut nicht so leicht wie

früher, denn, wie euch bekannt ist, verbietet man uns jetzt neue Ansiedelungen zu schaffen. **Für das Vieh, für die Pferde, ja selbst für die Schweine kann man neue Ställe errichten, nur dir, polnischer Wirt, der du dein Blut für die Größe Preussens vergossen hast, ist es nicht gestattet, eine neue Ansiedelung auszubauen, welche dir und deiner Familie Unterkommen gewähren könnte.**

Die menschliche Sprache ist oft zu schwach und zu arm, um die ganze Entrüstung über diese Anordnung ausdrücken zu können. Doch, das Verbot ist einmal Gesetz geworden und als solchem müssen wir uns unterwerfen und mit ihm rechnen. Es erschwert die polnischen Parzellierungen unermesslich, aber macht sie nicht ganz unmöglich. Oft kommen Fälle vor, in denen man von dem benachbarten größeren Gute oder Vorwerk eine gewisse Fläche Lands zukaufen und zu einer bereits existierenden Wirtschaft hinzuschlagen kann. Zwar suchen die Verwaltungsbehörden unsere Wirte von der Absicht zu kaufen durch die Drohung abzubringen, daß sie ihnen die Erlaubnis zum Bau einer Scheune oder eines Stalles nicht erteilen werden. Gerade in letzter Zeit kommt so etwas immer öfter vor. Selbst in unserer Gegend sind Leute, welche ein Wohnhaus mit anliegendem Acker kaufen wollten, zu Terminen geladen worden, und dort wurde ihnen eröffnet, daß sie die Erlaubnis zur Errichtung von Wirtschaftsgebäuden nicht erhalten würden. Ein solches Vorgehen ist ungesetzlich, denn, wie ich bereits bemerkt habe, **betrifft die Ansiedelungsnovelle nur uns Polen, aber nicht das Vieh oder die Schweine.** Wenn ihr also ein Stück Land erwerben wollt und irgend ein Beamter, der Landrat oder Kommissar, euch in dieser Angelegenheit zu einem Termine vorladet, so braucht ihr zu dem Termine garnicht erscheinen, und wenn ihr wirklich kommt und die Herren Beamten euch eröffnen, daß, wenn ihr das Land kaufen würdet, ihr keine Wirtschaftsgebäude werdet errichten dürfen, so sagt diesen Herren dreist ins Gesicht, daß sie kein Recht besitzen, euch das zu verbieten. Wenn dann aber eure Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Bau neuer Ställe und Scheunen zurückgewiesen werden, dann kommt zur „Straz“, und diese wird schon dafür sorgen, daß die Gerichte euch und nicht den Herren Beamten Recht geben.

Lassen wir uns daher von dem Ankauf polnischer Erde nicht abschrecken. Kaufen wir möglichst viel Erde, zeigen wir der Welt, daß keine Verbote im Stande sind, aus unseren Herzen die Liebe zu unserer Ernährerin, der Erde, herauszureißen. In der Liebe zu unserer Erde, zu unserer Sprache schöpfen wir die Kräfte zum Ertragen desjenigen Ungemachs, welches uns bedrückt. Dieses Ungemach ist schmerzlich; schwarze Wolken haben sich über unseren Köpfen zusammengeballt, aber über diesen Wolken scheint mit unauslöschbarem Glanze die Sonne, und diese wird, so Gott es will, mit der Zeit die Wolken auseinander treiben und uns heiter wieder scheinen. Trösten wir uns damit, daß unser Vaterland schon manchen Sturm siegreich überstanden hat. Blicken wir in die Vergangenheit und sie muß uns Mut einflößen. Als im 13. Jahrhundert nach dem Einfall der Tartaren unsere Städte und Dörfer verödet waren, da öffnete Polen, um sie wieder zu bevölkern, seine Westgrenzen. In ganzen Massen begannen deutsche Kolonisten hereinzuströmen. Durch Fleiß und ihre Arbeit — die geschichtliche Gerechtigkeit erfordert es, dies zu bekennen — begannen Wohlstand und Reichtum in jene vernichteten Gefilde zurückzukehren. Doch zusammen mit diesen Kolonisten kamen zu uns und begannen sich auszubreiten die

fremde Sprache und fremde Sitten. Ja es kam soweit, daß diese Sprache der Eingewanderten unsere polnische Sprache immer weiter verdrängte und deren Existenz zu bedrohen begann. Die Nation kam aber zum Bewußtsein, erkannte die drohende Gefahr und ruhte nicht eher, bis über der deutschen Kultur die polnische den Triumph davontrug. Sechs Jahrhunderte sind seitdem verflossen, und doch wie nahe steht diese Zeit der heutigen. Auch heute kommen zu uns von allen Seiten ganze Scharen von deutschen Ansiedlern und bringen mit sich fremde Sprache, fremden Glauben und fremde Sitten. Auch heut ist, wie vor sechs Jahrhunderten, hier auf unserer eigenen Erde unsere Sprache in ihrer Existenz bedroht. Aber wenn wir uns im Bewußtsein der Größe der Gefahr alle zusammen die Hand reichen, wenn der Pole in dem Polen in erster Linie nur seinen Bruder erblicken wird, dann wird, so Gott es will, sich das wiederholen, was vor sechs Jahrhunderten geschehen ist, **daß über die preussische Kultur, deren Grundpfeiler rückfällige Macht bildet, die polnische Kultur, gestützt auf Grundsätzen des Edelmutts und der Gerechtigkeit, ihren Triumph feiern wird.** Ich schließe mit den Worten der erst vor kurzem verstorbenen Patriotin und Dichterin Severina Duchinska:

„Mögen oben die Blitze zucken,
Mögen sie hundertjährige Eichen zersplittern —
Durch Hagel und Sturm
Vorwärts weiter, gehen wir weiter!“

Ob die Welt bitteres Gift ausspeit,
Ob sie uns verhöhnt oder rühmt,
Dienen wir Gott und dem Vaterlande,
Schreiten wir weiter, schreiten wir weiter.“

Der Vortrag wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Der Vorsitzende dankte im Namen der Versammelten dem Redner und forderte die Anwesenden auf, sich diese Worte tief ins Herz einzuschreiben und nach ihnen auch zu handeln. Jeder Pole müsse an seinem Grund und Boden festhalten und diesen nach Möglichkeit noch durch Zukäufe vermehren.

Hierauf erhielt der Arbeiter Szudzinski-Wongrowitz das Wort, welcher gleichfalls aufforderte, an dem Boden festzuhalten. Die Ansiedelungskommission sei eigentlich mehr für die Polen als gegen sie geschaffen, denn erst durch ihre Tätigkeit seien die Polen aus dem Schlafe aufgerüttelt und angespornt worden, ihren Grund und Boden nicht zu verkaufen. Von ihnen allein hänge es ab, ob sie weiter existieren würden oder nicht.

Nachdem von Janta-Polczynski noch einmal den Inhalt aller Reden kurz zusammengefaßt und den Anwesenden vorgehalten hatte, ergriff von Grabowski noch einmal das Wort:

Im Kreise Wongrowitz sei zwar sehr viel Land aus polnischen Händen verloren gegangen, jetzt aber könne man mit Stolz sagen, es gebe hier keine Verkäufer mehr. Möge jeder Pole eifrig daran arbeiten, seinen Besitz zu vermehren. Nur der Grundbesitz bilde die Unterlage für die polnische Nation; gegenseitiges Vertrauen, Liebe und Achtung, vor allem aber Einheit müsse unter ihnen fortan herrschen. Nur dann könnten sie auf eine bessere Zukunft hoffen. Jeder in der Versammlung Anwesende müsse dem Strazverein beitreten. Zu Hause möge jeder das angeschürte nationale Feuer anfachen, damit aus ihm die Flammen der Bruder- und Vaterlandsliebe aufschlagen. Liebe zur heimatlichen Scholle, Liebe zum Vaterlande, Anhänglichkeit an den Glauben und die polnische Sprache müßten fortan jeden

Polen beherrschen. Redner dankt hierauf den Anwesenden nochmals für ihr Erscheinen, insbesondere aber dem Abgeordneten von Janta-Polczynski und schließt hierauf die Versammlung um 7¹/₂ Uhr abends. Dem Strazverein traten 250 Mitglieder bei.

Augustini,
Polizeiaffessor.

B e r i c h t über den Verlauf der am 9. d. Mts. im Hotel Victoria zu Jarotschin abgehaltenen Versammlung des Vereins „Straz“ für den Kreis Jarotschin.

Posen, den 11. Dezember 1905.

Die Versammlung war von ungefähr 150 Personen, meist Bürgern und Bauern aus Jarotschin und Umgegend, besucht. Die Intelligenz war vertreten durch die Gutsbesitzer Dr. von Hebanowski-Brzustow, von Sokolnicki-Siedlemin, Graf Czarniecki-Raszewy, von Dobrogoski-Prusinow und durch die Geistlichen Propst Podlewski-Wielkowna, Propst Synniewski-Rusko, Propst Tobola Golina, Propst Golski-Radlin, Propst Rafowski-Roskow, Kommandar Walich-Gora.

Dr. von Hebanowski-Brzustow, Starost des Vereins Straz für den Kreis Jarotschin, eröffnete um 5 Uhr Nachmittags die Verhandlungen mit dem katholischen Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“ und fuhr dann etwa wie folgt fort: Er habe die Anwesenden mit dem katholischen Gruße willkommen geheißen, er wolle diesem Gruße aber noch einen zweiten, durch und durch polnischen Gruß hinzufügen, welcher laute „Czuj duch“ („Wache Geist!“ oder „Aufgepaßt!“) und welcher von jetzt ab die Losung der Polen sein solle. Die Polen müßten wachsam sein, das fordere von ihnen der Verein „Straz“. Jeder müsse über sich selbst wachen, über seinen Bekannten und Verwandten, ja alle Polen insgesamt müßten wachen über die ganze polnische Volksgeamtheit. Warum verlange dies der Verein Straz von seinen Mitgliedern? Weil die Polen keine Beamten hätten, die aus polnischem Fleisch und Blut seien und darauf bedacht wären, daß die Polen ihren polnisch-katholischen Charakter nicht verlören, sie hätten keine Beamten, die sie in Schutz nehmen, wenn ihnen ein Unrecht widerfahre. Wenn sie nun keine Beamten hätten, so müsse jedes Mitglied des Vereins „Straz“ in seinem Kreise ein Beamter sein, der das Polentum beschütze, verteidige. Gegen wen sollten sich die Polen verteidigen? Gegen zwei Feinde, gegen einen inneren und einen äußeren Feind! Der äußere Feind sei dasjenige Element, das die Polen überall umgebe, das sie seit hundert Jahren in der Knechtschaft halte und das sich bemühe, sie zu germanisieren. Zwar befänden sich die Polen in einem Rechtsstaate, in dem Rechtsstaate Preußen, von dem die Deutschen mit Stolz sagten, daß er ein Rechtsstaat sei, die Polen aber wüßten aus vielen Beispielen, daß verschiedene Beamte das Gesetz und und Recht verschieden auslegten und in verschiedener Weise anwendeten. Einzelne intelligentere Personen unter der polnischen Volksgeamtheit wüßten sich zwar zu helfen, wenn ihnen ein Unrecht widerfahre, die Zahl dieser intelligenten Leute aber sei gering. Weniger intelligente Leute, die in großer Mehrzahl vorhanden seien, fühlten zwar auch, wenn ihnen ein Unrecht zugefügt werde, aus Furcht vor den Behörden aber seien sie nachgiebig, sie ließen es dabei bewenden und zögen es vor, etwas zu verlieren, als Prozesse zu führen. Diese zu verteidigen, diesen zu raten, dazu sei der Verein „Straz“ da. — Der zweite innere Feind der Polen seien

sie selbst. Nicht nur Feinde des Polentums gebe es unter ihnen, sondern auch viele Leute, die zum Niedergang des polnischen Besitzes beitragen. Jene seien kleinmütig, diese habgierig. Die Kleinmütigen behaupteten, die polnische Volksgeamtheit stehe in kultureller Beziehung tiefer als das sie umgebende deutsche Volk, und darum könne keine Rede davon sein, daß sich die Polen behaupten könnten. Ein solcher Kleinmütige sage, der Verstand, die Wissenschaft der Deutschen müsse die Polen überwinden, und er ziehe den Schluß, es habe gar keinen Zweck, sich zu quälen, es sei schade um Zeit und Geld, denn sie müßten dennoch zugrunde gehen. Er werde vielleicht noch Pole bleiben, aber was weiter geschehen werde, das sei ihm ganz gleichgültig. Diese Leute schädeten dem Volke sehr, denn weil sie intelligent seien, vergifteten sie ihre Umgebung mit ihren Ansichten, ohne daran zu denken, daß ein vergifteter Geist das größte Übel sei. Die Polen dürften die Hoffnung nicht aufgeben, wer logisch denke, der müsse sagen, daß die Polen nicht zu einem geräuschlosen Verschwinden verdammt seien. Sie seien ja schon hundert Jahre im Unglück, und dennoch befinde sich noch sehr viel in ihrem Besitz. So hat z. B. der polnische Bauernstand solche Fortschritte gemacht, daß von seiner Vernichtung nicht die Rede sein könne. Man dürfe aber die Hoffnung nicht aufgeben, sondern man müsse mit dem Dichter Slowacki ausrufen: „Ich beschwöre euch, mögen die Lebenden die Hoffnung nicht aufgeben, sondern das Licht der Aufklärung vor uns hertragen.“ Neben diesen Kleinmütigen gebe es noch einen zweiten inneren Feind, das seien die habgierigen Leute, die nicht durch Worte zum Niedergange des Polentums beitragen, sondern durch die Tat das Dasein der Polen untergraben. Diese sagten sich, das polnische Volk sei arm, es habe nichts zu vergeben, von der andern Seite dagegen winkten ihnen Orden, Ämter, Belohnungen, Ehrenbezeugungen, und so zögen sie den Schluß, es habe keinen Zweck, auf der Seite des armen Volkes zu stehen, es sei besser, auf die andere Seite zu gehen, wo man alles erhalte. Wenn er sich auch selbst nicht germanisiere, so veräußere er doch seinen Landbesitz an Fremde, um sich für Judasgeld dort niederzulassen, wo es ihm bequem sei. Die Leute, welche solchen Grundstücken huldigten, bereiteten der Volksgeamtheit den größten Schaden. Zwar seien diese gegenwärtig geringer an Zahl, als vor 10 oder 5 Jahren, immerhin aber seien sie noch nicht ganz verschwunden. Um sich gegen diese zu verteidigen und um ihren Einfluß zu brechen, dazu sei der Verein „Straz“ da. Ein merkwürdiger Zufall habe es gewollt, daß die Bewegung des Vereins „Straz“ gerade in einem Zeitpunkt begonnen habe, wo fast in allen Städten und Städtchen der fünfzigste Todestag des unsterblichen Dichters Mickiewicz begangen werde. Möchte dies doch eine gute Vorbedeutung für die Polen sein, möchten sie sich doch zusammenschließen und den Ausspruch dieses Apostels der Eintracht und Liebe in die Tat umsetzen, des Ausspruchs, der da laute:

Wohlan denn Schulter an Schulter! Mit gemeinsamen
Reiten

Laßt uns den Erdkreis umschließen!
Vereinigen wir die Gedanken in einem Brennpunkt,
Und in einem Brennpunkt die Herzen! . . .

Er habe als Starost des Vereins „Straz“ die Ehre gehabt, zu der heutigen Versammlung die Vertreter aller Stände einzuladen, und so danke er für das Erscheinen der polnischen Geistlichkeit, die stets auf Seiten des Volkes stehe, wenn es sich um die nationale Sache handele, dann den Gutsbesitzern und den Bürgern der Stadt, die seiner Einladung so zahlreich gefolgt seien,

und zuletzt den Vertretern des Bauernstandes, der zwar spät aus dem Schlafe erwacht sei, jetzt aber sich voll Begeisterung unter das nationale Banner schare. Ebenso danke er dem aus Jarotschin stammenden Landmann Dr. Ryblewski aus Posen, der gekommen sei, um den Erschienenen in einem Vortrage den Zweck des Vereins „Straz“ darzulegen. Zum Vorsitzenden der Versammlung schlage er den Propst Podlewski aus Bielkowskyja vor.

Propst Podlewski übernahm den Vorsitz mit Dank und berief zum Schriftführer Barwicki-Jarotschin, zu Beisitzern v. Sokolnicki-Siedlemin, Niemczyk-Stengosch, Regulski-Stengosch und Jachowski-Jarotschin.

Alsdann wurde Dr. Ryblewski-Posen das Wort erteilt. Die Polen — führte Redner aus — fühlten und kannten alle das schwere und harte Geschick, das auf ihnen lastete. Wo sie sich im polnischen Lande umsähen, überall mache sich die durch Gottes Fügung ihnen aufgebürdete preußische Herrschaft fühlbar, überall empfänden sie die harte germanische Hand, die sie zu Boden drücke. In schwieriger Lage befinde sich der polnische Landwirt, ob er viel oder wenig besitze. Wenn er ein Stück vaterländischen Bodens erwerben wolle, so sei ihm dies nicht erlaubt, denn der Grund und Boden gehöre der Ansiedelungskommission. Wenn des Landwirts Familie sich so vermehre, daß er sich gezwungen sehe, sein Wohnhaus zu erweitern, so sage man, das sei nicht erlaubt, denn die Ansiedelungs-Novelle verbiete die Bildung neuer Ansiedelungen. Dagegen behandle man ihn weniger hart, wenn er für sein Pferd, Vieh oder Schwein einen Stall bauen wolle; das werde ihm erlaubt, nicht aber der Bau von Wohnhäusern für die fortwährend sich vermehrende polnische Bevölkerung. Daraus könne man ersehen, wie unsere gute Regierung mehr bedacht sei auf das Wohl der Pferde und Schweine, als auf das Wohl der Menschen. In ähnlicher Lage befinde sich der polnische Kaufmann und Handwerker. Zwar sei es so weit noch nicht gekommen, daß ihm der Bau eines Wohnhauses verboten werde, statt dessen aber erfreue er sich anderer Unnehmlichkeiten. So beeinflussten die Behörden ihre Untergebenen dahin, daß sie ihre Waren nicht von einem polnischen Handwerker oder Kaufmann bezögen, und der Verein von den drei Buchstaben wende alle Mittel an, fremde Gewerbetreibende heranzuziehen, um dem polnischen Kaufmann und Handwerker Konkurrenz zu machen, um ihm das Dasein zu erschweren. So gingen die Polen einerseits aller ihrer Rechte verlustig, andererseits aber würden sie von ihren Pflichten nicht befreit. So werde den Soldaten der Besuch polnischer Lokale verboten, noch nie aber sei gehört worden, daß jemand vom Militärdienste, von der Steuerzahlung deswegen befreit worden sei, weil er Pole sei. — Am schlimmsten sei die Lage des polnischen Arbeiters. Ob er Land-, Fabrik- oder Grubenarbeiter sei, ob er im Heimatlande bleibe, oder ob er in die Fremde gehe, überall stoße er auf das ihm feindliche deutsche Element. Wo in polnischer Gegend ein deutscher Ansiedler sei, da sei kein Platz für den polnischen Arbeiter vorhanden, und ebenso werde er in der Fremde verdrängt und hintenangesetzt, weil er angeblich dem deutschen Arbeiter den Broterwerb raube. Es sei bezeichnend, daß sich in einer Zeit, wo in allen Ländern die ausgezeichnetsten Männer daran arbeiteten, die Lage des Arbeiters nach Kräften zu bessern und zu heben, die Deutschen ihr Augenmerk darauf richteten, den polnischen Arbeiter einfach zu beseitigen, ihn aus allen wirtschaftlichen und industriellen Betrieben zu verdrängen und durch Ruthenen, Italiener, ja sogar durch Japaner und Chinesen zu ersetzen. — Wie sehe es ferner mit der Erziehung der polnischen Jugend aus? Kaum habe das Kind die deutsche Schule betreten, so höre es 8 Jahre fast keinen

einzigem polnischen Laut, unablässig werde ihm das Deutschtum eingepfist, werde ihm gepredigt, was für ein mächtiges Land das Deutsche Reich, der preußische Staat sei, wie gut dieser Staat sei, wie undankbar die Polen seien, weil sie das Deutschtum nicht liebten. Auch nach der Schulzeit bleibe der polnische Knabe unter den Augen der Behörden, er besuche die Fortbildungsschule und müsse später seinen Militärdienst ableisten, wo er neben anderen schönen Dingen auch wiederum vieles von der Macht und Größe des preußischen Staates zu hören bekomme. So bleibe er bis zum 24. Lebensjahre unter deutschem Einfluß, der ihm die polnischen Empfindungen rauben und statt dessen deutsche Gefühle und Überzeugungen einflößen solle. Damit aber den Polen an ihrem Glück nichts fehle, hätten sie auch noch den Kampf auf politischem Gebiete auszufechten. Der Vorredner habe bereits der gegen die Polen geschmiedeten Ausnahmegeetze, des Ansiedelungsgeetzes und der Novelle zu diesem Gesetz Erwähnung getan. Das sei noch nicht alles. Wo den Polen bisher noch kleine Rechte geblieben seien, auch dort suche man sie ihnen zu verkürzen. Es sei sonderbar, einerseits sorgten die Behörden mehr für Schweine, als für die Menschen, andererseits aber kümmerten sie sich in übertriebener Weise um die Gesundheit und um das Leben der Menschen. Wenn z. B. eine polnische Versammlung in einem Raume stattfinden solle, wo bereits 20 Jahre hindurch Versammlungen abgehalten worden seien, da sei plötzlich der Raum ungeeignet. Weil angeblich die Feuergefahr das Leben, oder der ungenügende Luftzutritt die Gesundheit der Anwesenden gefährden könnte, würden polnische Versammlungen in solchen Räumen verboten. Er, Redner, habe so in kurzen Umrissen die den Polen zugesügten Unbilden und ihre Mängel gezeichnet. Daraus entprägen für die Polen auch Verpflichtungen. Wenn ihnen auf wirtschaftlichem Gebiete ein Unrecht geschehe, wenn ihre Gegner alle ihre Kräfte daransetzten, um sie von ihrer heimatlichen Scholle zu verdrängen, so bleibe ihnen nichts übrig, als sich mit allen Kräften dagegen zu verteidigen. Wenn man den Kindern in der Jugend einzureden suche, daß nur unter der preußischen Herrschaft Glück zu finden sei, daß nirgends ein solches Paradies sei, wie unter den gesegneten Verhältnissen der preußischen Regierung, wenn man den Kindern deutsche Gefühle einprägte, so könne man dies nicht verhindern, man müsse sich aber dagegen wehren, indem man ihnen polnisches Denken und Fühlen einflöße. Wenn man den Polen alle Rechte verkürze, müsse man dagegen protestieren und sich verteidigen. Diese drei Aufgaben wolle der Verein „Straz“ erfüllen. Auf welche Weise wolle er dies tun? Der Verein „Straz“ sei kein Verein, der Leute schwachen Charakters, Müßiggänger oder durch eigene Schuld ins Unglück Geratene unterstütze, sondern der darauf bedacht sei, jedem rechtschaffenen Polen, der unverschuldete ins Unglück gestürzt sei, die Möglichkeit zu bieten, eine anständige Existenz zu finden. Zu diesem Zwecke wolle sich der Verein durch Ratschläge und sogar durch materielle Hilfe nützlich erweisen, wenn ein Pole keinen anderen Ausweg habe und keine andere Hilfe erhalten könne. Dann habe sich der Verein zur Pflicht gemacht, dort zu arbeiten, wo polnisches Denken und Fühlen abhanden gekommen sei, und darauf zu achten, daß dieses Denken und Fühlen dort geweckt werde, wo niemand vorhanden sei, der dies täte. Der Verein werde dafür sorgen, daß die polnische Sprache im polnischen Hause Eingang finde und geachtet werde, daß in jedem polnischen Hause ein polnisches Buch oder eine Zeitung gelesen werde, daß jeder Pole zu lesen und zu schreiben verstünde, daß jedes polnische Haus mit einem Katechismus und

mit einer Fibel versehen wäre. Ferner werde der Verein dort Rechtshilfe erteilen, wo die Rechte eines Polen beeinträchtigt würden. Es gebe sehr viele Polen, die sich nicht so verteidigten, wie sie es tun könnten und sollten, oder solche, die keine Zeit und kein Geld hätten, ihr Recht geltend zu machen. Allen diesen werde der Verein mit Rat und Tat beistehen. Man werde vielleicht einwenden, ein solches Unternehmen übersteige die Kräfte der Polen, denn auf der anderen Seite stehe die Regierung, welche über die Polizei, über Beamte, Lehrer, Gerichte, sowie über so ungeheure Geldmittel verfüge, wie sie z. B. für Ansiedelungszwecke bereits eine viertel Milliarde Mark bewilligt habe. Überdies habe die Regierung einen treuen Bundesgenossen in dem Hufatistenverein, welcher den Polen gegenüber ebenfalls eine feindliche Stellung einnehme. Was bedeuten da im Vergleich damit die Polen, die kaum eine halbe Million Wählerstimmen zählten? Wenn man diese alle zum Beitritt in den Verein Straz überreden würde, so dürften sie dennoch kaum ein paar tausend Mark aufbringen, was im Verhältnis zu den staatlichen Fonds einen Wassertropfen im Meere bedeute! Wer so denke, habe recht, denn die gegenseitigen Kräfte seien in der That ungleich. Allein der Mensch denkt und Gott lenkt! Vor 100 Jahren sei es den Polen in Österreich noch viel schlimmer ergangen als jetzt in Deutschland, und in Rußland sei die Lage der Polen noch vor kurzem weit unerträglicher gewesen; dank der göttlichen Vorsehung aber hätten sich die Verhältnisse gebessert, woraus erhesse, daß nicht Macht und Stärke allein alles vermöchten. In Österreich hätten die Polen heut einen eigenen Landtag, und in Rußland seien zu Gunsten der Polen solche Umwälzungen vor sich gegangen, daß man sich davon vor drei Jahren kaum hätte träumen lassen.

Warum sollte da nicht auch hier eine Besserung eintreten? Zwar spiele die göttliche Vorsehung dabei die erste Rolle, jedoch sei auch ihre, der Polen, eigene Arbeit nach dieser Richtung hin nicht zu unterschätzen. Sie müßten daher einander anregen zu treuer Pflichterfüllung, sie dürften nicht ruhen und rasten, bis eine Wendung zum Bessern eintrete. Bei alledem aber dürften sie Gott nicht verlassen, dann werde auch Gott sie nicht verlassen!

Nachdem der Vorsitzende dem Redner für seine Ausführungen gedankt, folgte eine Pause von 20 Minuten, während welcher die Aufnahme von 119 Kandidaten für den Verein „Straz“ stattfand.

Hierauf erteilte Propst Podlowski dem Propst Tobola-Golina das Wort, indem er darauf hinwies, daß der Vortragende die Anwesenden belehren werde, wie sie ihren von dem Blute und Schweiß ihrer Väter getränkten Grund und Boden in ihren Besitz erhalten könnten. Nun las Propst Tobola eine Abhandlung vor, in welcher er ungefähr nachstehende Gedanken entwickelte: Die nationale Existenz der Polen — führte Redner aus — sei aufs Höchste bedroht. Wenn man auf die Landkarte der Ansiedelungskommission einen Blick werfe, machten die in fremden Besitz übergegangenen polnischen Landstriche auf den Beschauer einen schrecklichen Eindruck. Eine solche Landkarte müßte sich in jedem polnischen Hause befinden, um stets vor Augen zu haben, wieviel polnisches Land schon für immer verloren gegangen sei. Man frage dabei mit Besorgnis nach der Ursache, die bewirkt habe, daß so viel polnisches Land unter den Füßen der Polen entschwunden sei, und leider müsse man gestehen, daß die Polen selbst Schuld daran seien. Zunächst seien es die polnischen Herren gewesen, die begonnen hätten, ihren Landbesitz zu verkaufen, um in Großstädte überzusiedeln und dort ein bequemes oder verschwenderisches Leben führen zu können. Es sei ja

richtig, daß der Gutsbesitzer mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, die nationale Würde aber verbiete ihm, sich von dem allgemeinen Kampfe zurückzuziehen. Früher habe der polnische Edelmann sein Blut für das Vaterland vergossen, heut verlange man von ihm kein Blut mehr, heut verlange man nur Arbeit und Selbstverleugnung von ihm. Zudem werfe keine Arbeit so sicheren Gewinn ab, wie die Landwirtschaft. Der Gewerbetreibende verdiene zwar schneller Geld, er könne es aber ebenso schnell wieder verlieren, was beim Landmann fast ausgeschlossen sei. Außerdem erfreue sich der Landmann überall einer hohen Achtung, er sei sozusagen die Stirn der Nation. Aus allen diesen Gründen dürfe der Landwirt seinen Grund und Boden nicht leichtsinnig aus seiner Hand entgleiten lassen. — Die Landarbeit sei weiter eine Arbeit für die Nation und für die Kirche. Wo polnisches Land vorhanden sei, dort finde man auch polnisches Volk und die katholische Religion. Es sei also Pflicht aller polnischen Landbesitzer, auf ihren Pösten auszuharren, um die von dem Blute und Schweiß der Vorfahren getränkte heimatliche Scholle auf ihre Kinder zu übertragen. Wer sein Land an Fremde verschachere, sei als Verräter seines Vaterlandes zu brandmarken, denn es sei heutzutage schon soweit gekommen, daß nicht nur der polnische Adel, sondern sogar auch der polnische Bauer das goldene Kalb der Ansiedelungskommission anbete. Wie lange werde der Landbesitz noch reichen, wenn so weiter mit ihm geschachert werde? Schon heut könne der Pole nur schwer Land erwerben, was werde aber später sein, wenn man nicht aufhören werde, das Land der Väter weiter zu veräußern? Die Polen würden einfach zu Heloten und Knechten herabsinken. Um dies zu verhindern, müsse jeder Pole dafür sorgen, daß auch nicht das kleinste Stück Land aus polnischen Händen in fremden Besitz übergehe. Der Landverschacher aber, ob Bauer oder Edelmann, müsse auf Schritt und Tritt mit Verachtung gestraft werden. Dies könne dadurch geschehen, daß man ihm das Betreten des Hauses verbiete, ihm die Hand nicht reiche und sich von ihm mit Abscheu abwende. Wenn dies alle ohne Ausnahme täten, würde so mancher zurückschrecken vor der Schandtath des Landschachers, die ihm die Verachtung der ganzen Nation zuziehe. Verbände man sich aber mit ihm, so mache man sich selber des Verrates schuldig. Daher müsse man solche Menschen meiden, mögen sie zu denen gehen, die den Polen das Teuerste genommen haben. Ein weiteres Mittel gegen den Landschacher seien Warnungen der Presse. Diese habe bis jetzt ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt. Dabei müsse man der Presse behilflich sein, indem man sie rechtzeitig benachrichtige, wenn sich ein polnisches Besitztum in Gefahr befinde. Man brauche nicht zu glauben, daß man durch Weitergabe vielleicht falscher Gerüchte jemandem ein Unrecht zufügen könnte. Wer ein reines Gewissen habe, wisse, daß man zu einer irrigen Meldung nicht durch Haß, sondern durch Liebe bewogen worden sei. — Ferner sei es Pflicht der Polen, nicht nur den alten Besitzstand zu erhalten, sondern auch aus fremden Händen Land zu erwerben. Vor allem müßten die Arbeiter aus Westfalen möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren und sich hier ansiedeln. Wenn alle Polen einmütig so vorgehen würden, dann würden sie sich auch weiter behaupten und den Gegnern zeigen, daß sie den ihnen aufgedrungenen Kampf auszufechten verstünden.

Einen nicht minder traurigen Anblick gewähre das heutige Aussehen der Städte und Städtchen, die ihren polnischen Charakter völlig verloren hätten. Nicht die Kaufleute und Gewerbetreibenden seien schuld daran, sondern die schwierigen Verhältnisse, unter denen sie

lebten. Es gebe nur wenig Patrioten, welche die Losung „der Seine zum Seinen“ befolgten. Es werde soviel Geld unnötig ausgegeben, daß es auch dazu noch reichen müßte, seine Einkäufe beim Landsmann zu besorgen, selbst wenn seine Ware minderwertiger oder teurer wäre. Übrigens sei es ein Vorurteil, daß man bei seinem polnischen Landsmann schlechter kaufe, als bei einem Fremden, es sei vielmehr ein alter Fehler der Polen, daß sie das Eigene tadelten, das Fremde aber lobten. Dadurch daß man bei den Seinigen kaufe, werde das nationale Vermögen vermehrt. Darum müsse der polnische Kaufmann und Handwerker, der sich in so schwieriger Lage befinde, weil ihm keine staatlichen Arbeiten übertragen würden und weil er lediglich auf seine Brüder angewiesen sei, von seinen Landsleuten nach Kräften unterstützt werden. Wie könnte er sich sonst gegen die überhandnehmende deutsche Konkurrenz behaupten? In dieser Beziehung sündige die polnische Intelligenz noch sehr schwer. Wie könne man da von dem gewöhnlichen Volke verlangen, es solle beim Fremden nicht kaufen, wenn ihm von oben ein so schlechtes Beispiel gegeben werde? — Umgekehrt hätten auch die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden Pflichten ihren polnischen Kunden gegenüber. Auch sie müßten die Losung „der Seine zum Seinen“ beachten, sonst sei diese eine leere Phrase. Vor allem müsse der polnische Kaufmann seinen Landsmann ebenso höflich bedienen, wie den Fremden. Dem Armen dürfe er die gleiche Ware nicht billiger verkaufen als dem Wohlhabenden, denn auch dieser wolle sein Geld nicht umsonst ausgeben. Insbesondere mangle es dem polnischen Kaufmann an einer gediegenen fachmännischen Ausbildung, weil er in seinen jungen Jahren die Ruhestunden mit Vergnügungen und Zerstreuungen toschlage, anstatt seine geistige Bildung zu vervollkommen. Auch das sei ein Fehler des polnischen jungen Kaufmanns, daß er sich möglichst frühzeitig selbstständig zu machen suche. Die älteren Kaufleute wiederum fehlten dadurch, daß sie mit den Fortschritten der Zeit nicht gleichen Schritt hielten, vornehmlich auf industriellem Gebiete sei eine fortschreitende Weiterbildung notwendig. Schließlich sei es Pflicht der Gewerbetreibenden, ihre Waren von polnischen Firmen zu beziehen, die schon in genügender Zahl vorhanden und ebenso leistungsfähig seien, wie die deutschen. Sehr häufig aber höre man die Ausrede: Ich habe meine alten Quellen. Wie könne sich derjenige, der einen solchen Standpunkt vertrete, auf die schon mehrfach erwähnte Losung berufen, wenn er sie selbst mit Füßen trete? Auch der Fehler hafte dem polnischen Kaufmann sehr häufig an, daß er nur auf seine eigene Bereicherung bedacht sei, für die nationale Sache wenig oder gar kein Interesse zeige. Wenn er z. B. einem polnischen Verein deshalb nicht beitrete, damit dies der Bürgermeister nicht erführe und ihm die KonzeSSION nicht entzöge, so sei dies ein geradezu verabscheuungswürdiger Zustand. — Die polnischen Industriellen wiederum sündigten sehr oft dadurch, daß sie den polnischen Arbeitern deutsche vorzögen. Es sei doch merkwürdig, daß bei den Deutschen der polnische Arbeiter als einer der besten gelte, während die Polen den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Wenn jeder, der Kaufmann, der Industrielle, wie der Käufer ihre Pflichten erfüllen würden, erst dann werde der polnische Handel und das Gewerbe ohne Besorgnis in die Zukunft blicken können. Die Polen müßten sich ein Beispiel nehmen an den Montenegrinern, die arm seien, ihr Vaterland aber so liebten, daß sie lieber Hungers starben, als es im Stiche ließen. Die Polen dagegen zögen es vor, ihr von Honig und Milch fließendes Land zu verlassen, um in fremde Dienste zu treten. Auch die Tschechen seien ein nachahmenswertes Volk,

das sich aus noch elenderen Verhältnissen, als die der Polen seien, zu einer Kultur emporgeschwungen hätten, die sich mit jeder anderen Kultur messen könne. Die Polen sollten sich solche Völker zum Vorbild nehmen, und auch sie würden mit Gottes Hilfe die schweren Zeiten überleben und eine bessere Zukunft erblicken.

Bureauvorsteher Klimkiewicz = Jarotschin forderte die anwesenden Landwirte auf, ihre Getreidegeschäfte nicht mit jüdischen sondern mit polnischen Getreidehändlern abzuwickeln, deren Zahl sich zur Freude der ganzen polnischen Volksgeamtheit immer mehr vermehre.

Propst Podlewski ermahnte die Versammelten, das Gehörte sich zu Herzen zu nehmen und im praktischen Leben in die Tat umzusetzen.

Starost Dr. von Hebanowski sagte, das polnische Reich sei deswegen zugrunde gegangen, weil es keine gute Regierung gehabt habe. Die Polen wollten aber eine Behörde über sich haben, der sie gehorchen würden, und das sei der Hauptvorstand des neugegründeten Vereins Straz in Posen. Dieser habe für die einzelnen Kreise Starosten und Kommissare eingesetzt, und da die Kommissare für den Kreis Jarotschin noch nicht aufgestellt seien, solle dies in der heutigen Versammlung geschehen. Er schlage dem Hauptvorstand folgende Personen als Kommissare für die einzelnen Ortschaften des Kreises Jarotschin vor:

Geistlicher Rat Obst-Potarzyca; Propst Rakowicz-Dembno; Propst Rakowski-Roskow; Kommendar Walich-Gora; von Storzewski-Kretkow; Trompczynski-Kotlin; **Propst Tobola-Golina;** Gysbaszewicz-Mieszkow; Kasimir Plecinski-Kamien; Johann Maslowski-Kurzew; Kasimir Tomaszewski-Komorze; Zawisla-Paruchowo; Kwiecinski-Przybylski; Andraszat-Wiesadowo; Josef Strzyzack-Neustadt (?); Josef Rebecka-Suchorzewko; Witold von Sokolnicki-Siedlemin; **Propst Wunk-Brzostow;** Paul Synniewski-Rusko, Andreas Polski-Chytrow; Nikolaus Studzinski-Ofiet; Podlewski-Komorze bei Neustadt; Ignaz Geldner-Wojciechowo; Buchwald-Chwalowo; W. Buchwald-Zerniki; Zielinski-Niedrys (?); Zeguski-Slawoszew; Wlazit-Andreszewo; Thomas Katajezat-Zirkwitz; Valentin Pawlowski-Zerkow; Michael Zatorski-Szypław; Michael v. Szarnecki-Rejzewy; Stanislaus Andrzejczak = Mieszkow; Mactowiat = Wolica = Rozia; Matujewski = Kolniczki; Andrzejczak-Michalowo; Anton Walczak-Zalesie bei Gora; Panczat-Klichow; Zdrojowy-Prusy; Ignaz Regulski = Stengosch; Johann Stachowiak = Lobes; Stachowiak-Brzustow bei Gora; Nikolaus Arzemieski-Kruschin; Andreas Bernhard-Luschanow; Boleslaus Rybicki-Wielkowsyja; Klimkiewicz-Jarotschin; Czabajski-Jaraczew; Franz Swiderski-Gola; Anton Dremniak-Lowenitz.

Als Dr. von Hebanowski den Gutsbesitzer v. Dobrogojski fragte, ob er nicht auch das Amt eines Kommissars übernehmen wolle, antwortete dieser ganz leise, daß dies unter der Hand geschehen könne, d. h. ohne daß es jemand zu wissen brauche. — Dr. von Hebanowski bemerkte ferner, daß hier eine Diskussion über die Befähigung der Kommissare nicht stattfinden solle, daß man sich vielmehr schriftlich an ihn wenden möge, falls aus irgend einem Grunde Zweifel hinsichtlich der Person eines Kommissars bestehen sollten. Er las dann noch die Instruktion für die Kommissare vor und teilte mit, daß er in allernächster Zeit eine Kommissarversammlung nach Jarotschin einberufen werde.

Propst Podlewski dankte schließlich den Anwesenden für ihr Erscheinen in der Versammlung, in der sie sich gegenseitig belehrt, ihre nationalen Empfindungen aufgerichtet und die Bruderhand einander gedrückt hätten. Sie möchten nach Hause heimkehren mit dem

Vorjah, die in den Reden entwickelten Ideen zu verwirklichen und weiter zu verbreiten. Mit dem katholischen Gruße schloß er die ruhig verlaufene Versammlung um 7¹/₄ Uhr.

Maluche,

Königlicher Polizei-Bureaudiatar.

B e r i c h t **über den Verlauf der am 10. Dezember 1905** **Nachmittags 4 Uhr im Koschniecki'schen Saale** **zu Gnesen abgehaltenen polnischen Wähler-** **versammlung.**

Posen, den 13. Dezember 1905.

Die Versammlung war von ungefähr 700 Personen, darunter 30—40 Damen, die sich auf der Galerie befanden, aus Stadt und Umgegend besucht.

Von der Intelligenz und Geistlichkeit waren anwesend:

Der Vorsitzende des Kreiswahlkomitees, Rittergutsbesitzer von Chelmiecki-Zakrzewo, Abgeordneter von Grabski-Gnesen, Abgeordneter Korfanty-Kattowitz, Rechtsanwalt — Starost für den Kreis Gnesen — Karpinski-Gnesen, Rechtsanwalt v. Sczaniecki-Gnesen, Rentier v. Rafzewski-Gnesen, Redakteur Tesza-Gnesen, Rentant v. Janowski-Gnesen, Dr. Szafarzewicz-Gnesen, Propst Piotrowicz-Gnesen, Propst Jaskowski-Dziekarnowice, Propst Schubert-Dembnica.

Der Vorsitzende des Kreiswahlkomitees v. Chelmiecki eröffnete die Versammlung um 4¹⁰ Uhr Nachmittags, mit dem Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“ und stellte der Versammlung den Abgeordneten **Korfanty** vor, der von der Versammlung mit lebhaften Hochrufen begrüßt wurde. Nachdem v. Chelmiecki das Kreiswahlkomitee gegen den Vorwurf, daß es zu wenig Wahlversammlungen veranstalte, in längeren Ausführungen verteidigt hatte, brachte er den Rechtsanwalt **Karpinski-Gnesen** zum Vorsitzenden der Versammlung in Vorschlag, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Sodann wurden berufen: zum Schriftführer Rechtsanwalt v. Sczaniecki, und zu Beisitzern Wasit aus Zdzichowo, Urbanski aus Zydowo, Borucki aus Ramiary und Waberski aus Gnesen.

Als erster Redner erhielt **Abgeordneter von Grabski-Gnesen** zum parlamentarischen Rechenschaftsbericht das Wort. Er führte aus:

Es sei eine alte Gewohnheit, daß die Abgeordneten alljährlich einen Bericht über ihre parlamentarische Tätigkeit erstatteten. Es seien meistens Berichte über die Leiden und Verfolgungen, denen die Polen ausgesetzt seien, über die gegen die Polen gerichteten Gesetze usw. Wenn mal in einem Jahre kein Gesetz gegen die Polen erlassen werde, so bezeichneten es die Polen als ein glückliches Jahr. (Zwischenruf: Sie wollen die Polen erschlagen!) Der Vorsitzende ersucht hierauf um Ruhe und bat den Redner nicht zu unterbrechen. — Redner fährt dann fort, daß dies Verdrängen der Slawen von seiten der Deutschen schon seit 1000 Jahren geübt werde. Während es aber nun früher mit dem Recht des Stärkeren mit Feuer und Schwert geschehen wäre, suche man heute nach geeigneten Vorwänden, und so werde den Polen zum Vorwurf gemacht, daß sie weitergehende Ziele verfolgten, daß sie sich vom preußischen Staate losreißen wollten. In dieser Meinung werde die Regierung bestärkt durch der Polen größte Feinde, und zwar der Katoliken. Wer das

sei, brauche er — Redner — den Versammlungsteilnehmern nicht zu erklären. Ihre Aufgabe bestände darin, das Deutschtum im Osten zu verbreiten, aber anstatt das zu tun, führen sie in ganz Deutschland herum und verbreiteten Lügen über die Polen, u. a. auch die Mär, daß die Polen ein Reich von Meer zu Meer erstrebten. Redner streifte alsdann die Landtagsverhandlungen betr. Ausschließung der polnischen Sprache aus den Versammlungen, betr. die Erhöhung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, den er einen antipolnischen Fonds nannte, ging dann über auf die Schulverhältnisse, wobei er insbesondere beklagte, daß fast in allen Schulen der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt würde, erwähnte ferner die ungerechte Behandlung des Redakteurs v. Rafowski im Gefängnis zu Wronke, dem die Haare und der Bart abgeschnitten worden wären, der Sträflingskleider bekommen hätte und der dort in jeder Weise **malträtirt worden wäre**. Eine ähnliche Behandlung habe auch der Abgeordnete Korfanty in Wronke erfahren, dem erst nach Ablauf von 4 Monaten vom Justizminister die Lektüre der Wochenausgabe der „Times“ gestattet worden sei. Die Zwangserziehung der Kinder als ein Germanisationsmittel darstellend, kritisierte Redner die Verdeutschung der polnischen Ortsnamen, wobei er über eine Verhandlung im Gnesener Kreistage unter dem früheren Landrat berichtete, die die Änderung des Ortsnamens „Jankowo“ zum Gegenstande hatte, und zwar mit der Maßgabe, daß die Stammsilbe „Jan“ bestehen bleiben sollte. Nach langem Hin- und Herreden habe er — Redner — schließlich den Vorschlag gemacht, es in „**Dummer-Jan**“ umzutauschen. (Heiterkeit!) Auf die Schwierigkeit der Eintragung der polnischen Namen auf den Standesämtern eingehend, bemerkte Redner, daß die Väter auf die polnischen Namen achten sollten, daß niemand Briefe und Rechnungen mit unrichtig geschriebenen Namen annehmen, und vor allen Dingen, daß niemand solche Rechnungen bezahlen sollte.

Schlimmer sei es, fährt Redner fort, wenn die Regierung polnische Beamte zur Änderung ihrer Namen veranlasse. Da sei z. B. in Bromberg ein Beamter Zakrzewski, der von der Behörde die Veretzung nach dem Rhein bekommen hätte. Dieser Beamte habe sich an die Direktion mit der Bitte gewendet, ihn hier zu belassen. Worauf ihm der 1. Beamte, der Präsident oder ein anderer Beamter erwidert habe, daß er hier bleiben könne, aber nur unter der Bedingung, daß er seinen Namen Zakrzewski in „Zackenfels“ umändere. (Heiterkeit!) Was wäre dem armen Kerl übrig geblieben, er habe seinen Namen geändert, um hier bleiben zu können.

Auf die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke wolle er — Redner — nicht eingehen, doch hoffe er, daß der jetzige Landrat in dieser Beziehung nach den Vorschriften und nicht gesetzwidrig handeln werde.

Die Äußerung des Ministers von Rheinbaben zitierend, daß Polen bei der Übernahme durch Preußen ein wildes, unkultiviertes Land gewesen wäre, und es von den Polen ungerecht sei, daß sie sich dem Staate gegenüber so undankbar zeigten, bemerkte Redner, daß wenn von Rheinbaben seinerzeit Minister gewesen wäre, er es nicht zugelassen hätte, daß sich Preußen an der Teilung Polens beteiligte. (Heiterkeit.) Wenn man die vielen konfiszierten Kirchen- u. Güter in Vergleich ziehe — fährt Redner fort — mit den Aufwendungen für kulturelle Zwecke in den polnischen Ländern, dann müsse sich jeder sagen, daß die Polen diejenigen seien, die am meisten gegeben hätten. Die

Polen dankten den Preußen für ihre Wohltat, sie wollten Polen bleiben und als Polen sterben! (Beifall!)

Die Lehrer seien angewiesen die Geistlichen zu kontrollieren, in welcher Sprache sie die Kinder zu den hl. Sakramenten vorbereiteten, worüber doch nur die Eltern und Geistlichen und nicht die Schulbehörden zu entscheiden hätten. Eine sehr wichtige Verfügung sei unter dem 21. Juli 1902 von der Regierung in Königsberg erlassen worden, die den Lehrern die körperliche Züchtigung der Kinder für ungenügende Fortschritte in der deutschen Sprache untersagen, wenn die betr. Kinder polnischer Nationalität seien.

Bei der Errichtung von Kinderbewahranstalten würden soviel Schwierigkeiten gemacht, daß es nicht mehr möglich sei Bewahranstalten zu errichten, sodaß die Kinder, während sich die Eltern auf Arbeit befänden, auf der Straße herumtreiben müßten, wo sie in moralischer Beziehung gewiß nichts gutes lernten.

Das ganze Schulsystem sei falsch; es könne nur dann ein Fortschritt erzielt werden, wenn die Kinder in der Muttersprache unterrichtet würden. Heute würden die Kinder nur mechanisch unterrichtet, oftmals mit Hilfe des Stockes, und was sie heute lernten, das verlernten sie wieder morgen.

Redner verbreitete sich alsdann über die Kanalvorlage, über das Ansiedelungsgesetz, brandmarkte in scharfer Weise die polnischen Landverschacherer, und betonte, daß der Boykott durch die preußische Regierung bzw. durch die Ansiedelungskommission geschaffen worden wäre. Redner jagte hierbei u. a.:

„Der Boykott ist eine überaus traurige Erscheinung der preußischen Kultur. Sie heißt uns Steuern zahlen, aber Gelegenheit zum Verdienen gibt es nicht; die Lasten werden auf uns abgewälzt, aber die Rechte werden uns genommen. Das ist eine sehr häßliche Kultur!“ In dem heutigen Vech stehe, daß an einem Orte ein deutscher Barbier und eine deutsche Hebamme gesucht würden, die letztere jedenfalls zu dem Zwecke, damit sich die Deutschen besser mehrten. In einer deutschen Zeitung werde 2 km von Posen ein deutscher Arzt zur Verbreitung des Deutschtums gesucht. Darum habe auch die Losung „Jeder zu den Seinen“ noch niemals eine so schwerwiegende Bedeutung gehabt, wie gerade heute.

Ein polnischer Abgeordneter habe gesagt, daß wenn alle Polen bei den Jhrigen kauften, daß die deutschen und jüdischen Geschäftsleute auswandern müßten.

Wenn man in polnischen Geschäften schlecht bedient werden sollte, so solle man sich an den Strazverein wenden, der Abhilfe schaffen würde.

Selbst in der vorjährigen Thronrede sei mit Anerkennung von der Sparsamkeit der polnischen Landbewohner gesprochen worden, und das beweise, daß die Polen moralisch höher ständen, und wer moralisch hoch stehe, der könne nicht untergehen. Trotz der Unterstützung von seiten der Regierung und von seiten der Ansiedelungskommission nehmen die Deutschen nicht zu, sondern sie nehmen ab, und zwar aus dem Grunde, weil alle diese Zulagen zur Energie schwäche, zur Arbeitsvernachlässigung und zur Faulheit führten. Der Pole sei sich dessen bewußt, daß er nur auf seine Kraft angewiesen sei, und deshalb entwickle er doppelte Energie, um seine Existenz und sein Land zu erhalten.

Demgegenüber müsse man sich wundern, daß die Minister den moralisch höher stehenden Polen die polnische Sprache usw. nehmen wollten. Im preußischen Staate gebe es nur Untertanen deutscher und polnischer Nationalität, eine preußische Nationalität gebe es nicht. Sie — die Polen — seien preußische Untertanen polnischer Nationalität, und sie bemühten

sich in jeder Beziehung gute Untertanen zu sein. Sie zahlten ihre Steuern, sie vergößten ihr Blut auf dem Schlachtfelde, und erfüllten alle ihnen auferlegten Pflichten. Aber wenn jemand komme und sage, sie — die Polen — sollten sich ihrer Nationalität entäußern, sie sollten sich als Deutsche fühlen, — in solcher Weise dürfte man mit den Polen nicht sprechen. Mögen sich die Minister hüten, das von den Polen zu fordern. Und wörtlich sagt Redner: **„Wir sind Polen und wir werden als Polen sterben.“** (Bravorufe!)

Das Verhältnis der Polen zum Zentrum beleuchtend, fährt Redner fort:

Aber daraus zu schließen, daß es nicht nötig sei, Abgeordnete nach Berlin zu schicken, ist ein Irrtum. Wir sind zwar nicht imstande, materielle Vorteile zu erzielen, aber wir erringen moralische Siege. Wir verteidigen im preußischen Landtage die Wünsche und die Ehre der Polen. Die auf der Abgeordnetentribüne von uns gesprochenen Worte finden in ganz Europa Wiederhall, und aus ihnen erfieht die ganze zivilisierte Welt, wie wir behandelt werden im Staate der Kultur, im Staate der Freiheit!

(Anhaltendes Bravo!)

Der **Vorsitzende** dankte dem Redner für seinen Bericht und knüpft daran folgende Ausführungen:

Von unserem Herrn Abgeordneten haben wir erfahren, was die Regierung von uns haben will. Die Regierung sagt, wir seien nicht loyal. Ist denn aber die Regierung loyal? Sehen wir uns die Verfassung an, das ist die reine Komödie. Ein protestantischer Schulinspektor oder ein protestantischer Regierungspräsident kommt in die Schule, examiniert die Kinder und sagt, von morgen ab wird der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Und dann heißt es, daß die Bischöfe den Religionsunterricht überwachen. Ein Fräulein Dmankowska ist in Posen eingesperrt worden, weil sie polnischen Kindern polnischen Religionsunterricht erteilt hat. **Aber nachdem hat es die Regierung nicht mehr gewagt, eine Frau einzusperren wegen Erteilung polnischen Unterrichts an polnische Kinder.**

Ein an mich nach „Gniezno“ adressierter Brief ist an den Absender zurückgesandt worden. Ebenso bekam ich einen Brief zurückgesandt, den ich nach „Poznan“ adressiert hatte. Ich habe gegen den Beamten, der den Brief geöffnet hat, Strafantrag gestellt, doch ich mußte mich sehr winden und drehen, daß ich nicht noch wegen Beamtenbeleidigung bestraft wurde. Und das heißt Gleichberechtigung!

Wir müssen damit rechnen, daß wir nicht in einem konstitutionellen Staate leben, sondern in einem Polizeistaate, in einem Beamtenstaate! Nach der Verfassung gibt es gleiches Recht für Alle, aber in der Praxis sieht es anders aus, an einem Orte wird die Mickiewiczfeier gestattet und an einem andern Orte wird sie verboten.

Als ich am 3. Mai d. Js. hier in Gnesen eine Rede halten wollte, kam ein Polizeibeamter und vertrieb mich von der Estrade und Sie aus dem Saal. Ich habe mit dagegen beschwert, und es ist bis jetzt noch nicht darüber entschieden, erst im Januar soll in dieser Angelegenheit ein Termin stattfinden. (Heiterkeit!) Wenn die Polizei eine Versammlung auflöst, und nach 9 Monaten kommt die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung, dann wird das Recht des freien Wortes illusorisch.

Nicht die Regierung erweist uns Wohltaten, sondern wir der Regierung, denn alle drei Monate kommt der preußische Beamte und holt die Steuern ab, d. h. nur die direkten, aber wieviel indirekte Steuern

müssen wir zahlen? Wenn wir das in Vergleich ziehen, **dann erweisen wir der Regierung die größte Wohlthat!**

Herr Abgeordneter von Grabzki hat erwähnt, daß ein Diplomat gesagt hätte, daß sie (die Deutschen) gegen uns kämpfen würden bis zum Erfolg. Das ist kein Diplomat, der das gesagt hat, das gibt es nicht. Rußland hat es auch gesagt. Vor 50 Jahren hat Rußland gesagt: wenn die Polen nicht russisch werden wollen, dann werden wir immerfort kämpfen, bis zum Erfolge — wie der preußische Diplomat (Bravo!) Nun kam aber irgend ein Kerl von der Welt, der nahm den Russen beim Schopf und verhaute ihn — bis zum Erfolg! (Beifall!)

Nun erhielt der Abgeordnete **Korfanth-Kattowitz** das Wort. Er führte aus:

Geehrte Landsleute! Aus ferner Gegend komme ich heute das erste Mal hierher und überbringe Euch Grüße von den Brüdern in Schlesien.

Da in der vorjährigen Landtagsession der Reichskanzler auf die polnischen Erfolge in Oberschlesien hingewiesen hat, so wird es auch mir erlaubt sein, über Schlesien und seine Bedeutung für ganz Polen zu Euch zu sprechen.

Geliebte Landsleute! Das 19. Jahrhundert war für das polnische Volk ein Jahrhundert des Unglücks, denn in allen drei Theilen wurde uns das Blut abgelassen. Wir wurden in ökonomischer Beziehung bekämpft, damit wir uns des Namens „Pole“ entäußerten. Aber trotz der Niederlagen in Rußland, trotzdem sich in Galizien ein Stamm, den wir mit brüderlicher Liebe umgeben haben, mit den Habsburgern verbunden hat, trotzdem die preußische Regierung seit Jahrzehnten bemüht ist, unsere Rechte im preußischen Anteil zu kürzen, um uns ökonomisch zu vernichten, trotzdem hat das 19. Jahrhundert uns nicht vernichtet. Im Gegentheil, das polnische Volk hat seine Lebenskraft bewahrt, es hat seine Kräfte entwickelt und wächst weiter. Und heute kommt uns schon Schlesien zu Hilfe, wo 1 Million Polen wohnen.

Der Schlesier hat sich noch vor kurzer Zeit geschämt, Pole genannt zu werden, er sagte, daß er Preuze sei, der Name Pole war für ihn eine Beleidigung, aber heute wirft er sich stolz in die Brust und sagt: Auch ich bin Pole! Ich bin auch ein Sohn des großen polnischen Vaterlandes! (Bravo!)

Geliebte Landsleute! Nicht nur von Schlesien her kommt neue Hilfe zum Kampf für die heilige Sache, sondern auch die Masuren rühren sich, wenn sie auch Lutheraner sind. Trotz dieses Unterschiedes beginnen sie zu erwachen, und sie kommen zu uns und sagen: Auch wir sind Polen!

Trotz der Verfolgungen und trotz des Unglücks dürfen wir nicht verzweifelnd die Hände ringen, denn unsere Kräfte nehmen zu, nicht nur auf natürlichem Wege, sondern auch durch die Erweckung des Nationalbewußtseins.

Geliebte Landsleute! Heute sind die Verhältnisse derart, daß große Kreise des polnischen Volkes, die Bauern, Handwerker und Arbeiter die Schaar derer darstellen, die für die heilige Sache kämpfen, während früher nur die privilegierten Kreise dazu berufen waren. Und da ist das Land zusammengeschrumpft. Diese Zeiten sind aber vorüber, und werden wohl auch nicht mehr wiederkehren, denn die heutigen neuen Volkskämpfe werden das Vaterland zu vertheidigen wissen.

Geliebte Landsleute! Meine Aufgabe ist es in kurzen Zügen zu zeigen, was die polnische Fraktion im Reichstage getan hat. Das Verhältnis im Reichs-

tage ist etwas günstiger als im Landtage. Herr Abgeordnete v. Grabzki hat gesagt, im Landtage machten sie mit uns was sie wollten, sie vergewaltigten unsere Rechte, die Verfassung, um uns zu entnationalisieren. Das ist der Habskismus in der Zipfelmütze. Im Reichstage kann aber der Habskismus deshalb nicht so wirtschaften wie im Landtage, weil die preußische Regierung mit ihren schimpflichen Gesetzen im Reichstage keinen Einfluß hat.

Die preußische Regierung schafft Ausnahmegesetze gegen die Polen, um sie von dieser Erde zu vertreiben, damit auf dieser Erde nur der Michel mit der Zipfelmütze und Porzellanpfeife sei. (Heiterkeit!) Wir halten es für unsere Pflicht, diese preußischen Übergriffe, diesen preußischen Barbarismus im Reichstage zu brandmarken, um zu zeigen, was preußische Kultur, was preußische Freiheit bedeutet. Wir sagen, daß wir nicht einen Finger für die Regierung krümmen, wenn sie nicht dem System der Bedrückung und Verfolgung Einhalt tut, das uns wie ein Alp drückt. Wir dürfen es unter keinen Umständen tun, wir dürfen nicht den mästen, der unser größter Feind ist, wir dürfen nicht den stärken, der seine Kräfte nur dazu benutzt, um uns zu schwächen. Aus diesem Grunde haben wir stets gegen die Ausgaben für Armee und Marine gestimmt. Wir haben uns gesagt, wozu wollen die Deutschen eine Politik im Auslande treiben, da sie doch dazu ungeeignet und Charlatane 1. Klasse sind. (Heiterkeit!) Nach den drei glücklichen Feldzügen standen sich die Deutschen in finanzieller Beziehung sehr gut, dagegen befindet sich heute die Reichskasse in einem beweismäthigen Zustande, sie haben jetzt Schulden bis über die Ohren. (Heiterkeit!) Nachdem die Steuern schon so angespannt waren, haben sie immer neue Steuern erfunden, um von uns das auszuschlachten, was nötig war, um nach China zu fahren und sich in Verhältnisse zu mischen, die sie nichts angehen. (Heiterkeit. Bravo!)

Heute ist die ganze Welt voll Haß gegen die Deutschen erfüllt. Sehen wir uns in Europa um und fragen wir, ob Deutschland irgend einen Freund hat. Ist Rußland ein Freund des Deutschlands? Zwar verfolgen die zarische Regierung und die preußische Regierung ein und denselben Zweck, und zwar den: die Freiheit und die Polen zu bedrücken. In einer Semstwoversammlung hat sich aber die Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland gezeigt, deren sich Bülow im Reichstage jedes Jahr gerühmt hat. In dieser Versammlung war das Gerücht verbreitet, daß die Deutschen nach Polen einrücken wollten!

Sehen wir uns England an. England ist mit Deutschland verwandt, wer aber englische Zeitungen liest, der weiß, welche Schimpfwörter die Engländer für die Deutschen anwenden. Die Deutschen sagen: die Engländer haßten sie wegen der Kolonien. Nein, umgekehrt, die Deutschen haßten die Engländer, weil sie auf die Engländer neidisch sind.

Sehen wir uns Österreich an. Ist der Österreicher ein Freund der Deutschen? Wird im österreichischen Reichsrathe eine freundschaftliche Sprache gegen die Deutschen geführt? Das Strafgesetzbuch erlaubt es mir nicht, verschiedene Worte zu wiederholen, die dort über hohe Herren in Deutschland gesprochen worden sind.

Blicken wir nach Italien. Als es beinahe zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland gekommen war, da schrieben die italienischen Zeitungen: wir werden für die Deutschen nicht die Kastanien aus dem Feuer holen.

Sind die Franzosen aufrichtige Freunde der Deutschen? Haben sie 70/71 schon vergessen? Haben sie schon die Hineinmischung in die Marokkoangelegenheit vergessen? Haben sie schon vergessen die Reise des deutschen Kaisers nach Marokko, worüber sie geschrieben haben, **daß diese Reise eine Provokation sei.**

Der spanische König hat in Berlin Kanonen und Militär gesehen, d. i. die deutsche Kultur! Man wollte für ihn in Berlin Freierwerber spielen, denn heute ist das Deutsche Reich mit den verschiedenen kleinen Fürstentümern gewissermaßen ein Heiratsbureau.

Aber trotzdem hat er sich nicht für, sondern gegen Deutschland erklärt.

Das ist die heutige Lage Deutschlands.

Deutschland spricht gerne vom europäischen Frieden; als aber der Chinese seine Früchte sammeln wollte, da kam der Preuße mit seiner gepanzerten Faust und nahm ihm die Vorteile weg.

Friedrich der Große sagte seinerzeit, daß in Polen die Cholera herrsche, und er schickte aus diesem Grunde sein Militär bis nach Warschau, und die Cholera herrscht noch bis zum heutigen Tage. (Heiterkeit!)

Auf diese Weise haben sich die Deutschen auch nach China begeben. Die armen Chinesen haben die ungebetenen Gäste offenbar mit großer Freude aufgenommen, aber der Vertreter ist den Chinesen gegenüber so aufgetreten, daß sie in wenig delikater Weise mit den „weißen Teufeln“ umgegangen sind, denn sie haben Kettler ermordet. Wir Polen wissen ganz gut, warum die Boxer die Europäer ermordet haben. Sie sind zu ihnen gekommen, haben ihnen andere Sitten aufgedrängt und haben ihnen das Land genommen; die Boxer sagten aber, wir brauchen solche ungebetenen Gäste nicht und haben sie ermordet. (Bravo!)

Dann sind sie (die Deutschen) nach Afrika gefahren, aber die Mohren ekelten sich vor der preußischen Kultur, denn die preußische Zivilisation wurde in der Weise eingeführt, daß Branntwein und ansteckende Krankheiten verbreitet wurden. Es wurden nicht nur Männer, sondern auch Frauen gepeinigt, und wenn die Peiniger vor Gericht kamen, dann wurden sie als geistesgestört erachtet. Die Mohren kannten den Branntwein noch nicht. Und wie bei uns der Deutschen Apostel die Juden gewesen sind, die dem Bauer solange Kredit geben, bis das Besitztum in jüdische Hände überging, spielen dieselbe Rolle jetzt die Deutschen in Afrika den Mohren gegenüber. Sie haben den Mohren den Viehbestand genommen, und da das Vieh der Mohren einziger Reichtum ist, haben sie sich gegen die Deutschen erhoben. Wir können es ihnen nachfühlen.

Wir polnischen Abgeordneten haben zu dieser Expedition kein Geld bewilligen können. Unser Geld ist zu schwer verdient, um es zu verwenden gegen andere bedrückte Völker.

Redner kritisierte alsdann das selbständige Vorgehen der Regierung, die ohne den Reichstag zu fragen eine Expedition nach Afrika ausgerüstet hätte, das Verbot für die Niederlassung von Orden, die Verfolgung der Geistlichen wegen auf der Kanzel gesprochener Worte und ging dann über zu dem Postetat, bei dem er folgendes ausführte:

Man wollte den Postbeamten irgend welche Zulage zukommen lassen für ihre Arbeit im polnischen Lande. Ein Beamter, der unter Polen arbeitet, ist so mit Arbeit überhäuft, daß er uns anschnauzt, wenn wir zu ihm kommen.

Denn einmal muß er zum Pfeifenverein gehen, dann zum Regelverein, dann zum Ostmarkenverein, dann zum Alldeutschen Verein, dann zu einer Versammlung, um das polnische Gewerbe zu boykottieren usw.

Der Verbreiter der preußischen Kultur ist also so mit Arbeit überhäuft, daß ihm dafür irgend eine Ostmarkenzulage gebührt.

Redner verbreitete sich dann weiter über die An siedelungs-novelle, namentlich über das Verbot des Baues von Wohnhäusern und führte aus:

Der Bürger ist in bezug auf die Frage, ob er ein Haus bauen darf oder nicht, von dem ersten besten Polizisten, von dem ersten besten preußischen Unteroffizier abhängig. Es muß über den Gesuchsteller ein Gutachten abgegeben werden.

Der Landrat, der ist der älteste Polizist, und der Regierungspräsident ist ein noch größerer Polizist, aber er kennt den Bartek und Wojtek nicht, doch der Schulze, der Polizist kennt alle ganz genau. Ist nun der Schulze oder der Polizist ärgerlich über den Rubek, Bartek und Wojtek — denn es werden unter den Schulzen ja solche sein, wenn man es auch nicht von allen sagen kann —, dann wird es heißen, der Bartek ist ein verstockter Pole, wenn der mit der Hand rührt, dann bricht der preußische Staat zusammen (Heiterkeit), und der Bartek wird infolge des Berichts des Polizisten sein Haus nicht bauen dürfen.

Sogar die Moskowiter, die so grausam gegen unsere Brüder sind, haben solche Gesetze nicht; in Litthauen, wo derartige Gesetze existieren, werden sie aufgehoben, und es wird Gleichberechtigung eingeführt. Und die Deutschen, die Apostel der Kultur, nehmen das auf, was die Moskowiter auf den Gemüllhaufen geworfen haben. Mit Verachtung sprechen sie von dem Barbarismus, aber die Preußen sind **zu den Hellen nach Rußland in die Lehre gegangen**, um uns zu vernichten!

Auf das Vereins- und Versammlungsrecht übergehend, kritisiert Redner in ironischer Weise das Verhalten mancher Polizeibeamten, die polnische Versammlungen aus nichtigen Gründen nicht abhalten ließen, während deutsche Versammlungen in denselben Räumen ungehindert stattfinden dürften; dann schilderte er einen Vorgang vom vergangenen Sonntag in einer Arbeiter-versammlung, wo der Polizeibeamte durch alle möglichen Forderungen die Abhaltung der Versammlung habe verhindern wollen, wobei er u. a. ausführte:

Das ist eine Blüte der preußischen Kultur und der Herrschaft des Polizisten, denn in Preußen regiert die Pickelhaube, und die regiert so, wie es ihr genehm ist. Das ist ja zwar nicht immer Regel, aber in den meisten Fällen trifft es zu.

Während der Wahl konnte man bei uns keinen Saal bekommen, denn die Wirte hatten vor der Polizei Angst. Da habe ich dem Minister gesagt, daß das nicht der kleine Hund mache, der belle, daß das nicht der kleine Polizist mache, sondern Sie machen es, Herr Minister. Darauf erwiderte mir der Minister, es sei nicht möglich, denn er hätte derartiges nicht angeordnet.

Redner betonte im weiteren, daß die polnische Fraktion sich auch namentlich des Schicksals der Arbeiter angenommen hätte, denn heute, wo das Vaterland bedroht sei, müsse ein Jeder ein guter Patriot sein, denn jeder Einzelne werde zur Verteidigung des Vaterlandes gebraucht. Wir haben die heiligste Pflicht — führt Redner weiter aus — dafür zu sorgen, daß

auch der kleinste Mann in kultureller und ökonomischer Beziehung gehoben werde, damit er ein guter Streiter für die vaterländische Sache wird. (Bravo!)

Redner verbreitet sich alsdann über die Arbeitsverhältnisse in den obereschlesischen Gruben, über die Anträge zum Bergarbeitergesetz, kritisiert die Politik der Sozialdemokraten, die kein Vaterland und keine Religion kennen, und fährt dann fort: Ich stelle an euch, ihr Arbeiter, die Frage, ob ihr, wenn euch ein Paradies auf Erden versprochen wird, dafür bereit seid, euren heiligen Glauben von euch zu werfen, für den eure Väter ihr Blut vergossen haben? Ist der polnische Arbeiter bereit, seinen Glauben von sich zu werfen, für den seine Eltern während des Kulturkampfes von seiten der Regierung so sehr verfolgt worden sind? Wird der polnische Arbeiter rufen: „Fort mit dem Vaterlande!“ Wird er dem Beispiele seiner Brüder in Rußland folgen, die durch jüdische Agitatoren aufgewiegelt, die nationale Fahne und den polnischen Adler in den Schmutz getreten haben? Nein, das wird der polnische Arbeiter nicht machen, er wird diesen Schurken nicht folgen!

Gefahren drohen uns von allen Seiten. Herr Abgeordneter v. Grabski hat uns die preussische Maschine dargestellt, die mit Millionen geschmiert wird, um das polnische Geschlecht von dieser Erde zu vernichten.

Angeichts dessen haben alle Polen, ob jung oder alt, ob gebildet oder ungebildet, umsomehr die Pflicht, in Verteidigung des Vaterlandes dem Feinde die Stirn zu bieten und die Wacht an der Warthe und Oder zu bilden.

Wir haben nicht nur die Pflicht uns zu verteidigen, sondern auch die Pflicht, die fern von uns Wohnenden vor der germanischen Hochflut zu schützen. Wir sind der festen Überzeugung und haben den starken Glauben, daß dieses Land, so wie es polnisch gewesen ist, auch fernerhin polnisch bleiben wird.

Der Kampf, den wir heute führen, ist ein schrecklicher Kampf; es ist ein Kampf des Deutschtums mit dem Slaventum, es ist ein neues unblutiges Grunwald, das sich in unserem Lande abspielt. So wie unsere Vorfahren bei Grunwald einen glänzenden Sieg über das Kreuzrittertum davongetragen haben, weil der heilige Adalbert erschienen ist, so dürfen auch wir hoffen hier im Neste des weißen Adlers, daß sich der heilige Adalbert als unser Patron über uns erheben und uns mit dem Lorbeerreife des Sieges krönen wird.

(Endloses Bravo!)

Die Herren vom Vorstande dankten dem Abgeordneten Korsantj noch einzeln durch Händedruck.

Hierauf ergriff der **Vorsitzende** zu folgenden Ausführungen das Wort:

Es hat ein Sohn Schlesiens zu uns gesprochen, das dem väterlichen Stamme entrissen ist; um so feierlicher war es noch für uns, weil es ein Abgeordneter war, der zu uns gesprochen hat. Die Gesinnung Schlesiens ist ein heller Strahl für uns, denn sie zeigt uns die ruhige Kraft und den Ernst gegenüber der brutalen Macht Preußens, die 1870/71 Elsaß-Lothringen mit Bluteroberung hat, während wir Schlesien ohne Kampf errungen haben.

In diesem erhebenden Moment, wo der Abgeordnete Korsantj hier gesprochen hat, müßte man an der Pflastenglocke des Domes ziehen, aber leider tönt die Pflastenglocke heute zu anderen, nur nicht zu nationalen Festlichkeiten.

Nachdem auf den Abgeordneten Korsantj und auf Oberschlesien Hochrufe ausgebracht worden waren, wurde die **Diskussion** eröffnet, zu der **Schuh-**

macher Eliwinski-Gnesen das Wort erhielt. Er führte aus:

Von den Reden sei ihm namentlich im Gedächtnis geblieben, daß ein Minister gesagt haben solle, die polnischen Landesteile seien bei der Übernahme durch Preußen vernachlässigt gewesen. Er sei bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers in Gnesen, wo die Innungen zc. und auch die Ansiedler aufgestellt gewesen waren, die Reihen der Ansiedler abgeschritten, doch habe er bei ihnen keinen Fortschritt bemerkt. Die Flasche sei bei ihnen von Hand zu Hand gegangen **und sie hätten ausgesehen wie Sottentotten.**

Hierauf sprach **Brombel-Gnesen**, dessen Ausführungen sich auf religiösem Gebiete bewegten und die ihren Mittelpunkt in der Darstellung der Verteidigung Ezenstochaus gegen die Schweden fanden.

Weil seine Ausführungen die Versammlungsteilnehmer zu langweilen begannen, wurde er durch Bravorufe niedergeschrien.

Schneider **Nachelski-Gnesen** beklagte sich noch zum Schluß, daß das Kreiswahlkomitee zu wenig Versammlungen abhalte, worauf der Vorsitzende nach Ausbringung eines Hochs auf die Abgeordneten die Versammlung um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends — nach 3 $\frac{1}{2}$ stündiger Dauer — für geschlossen erklärte.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 50 der Praca (Posen)

vom 9. Dezember 1905:

Die Niederlagen der Polen bei den Stadtverordnetenwahlen.

Traurige Nachrichten erscheinen fast täglich in unsern Zeitungen über den Ausgang von Stadtverordnetenwahlen im Großherzogtum Posen. Stets lese ich von Kompromissen der Juden und Deutschen gegen die Polen, von Mißerfolgen nicht nur in der 1. und 2. Klasse, sondern sogar auch in der 3., die doch uns Polen, wie es in der Natur der Sache liegt, als der die zahlenmäßige Majorität besitzenden Partei, ungeteilt gehören müßte. Wir können sogar Beispiele von Abfall von der national-sozialen Sache registrieren und das Vorgehen solcher Herren wie L. und M. in Schroda ist von der polnischen Tagespresse noch lange nicht gründlich genug gebrandmarkt. Es entriistet uns auch die Tatsache, daß die Deutschkatholiken mit ihren Geistlichen an der Spitze (Geistlicher G. in Hohenfalsa) es vorgezogen haben, für Lutheraner und Juden zu stimmen, anstatt für ihre polnischen Glaubensbrüder. Mit einem Wort gesagt, wir lesen, bedauern und kritisieren, aber wir erforschen nicht die Ursachen unserer Niederlagen; manche Zeitungen, wie z. B. der Dziennik Poznański, erlauben sich hierbei noch ganz unpassende Scherze. Indem der Dziennik Poznański eine neue Niederlage registriert, schreibt er: „Wo ist unsere Lebenskraft geblieben?“, er selbst jedoch kann sich zu keinem wichtigen Artikel emporraffen.

Zwei oder drei Volkszeitungen untersuchten in den letzten Tagen die Ursachen unserer Niederlagen; meiner Ansicht nach haben sie indessen noch nicht alle Ursachen ausfindig gemacht.

Ich teile sie in zweierlei Ursachen, in solche äußerer und in solche innerer Natur. Die letzteren hängen leider nicht von uns ab:

A) Zu den inneren Ursachen rechne ich:

a) Das Provinzialkomitee läßt sich trotz entsprechender Vorstellungen nicht völlig überzeugen und

will, nicht eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Kreiskomitees und der Vorsitzenden der städtischen Unterkomitees einberufen, trotzdem man grade in einer solchen Versammlung in Form einer gedrängten Belehrung die Komitees sofort am besten darüber aufklären könnte, was sie tun müßten, wie zu arbeiten wäre, um mit der Zeit wenigstens die 3. Klasse zu erobern. Im ganzen Großherzogtum gibt es kaum 3—5 Städte, wo die Stadtverordnetenversammlung sich lediglich aus Polen zusammensetzt. Soviel wir wissen, gehören zu ihnen Stenichowo, Borek, Kobylin und noch drei kleinere Städtchen. Die Notwendigkeit einer Belehrung ist also unzweifelhaft eine allgemeine und die vorerwähnten Zusammenkünfte würden sicherlich mit der Zeit Vorteile bringen. Heute geben sich von 42 Vorsitzenden der Kreiskomitees nur wenige die Mühe, dafür Sorge zu tragen, daß die Unterkomitees in den Städten ihres Bezirks die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen eifrig und systematisch vorbereiten und von 130 Vorsitzenden der städtischen Unterkomitees hat knapp die Hälfte ihre Aufgabe und ihre Pflicht gehörig erfaßt. Es schadet auch hier nichts, den Wählern einen Kübel kalten Wassers auf den Kopf zu gießen, um sie aus dem Schlaf zu wecken. Solange das Provinzialkomitee die Vorsitzenden nicht systematisch über ihre Pflichten belehren wird, solange es sich damit begnügen wird, seine Klagen vor einem Forum von 42 Delegierten vorzubringen, die während einiger Jahre (5) kaum 3—4 Mal zusammengekommen sind, so lange das Provinzialkomitee keine richtige Wahlbehörde in der Hand haben wird und deshalb auch nicht ständig einen entsprechenden Einfluß ausüben kann, solange werden wir auch nur Niederlagen zu verzeichnen haben und zwar immer häßlichere Niederlagen. Schon heute haben Gnesen, Krotochin, Bromberg, Samter und einige andere Städte im Großherzogtum nicht einen einzigen Polen in der Stadtverordnetenversammlung. Es ist Zeit, sich emsig an die Arbeit zu machen.

b) Die Kommission, die aus einigen Delegierten besteht und die für die Komitees Instruktionen über jede Art von Wahlen, die bei uns in Betracht kommen, ausarbeiten sollte, ist bisher nicht ein einziges Mal zusammengekommen — wir wissen nicht durch wessen Schuld — und sie hat die Instruktionen für die Vorsitzenden (42 + 130 = 172) bisher auch noch nicht bearbeitet!

c) Die dritte Ursache unserer Niederlagen, die in uns selbst steckt, ist unsere wirtschaftliche Schwäche. In der 1. und 2. Wahlklasse dominieren in den Wahllisten in dem überwiegend größeren Teil unserer Städte die Juden und Deutschen. So ist es in Posen und überall, mit Ausnahme der vorerwähnten Städte und ferner der Städte Gostyn und Breschen, in denen schon nicht ausnahmsweise das Polentum die Oberhand hat. Im allgemeinen haben wir in der 1. und 2. Klasse sehr geringe Chancen, weil uns aus der 1. Klasse das reiche Judentum verdrängt und in der 2. Klasse uns der deutsche Beamtenstand schlägt, den der Magistrat in den betreffenden Listen entsprechend seinem ganzen Steuerquantum rubriziert, während de facto dieser Beamtenstand nur die Hälfte zahlt. In der 3. Klasse haben wir in den Listen ebenfalls die Majorität verloren, denn wenn wir auch zahlenmäßig in den Städten die Majorität haben, deshalb sind wir in den Listen dennoch in der Minorität und zwar aus dem Grunde, weil unser Arbeiter und Handwerker eine solche Abgabe, die ihn stimmberechtigt macht, entweder nicht zahlen kann oder nicht zahlen will. Die Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen der preussischen Monarchie schreibt vor, daß nur der bei den Stadtverordneten wahlberechtigt ist, der 24 Jahre alt

ist und Kommunalabgaben von 4 Mk. zahlt, oder vielmehr für die zweite Steuerstufe eingeschätzt ist. Die Staatseinkommensteuer stellt sich folgendermaßen dar:

Stufe 1 von 420—660 Mk. = 2,40 Mk. Abgaben,
Stufe 2 von 660—900 Mk. = 4,00 Mk. Abgaben usw.

Der preussische Staat zieht von den zwei ärmsten Klassen (2,40 und 4,00 Mk.) keine Steuern ein. Wer von der ersten fingierten Stufe (2,40 Mk.) Kommunalabgaben (z. B. 200 % = 4,80 Mk.) zahlt, der hat kein Stimmrecht.

Wer von der zweiten Stufe 4 Mk. (200 % = 8 Mk.) zahlt, der hat das Stimmrecht. Dies scheinen größtenteils unsere Wahlbehörden nicht zu wissen. Unsere Polen in den Einschätzungskommissionen sorgen nicht dafür, daß das polnische Volk die Abgaben der 2. Steuerstufe zahlt. Die ganzen polnischen Leute werden — manchmal tendenziös — von den Magistratsbeamten in die niedrigste Steuerstufe gepackt und können deshalb nicht wählen, während sie andererseits, wenn sich die betreffenden Elemente systematisch darum bemühen würden, nach Stufe 2 besteuert werden müßten und infolgedessen auch wählen könnten. Ein jeder wird einsehen, daß jeder tüchtige städtische Arbeiter 660—900 Mk. jährlich oder 12,70 Mk. wöchentlich verdient. Aber die Magistrate wünschen sich garnicht die polnische Majorität in der 3. Klasse und ziehen daher bei der Abschätzung für jedes Kind je 50 Mk. ab. Wenn also ein Arbeiter 750 Mk. jährlich verdient und vier Kinder hat, dann zieht man ihm bei der Abschätzung 200 Mk. ab und es folgt daraus, daß dieser Bürger (550 Mk.) in die 1. Steuerstufe kommt und das Wahlrecht verliert.

In Posen waren in die Listen zu den Abgeordnetenwahlen im Jahre 1903: 13 000 Polen und 10 000 Deutsche eingetragen. In den Listen zu den Stadtverordnetenwahlen waren im Jahre 1905 nur 6000 Polen, dagegen über 8000 Juden und Deutsche aufgeführt. Wir haben also hier den Hauptgrund unserer Wahlniederlagen!

7000 Polen in Posen haben nicht das Stimmrecht zu den Stadtverordnetenwahlen! Wenn unser Arbeiter- und Handwerkerstand die Sache verstehen und ein wenig Opferwilligkeit (in Posen zahlt die 1. Stufe 4,08 Mk., die 2. Stufe 6,80 Mk., der Unterschied beträgt also 2,72 Mk.) zeigen würde, dann würden wir in allen sieben Kreisen in der 3. Klasse unsere Gegner mit Leichtigkeit schlagen und wir würden durch die 3. Klasse 20 Stadtverordnete bekommen, während wir jetzt kaum 11 haben.

Das Gleiche trifft, wenn auch mit andern Zahlen, für das ganze Großherzogtum zu.

Die wirtschaftliche Schwäche, der Mangel an Wahlklassen, der Mangel an Wahlvereinen, die Fonds sammeln könnten, sind die Ursache, daß wir fast nirgends die Wahllisten beschaffen können, daß wir keine Agitationskräfte bezahlen können, daß wir blindlings kämpfen müssen. Wo nur immer der deutsche Handwerker von dem Beamtenstand und den Juden unterstützt wird, dort müssen wir unterliegen, denn in den Wahllisten haben unsre Gegner die Majorität.

In Posen haben wir von sieben Kreisen in der 3. Klasse nur in zweien die Majorität, und wenn die Kontrakte mit den Vorstädten abgelaufen sein werden, dann wird die Zahl unsrer Stadtverordneten auf sechs fallen, wenn wir bis zum Jahre 1908 nicht mindestens zwei Wahlkreise erobert haben werden.

Laßt uns deshalb Wahlvereine gründen, laßt uns Fonds sammeln, klären wir das Volk auf und lehren wir ihm etwas Opferwilligkeit, streben wir nach Einfluß in den Einschätzungskommissionen, dadurch wird sich die Zahl der polnischen Wähler vermehren und

dann werden wenigstens in der 3. Klasse die Niederlagen ihr Ende erreicht haben.

Ein weiterer innerer wirtschaftlicher Faktor ist die Unmöglichkeit, das Bürgergeld zu zahlen. In sehr vielen kleinen Städtchen des Großherzogtums zieht der Magistrat diese Steuern von den selbständigen Bürgern ein; diese Steuer beträgt 6, 9, 12, ja sogar 15 Mk.

Wer diese einmalige Steuer nicht bezahlt, kann überhaupt nicht bei den Stadtverordnetenwahlen mitstimmen und wird auch in der Wahlliste nicht eingetragen.

In Gnesen sammelten die Polen große Fonds und kauften eine gewisse Zahl von Bürgern ein, indem sie jene Steuer bezahlten. Was geschah aber nun! — Der Magistrat nahm das Geld, er packte dann aber diese Bürger in die niedrigste Steuerstufe I (Mk. 2,40). Sie verloren also wieder das Wahlrecht und wenn sie es nicht verstehen werden, sich darum zu kümmern, daß sie in die II. Steuerstufe kommen, dann ist das vorerwähnte Geld umsonst fortgeworfen worden. Die Burg des Lech, die Hauptstadt der Piasen, hat heute keinen Polen; im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung machen sich heute überwiegend die — Juden breit!!!

d) Die letzte innere Ursache unserer Niederlagen ist unsre eigene Schuld, unser eigenes Verbrechen.

Der Arbeiter ist nicht aufgeklärt und nicht aus dem Schlaf geweckt; der Handwerker ist ebenfalls von der Intelligenz zurückgesetzt, ist nicht bereit für nationalsoziale Zwecke Opfer zu bringen, er ist unentschlossen und besitzt keine Ausdauer. Wenn er auch wirklich ein Jahr hindurch die erhöhte Steuer bezahlt, so sinkt er doch im nächsten Jahre in die niedrigste Steuerstufe zurück und verliert das Wahlrecht. Der Kaufmannsstand ist ängstlich und feige, die deutsche Kundschaft verdoppelt sich in seinen Augen, seine Landsleute schätzt er gering. Der Geistlichkeit sind von ihrer eigenen Behörde die Hände gebunden.

Als ein Seelsorger sich eifrig der Wahlen in Kosten annahm und in der 2. Klasse einen Sieg erzielte, erhielt er als Belohnung einen Verweis, weil er durch seine Wahlagitation den geistlichen Stand herabgesetzt hätte. Man wirft ihn aus einem Vikariat in das andere wie einen Ball. Das ist eine Tatsache und die betreffenden authentischen Details muß die geistliche Behörde am besten kennen. Die Intelligenz erfüllt wohl zum allergrößten Teil ihre Wahlpflicht, aber von der Agitationsarbeit, von der Arbeit bei den Aufstellungen hat sie sich fast ganz zurückgezogen, denn sie ist zu bequem und noch zu sehr erfüllt von den Lösungen der früheren Versöhnungspolitik.

Die polnischen Beamten, ja sogar die pensionierten Beamten, denen keiner ihr Ruhegehalt entziehen kann, stimmen, ohne schamrot zu werden, für die Gegner; für elende 100, 150 oder 200 Mk. Ostmarkenzulage stimmen, ich sage dies auf Beweise gestützt, sogar in den Ruhestand versetzte Beamte für den Deutschen, weil ihnen dies ein geheimer Regierungserlaß gebietet.

Allerdings haben wir auch Fälle, in denen der emeritierte Lehrer lieber auf die Zulage verzichtet und für den Polen stimmt, aber solcher hervorragender Seelen gibt es nur wenige.

Unsere Presse trägt auch Schuld daran und zwar nicht wenig. Anstatt die gleichgültigen Leute namentlich blozustellen, verschweigt sie dieselben. Die Pressetechnik lehrt doch, daß man, ohne sich einen Prozeß zuzuziehen, dennoch Brandmarken kann; man nennt uns nackte Tatsachen und Namen. Das genügt! Jeder Leser wird den Sinn verstehen. Wenn die Komitees den Redaktionen bis jetzt trockene Listen jener Bürger sandten, die nicht wählen wollten, dann warfen die Redaktionen diese Listen in den Papierkorb; heute jammern und klagen sie.

B) Die von uns nicht abhängigen äußeren Ursachen unserer Niederlagen sind ohne Zahl.

a) Die Deutschen sind heute durch den Ostmarkenverein mehr ermuntert und wachsen ständig an Zahl.

b) Die Beamten wachsen alljährlich an zahlenmäßiger Kraft und sie müssen nach Kommando bei den Stadtverordnetenwahlen ihre Stimme abgeben, sehr häufig unter starker Kontrolle. Die Magistrate geben den Behörden nach den Wahlen die Listen heraus, damit sie kontrollieren können, wer und wie ein jeder gestimmt hat. Die polnischen Lehrer in Posen — gewiß auch überall wo anders — werden speziell in dieser Angelegenheit zu besonderen Terminen zitiert.

c) Die Deutschen haben Fonds und sind häufig besser organisiert.

d) Die polnischen Beamten, die sich fürchten, ihr Brot zu verlieren, müssen, wenn auch manchmal blutenden Herzens, für den Deutschen stimmen.

In Posen fielen im 2. Wahlkreise in der Schule in der Ritterstraße im Jahre 1904 auf den Polen 721 auf den Deutschen 818 Stimmen. Unter den letzteren waren die Stimmen von 52 polnischen Beamten; wenn diese mit uns gegangen wären, dann hätten wir 773, die Deutschen dagegen nur 766 Stimmen gehabt, sie wären also unterlegen.

e) Die Wahl ist eine öffentliche; man muß den Namen des Kandidaten laut und deutlich nennen; wäre die Wahl eine geheime, dann würden wir häufiger den Sieg davontragen.

f) Das Judentum, das früher mit uns Kompromisse geschlossen hatte, geht heute allgemein mit den mächtigeren Deutschen und es teilt sich vorläufig mit den Deutschen durch Kompromisse in die Stadtverordnetenliste.

g) Die Beamten brauchen kein Bürgergeld zu zahlen und schon die Höhe ihres Gehalts allein bewirkt, daß fast alle ohne Ausnahme in die Wahllisten eingetragen sind.

h) Die Einteilung in Klassen und Wahlkreise liegt vollständig in der Hand der Behörden und ist daher für uns nicht erwünscht.

i) Die Magistrate wollen häufig nicht die Wahllisten herausgeben, indem sie vorschützen, keine amtlichen Kräfte zur Anfertigung von Abschriften zur Verfügung zu haben. Dies geschieht systematisch in Ostpreußen und in Oberschlesien.

k) Die Deutschkatholiken und ihre Geistlichen vereinigen sich mit den Lutheranern und Juden gegen die Polen, was früher nicht der Fall war.

Der Hauptgrund der letzten Niederlagen ist indessen die jüdische Wut. Der Jude ist schon von Natur aus ein geborener Agitator; wenn er aber sein Talent entfaltet und anfängt, wie besessen hinter seinen Brüdern herzulaufen und sie zur Wahlurne zu schleppen, dann heißt es: Adieu, polnische Energie, polnische Kalkulation. Wenn nicht ein sehr geschickter und gerissener Agitator die polnische Sache führt, dann schlagen sie uns in letzter Stunde immer mit einigen Stimmen. Im Jahre 1849 waren im Großherzogtum 76 000 Juden, heute sind es nur noch 35 000. Wir müßten hieraus unsere Lehren ziehen und diese Zahl noch um ein wenig verringern. — Wodurch? — das sage ich nicht, denn mich wird jeder Leser auch so verstehen!

Ich habe mich absichtlich ausführlicher über diesen wunden Punkt ausgelassen, denn die mehrere Tausende zählenden Leser der Praca haben ein Recht, eine gründliche Erforschung der Ursachen unserer Niederlagen zu verlangen. Die Stadtverordnetenwahlen finden im Großherzogtum alle zwei Jahre

statt. Da nun ein Teil der Städte in den graden, ein anderer Teil in den ungraden Jahren wählt, deshalb wiederholen sich alljährlich diese Klagen.

Wenn ihrer doch immer weniger werden wollten!

Wenn doch das Provinzialkomitee endlich sich entschließen möchte, energisch an die Sache heranzugehen und sich einige Jahre hindurch beständig um sie bekümmern möchte, dann würden die Resultate bessere werden und wir würden uns nicht nur nicht aus den Stadtverordnetenversammlungen verdrängen lassen, sondern wir würden auch, was Gott geben möge, anfangen, neue Sitze zu erobern!

Karl Rzepecki.

Aus Nr. 279 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7. Dezember 1905:

Aus Hohenfalza.

Vor einigen Tagen fanden in Hohenfalza die Stadtverordnetenwahlen statt. Die Juden schlossen hierbei ein Bündnis mit den Deutschen gegen die Polen. Unter den andern Wählern stand auch der Religionslehrer des hiesigen Gymnasiums, der Geistliche Glagel, an der Urne und er gab seine Stimme für die Liste der — evangelisch-jüdischen Kandidaten ab.

Alle waren erstaunt, denn niemand hätte vorausgesetzt, daß ein katholischer Geistlicher, der die Wahl hatte zwischen den Katholiken einerseits und den Juden und Protestanten andererseits, die letzteren unterstützen würde. Wenn er wegen des Stimmens für den katholischen Kandidaten den Verlust des Wohlwollens der weltlichen Behörde befürchtete, so hätte es andere Auswege gegeben, er hätte sich der Wahl enthalten können, er hätte dann verständig gehandelt und keinen Anlaß zu Entrüstung gegeben.

Ich kenne Herrn Glagel nicht näher, aber dieser eine Fall genügt, um ihm das ganze Vertrauen zu entziehen, das doch die Eltern in ihn als den Religionslehrer ihrer Kinder setzen mußten. Er hat auch dies Vertrauen, wie ich gehört habe, bei seinen Schülern eingebüßt, **denn sie weichen ihm auf der Straße aus und in ihren Herzen hat anstatt der Liebe Bitterkeit und Abneigung Platz** gegriffen. Welcher kann fernerhin sein erzieherischer Einfluß unter solchen Bedingungen sein. Nicht durch das Ansehen seines Amtes soll sich vor allem der Religionslehrer das Vertrauen und die Anhänglichkeit seiner Schüler erwerben, sondern durch Liebe und durch das Beispiel eines verständigen Benehmens.

Die Moralthologie schreibt bei Wahlen von irgend welchen Deputierten als strengste Pflicht die Wahl von guten Deputierten (Katholiken) vor, damit nicht ungünstige Gesetze zum allgemeinen ernstlichen Schaden angenommen werden. Und sie löst auch dann nicht von der Sünde, wenn sie keine Befürchtungen wegen des Erlasses schädlicher Gesetze hegt, sondern es sich nur um die öffentliche Meinung guter Männer (Katholiken) handelt. Und wer bietet uns größere Sicherheit, daß unsere Angelegenheiten im Sinne der Kirche behandelt werden, die katholischen Deputierten oder die protestantischen und jüdischen, und wie hätten sich dann die protestantischen Pastoren in ähnlichen Fällen benommen? Mag sich der Geistliche Glagel diese Frage selbst beantworten.

Der Geistliche Glagel berücksichtigt auch nicht das Ärgernis, die Erbitterung, mit der jeder Katholik, besonders aber der Priester, rechnen muß. Schon allein die Rücksicht hierauf hätte ihn nach den letzten Unan-

nehmlichkeiten, die die katholische und polnische Bevölkerung in den letzten Zeiten in Hohenfalza hatte, von einer Tat zurückhalten müssen, von der er hätte wissen müssen, daß sie Ärgernis und Entrüstung hervorrufen würde.

Unsere Presse hat diesen Vorfall verdammt und mit Recht, denn er ist die Kundgebung eines Verkennens der katholischen Pflicht. Und niemand wird es der Presse übel nehmen, im Gegenteil, wenn sie ihre Stimme in solchen Fällen erheben wird, wird sie das Erwachen der Empfindung dieser Pflicht bewirken, dort wo dieses Gefühl schon erstickt zu werden beginnt. Es ist uns Priestern unangenehm, daß ein Geistlicher den Anlaß zu solchen grundsätzlichen Betrachtungen gegeben hat und nur aus diesem Grunde ist es uns unangenehm, nicht etwa aus Rücksicht auf seine deutsche Nationalität, denn wir kennen viele deutsche Priester, die in einem ähnlichen Falle sich nicht gescheut hätten, ihre Bürgerpflicht so zu erfüllen, wie es sich gehört.

Die Entrüstung der Bewohner von Hohenfalza, der Volks Gesamtheit **und der Schüler des Hohenfalza'er Gymnasiums ist verständlich; die letzteren muß man jedoch ermahnen, sich nicht von ihrer Entrüstung zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, die ihnen zu den Schwierigkeiten, mit denen sie jetzt schon kämpfen müssen, noch neue hinzufügen würden.** Und diese Ermahnung ist notwendig, denn wir gedenken noch der Entrüstung der Schüler des Wöngrowitzer Gymnasiums über den Geistlichen Wiesner, der durch sein **taktloses** Auftreten sie so weit gereizt hatte, daß sie sich zu Ausschreitungen hatten fortreißen lassen; **ja er mußte sogar die dortige Stellung aufgeben.**

Geistlicher „Wahrheitsfreund.“

Aus Nr. 50 der Praca (Posen)

vom 9. Dezember 1905:

Von dem Abgeordneten Krolif erhalten wir nachstehenden Brief:

Larnowik, den 5. Dezember 1905.

Der geehrten Redaktion erlaube ich mir die Mitteilung zu machen, daß mein Austritt aus der Zentrums-
partei eine vollendete Tatsache ist, während mein Eintritt in die polnische Fraktion noch nicht definitiv erfolgt ist.

Hochachtungsvoll

Krolif,

M. d. R.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der geehrte Abgeordnete in die polnische Fraktion eintreten wird, da nur dort allein sein Platz ist. —

Anmerk. d. Red.

Aus Nr. 278 des Lech (Gnesen)

vom 5. Dezember 1905:

Am Durchbruch.

Wir sind an den Durchbruch gekommen, durch welchen sich das Deutschtum in unser polnisches Haus ergießt. Wir stehen an ihm und sehen, wie sich eine Sturmflut über ihn ergießt, welche für uns die gefährlichste ist. Es ist das die Sturmflut der geistlichen Würdenträger, der deutschen Geistlichen auf den fetten

Pfründen. Wir wußten es, daß diese deutschen Geistlichen das Werkzeug der Politik der Regierung werden würden — wir sahen solche Geistliche wie Brandke, Glagel, Krut, Kliche, Leutnant Krzesinski und viele, viele andere, die in Zukunft in den unpaarigen Monaten unsere Domherren usw. werden sollen. Wir sahen ferner, wie deutsche Geistliche aus Haß zum Vortum den Grundsätzen der katholischen Kirche entgegengehandelt und bei verschiedenen Wahlen für Juden und Protestanten gestimmt haben. Wir sahen auch noch andere Streiche deutscher Geistlicher, welche gegen die polnischen Geistlichen ausgeführt wurden. Wir sahen schließlich, wie ein deutscher Domherr in seinem Chauvinismus sich weigerte, in der lauretaniischen Litanei die Worte „Königin der polnischen Krone“ herzusagen — und wie ein anderer deutscher Domherr hinging, um eine katholische Schule zu weihen, obgleich mit Rücksicht auf den Charakter dieser Festlichkeit der in diesem Falle einzig und allein kompetente polnische Geistliche seine Beteiligung standhaft verweigert hatte. Außerdem haben wir viele Dokumente und Beweise in unseren Händen, welche auf die Bestrebungen des preußischen Systems in der Kirche ein geradezu erschreckendes Licht werfen. Kann man sich angesichts dessen wohl wundern, daß wir, an der Bresche stehend, uns mutig und mit Standhaftigkeit darum bemüht haben, die Sturmflut aufzuhalten, welche uns unter den Füßen die Fundamente da unterspült, wo sie am empfindsamsten sind, d. h. in der Kirche? Kann man sich über uns wundern, daß wir unserer Lage darüber freien Lauf gelassen, daß die Kirche zur Germanisierung des polnischen Volkes beiträgt? Kann man sich darüber wundern — so fragen wir — wenn man sieht, wie in unseren polnischen Kirchen für eine handvoll Deutsche deutsche Predigten eingeführt und wie die polnischen Predigten in den seit ewigen Zeiten polnischen Kirchen kassiert werden? Fürwahr, wir müßten ja kein polnisches Herz mehr in unserem Leibe haben, wenn wir gleichgültig darauf blicken sollten, wir müßten keine eifrigen Katholiken sein, wenn uns die Germanisierung des polnischen Volkes nicht schmerzen sollte, welche gleichzeitig Protestantisierung ist, denn ein verdeutschter Pole bleibt selten ein guter Katholik.

Wir sind demnach so aufgetreten, wie es uns unser Gewissen gebot. Und was ist uns dafür widerfahren? In einer Zeitung, welche sich früher „liberal“ nannte und der Kirche grundsätzlich feindlich gegenüberstand und welche heute nicht mehr im Dienste der Idee, sondern in dem einer Person steht, veröffentlichte der hochwürdigste Erzbischof von Stablewski das nachstehende Schreiben:

(Es folgt der Wortlaut des Schreibens; vgl. Nr. 49 des Ges.-überbl. S. 1348.)

So schreibt der hochwürdigste Erzbischof über den Lech. Man ersieht daraus, daß er von seinen Ratgebern augenscheinlich falsch informiert worden ist. Wir ersehen das aus den folgenden Äußerungen: Der Lech habe die geistlichen Senate in schändlicher Weise verleumdet — er sündige durch unerhörte Dünkelhaftigkeit, er treibe einen Keil zwischen unsere Geistlichkeit und das Volk.

Das sind Äußerungen, gegen die wir standhaft protestieren. Wir haben keinen der deutschen Geistlichen verleumdet, wir haben selbst nicht alle uns bekannten Einzelheiten veröffentlicht, die von ihrem Chauvinismus zeugen. Wir haben auch nicht gesündigt durch eine unerhörte Dünkelhaftigkeit, denn wir haben mit der entsprechenden Achtung die Aufmerksamkeit der geistlichen Behörde auf die Erscheinungen gelenkt, welche nach unserer und nach der Überzeugung der Mehrheit der Gesamtheit für uns höchst gefährlich sind.

Schließlich sagt der hochwürdigste Erzbischof, wir treiben einen Keil zwischen die Geistlichkeit überhaupt und das Volk. Wir meinen, daß jeder, der unser Blatt mit Aufmerksamkeit liest, diesen schweren Vorwurf als ungerecht bezeichnen muß. Gegen die patriotische polnische Geistlichkeit sind wir niemals aufgetreten, im Gegenteil, wir haben sie in Schutz genommen gegen solche Verleumdungen, wie sie z. B. in der Krakauer Frauenversammlung gegen sie ausgesprochen wurden. Und was bedeutet angesichts dessen die Aufforderung der Geistlichkeit, den Lech zu boykottieren — denn eine solche Bedeutung hat die Äußerung, die Geistlichkeit solle ihre „Konsequenzen ziehen?“

Wir bedauern es aufrichtig, daß der hochwürdigste Erzbischof in einer solchen Weise gegen uns aufgetreten ist. Wir bedauern es, aber wir wundern uns nicht, denn für dasselbe Vergehen, welches sich der Lech zu schulden kommen ließ, wurde das Erscheinen des Organs der polnischen Geistlichkeit, der Kurier Poznanski, eingestellt. Wenn wir in Glaubenssachen gegen die geistliche Behörde aufgetreten wären, dann hätten wir den durch den hochwürdigsten Bischof eingenommenen Standpunkt wohl verstanden, wir haben aber unsere nationalen Interessen verteidigt, soweit sie mit der Kirche im Zusammenhange stehen, und deshalb können wir dieses Auftreten nicht verstehen und wir können von dem von uns eingenommenen Standpunkte nicht zurücktreten, denn wir würden unseren Grundsätzen und Überzeugungen zuwiderhandeln.

Wenn der hochwürdigste Erzbischof nur in Verteidigung der deutschen Geistlichkeit aufgetreten wäre, dann hätte ihm dies niemand übelnehmen können. Bei dieser Gelegenheit aber ist unser Blatt für die Erfüllung seiner nationalen Pflicht in einer Weise angegriffen worden, daß hier die gesamte polnische Presse — mit Ausnahme des Dziennik Poznanski — wird mit einem Proteste hervortreten müssen. Die Verhältnisse liegen heute so, daß die Germanisierung durch die Kirche nicht unerwähnt bleiben kann, und was heute uns betroffen hat, das kann morgen jedem andern Blatte zustoßen. Wir sind daher überzeugt, daß unsere Sache mit einem noch größeren Siege enden wird wie die des Drendownik und Postemp. Da hat es sich um die Person des Thorner Redners gehandelt, hier aber handelt es sich um eine Angelegenheit, welche die ganze polnische Gesamtheit betrifft.

Aus Nr. 277 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 5. Dezember 1905:

Der Herr Erzbischof gegen den Lech.

Der Einfluß des „amtskatholischen“ Kafatismus wächst bei uns. Davon hatte unser Publikum schon manchmal Gelegenheit sich zu überzeugen bei Besprechung des Verhaltens gewisser geistlicher Germanisatoren.

Daß eine Germanisierung durch kirchliche Faktoren besteht, dafür hatten wir Hunderte der krassesten Beispiele in Oberschlesien, in Ermland und der Diözese Culm. In unsern Diözesen gibt es der geistlichen Germanisatoren, die manchmal ihre Mission geradezu als gewöhnliches Amt traktieren, zwar weniger, jedoch gäbe es ihrer zweifellos mehr, wenn die öffentliche Meinung weniger wachsam und das Rationalbewußtsein minder entwickelt wäre.

Aber auch ungeachtet dessen fehlt es in unsern Diözesen nicht an geistlichen Germanisatoren und Strebern, die ihre Stellung bureaukratisch behandeln. Und ihre Zahl wächst; denn unsere Busenfreunde tun alles, um die „Karrierenreiter“ zu unterstützen. Wir

haben daher sogenannte „katholische“ Vereine, welche Werkzeuge des Haktismus sind; wir haben das Blatt Katholische Rundschau, in welchem wahrhafte haktistische Organe gefeiert werden; wir haben die sogenannten „Amtskatholiken“, welche aufgehetzt durch die haktistischen Organe und materiell unterstützt durch den Haktismus, mit „Konsequenz“ und „Energie“ deutsche Predigten und die Ausrottung der polnischen fordern, um auf diese Weise die Kirche als das gefährlichste Germanisierungswerkzeug zu mißbrauchen. Wir haben Konvikte, an deren Spitze deutsche Geistliche stehen und in denen die Germanisierung der Jugend betrieben wird. In geistlichen Seminaren machen sich die deutsch-katholischen Elemente manchmal sogar arrogant den polnischen Alumnus gegenüber bemerkbar. In die Stellungen der Prälaten und Domherren kommen deutsche Geistliche, zum Teil aus anderen Diözesen, manchmal unter Übergehung der verdienten polnischen Geistlichkeit. Hier hat natürlich die Regierung Einfluß, abhängig davon, ob die Vakanz in einem parigen oder unparigen Monat eintritt, — aber trotzdem die Regierung die Präzente hat, besitzt doch der Erzbischof das Recht der Bestätigung des vorgeschlagenen Kandidaten.

Alles das sind Sachen, welche beweisen, daß wachsame Aufmerksamkeit nottut, damit unter solchen Verhältnissen unsrer Volksgesamtheit kein Unrecht geschehe.

Zwar hat sich dieser deutsch-katholische Apparat mit den verschiedensten Schattierungen der politischen Überzeugungen und mit der Avantgarde der „Amtskatholiken“ vorübergehend geduckt und er geht behutsam vor, da auf dem erzbischöflichen Stuhl ein Pole sitzt, dessen Autorität man nicht rücksichtslos gegenüberstellen kann. Die Karte kann sich aber ändern.

Zwar haben wir das Vertrauen zum apostolischen Stuhl, daß er, falls es nötig werden sollte, den Erzhirtenstuhl mit einem Deutschen zu besetzen, dafür sorgen wird, daß er mit einem möglichst edelgesinnten Prälaten von der Art des verstorbenen Erzbischofs Dinder besetzt werde. Aber ungeachtet der besten Absichten können die Erwartungen getäuscht werden und unsere Erzdiözesen können einen Regierungsmann als Erzbischof erleben, einen Erzbischof-Diplomaten nach Art des Bischofs Kopp oder des verstorbenen Sedlag.

Auf solche Überraschungen können und müssen wir vorbereitet sein. Und dann können wir traurigere Verhältnisse erleben, als die gegenwärtigen sind.

Die katholische Kirche basiert nicht bloß auf Prälaten und auf der Geistlichkeit, sondern auch auf allen Gläubigen. Wäre es anders, dann könnten solche Dinge vorkommen, wie sie mit den Masuren sich ereigneten, die Lutheraner geworden sind, ohne zu wissen wie.

In Erwägung der Tatsache, daß am gefährlichsten von allen die Germanisierung durch kirchliche Faktoren ist, — sind doch die Westmarken des Großherzogtums, Niederschlesien, ein bedeutender Teil Westpreußens und des Ermlandes durch die deutschen Klöster und den deutschen Klerus germanisiert worden, — kann man sich nicht wundern, wenn die nationale öffentliche Meinung in diesem Punkte sehr empfindlich ist, wenn ein polnisches Blatt wie eine Bulldogge wacht und empfindlich ist gegen jede Rundgebung der Germanisierung durch kirchliche Faktoren, wenn es solche Sachen kritisiert wie die, daß auf Wunsch des Haktismus durch die Tradition geheiligte Andachten aufgehoben werden, wie die Dankandachten im Gnesener Dom am Jahrestage der Schlacht bei Grunwald.

Zwar behauptet der Domherr Kłoske im Lech, jene Andacht sei nicht aufgehoben; aber nach unseren

Informationen sind die Prozession, das Tedeum, d. i. alle äußeren Zeichen der Feier kassiert worden, und nur im lateinischen Rituale ist die Intention beibehalten worden, was tatsächlich einer Aufhebung der Andacht nach Außen hin gleichkommt.

Wir wundern uns auch nicht darüber, daß ein polnisches Blatt manchmal in formeller Hinsicht sich vergaloppieren kann, wie dies dem Lech bei der Kritik des Gnesener und des Posener Domkapitels passiert ist. Formell hat der Lech gefehlt und sich in eine verfehlte, spezielle Kritik eingelassen.

Statt sich auf die Berichtigung einiger Behauptungen zu beschränken, statt gegen sie zu protestieren, was in hinreichendem Maße Propst Piotrowicz und Domherr Kłoske getan haben, hat sich der Erzbischof in die Sache gemischt und den Dziennik Poznański nachstehendes Schreiben veröffentlichen lassen.

(Folgt der Wortlaut des einschlägigen Schreibens des Erzbischofs). Dann heißt es weiter: Die Form dieses Schreibens muß jeden betroffen machen. Kann man denn den Lech, diesen Lech, dem, wenn wir nicht irren, i. Z. der Herr Erzbischof den Segen erteilt hat, der „Maulwurfsarbeit“ und „verworfenen Proben“ beschuldigen deshalb, weil er etwas zu weit gegangen ist und nur formelle Ungenauigkeiten sich hat zu schulden kommen lassen — diese Frage möge die öffentliche Meinung beurteilen!

Ziemt es sich, ein polnisches Blatt deshalb zu boykottieren, weil es in Vertretung der nationalen Interessen zu weit gegangen ist angesichts des niederdrückenden Eindrucks, den die Germanisierung durch kirchliche Faktoren auf die Volksgesamtheit macht?! Ob endlich die Veröffentlichung eines Schreibens wie des vorliegenden zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen und der erzbischöflichen Autorität nicht schaden wird, darüber wollen wir nicht urteilen.

Das aber müssen wir hervorheben, daß die polnisch-katholische Presse die nationalen Interessen nur dann wirksam verteidigen kann, wenn sie die Freiheit haben wird, alles zu sagen, was ihr wie ein Stein auf dem Herzen lastet. Ohne diese Freiheit müßte sie ein Werkzeug heut solcher und morgen anderer Einflüsse und Strömungen werden. Diese Freiheit des Wortes muß die gesamte unabhängige polnische Presse verteidigen, — sonst kann sie in die fatale Situation geraten, daß man sie zwingen wird, auch dann zu schweigen, wenn es nötig sein wird, die Stimme stark zu erheben.

Darum protestieren wir von unserm Standpunkt aus dagegen, daß die Enthüllungen des Lech, selbst wenn sie fehlerhaft wären, „Maulwurfsarbeit“, „Versuche verworfener Leute“ und „Rundgebungen von Dünkel“ genannt werden, — wir protestieren gegen den letzten Satz, der dem Boykott eines Blattes gleichkommt, dessen Redakteure für die Verteidigung der Nation in Gefängnislöchern geprügelt, Geldstrafen gezahlt haben und den verschiedensten Verfolgungen und Schlägen ausgesetzt sind.

Wir meinen, daß einem so aufrichtig polnischen Blatte, wie es der Lech ist, die Brandmarkung und die Verurteilung nicht schaden werden.

Die Geistlichkeit hat zwar den Befehl erhalten, diesem Blatte gegenüber die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen — aber auch die aufrichtig national gesinnte öffentliche Meinung wird daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen wissen, und sie wird nicht gestatten, daß ein Blatt fällt, welches eifrig die bedrohte Nationalität verteidigt. Sie wird den auf dem Hintergrunde unsrer traurigen Verhältnisse geführten ungleichen Kampf verstehen, welcher Hingabe und Selbstverleugnung fordert inmitten schwerer Arbeit.

Es ist nicht zum ersten Male geschehen, daß ein polnisches Blatt einen Rüssel dieser Art erhalten hat. Derartige Rüssel verlieren umso mehr an Bedeutung, je öfter sie wiederkehren.

Seinerzeit hat ein ähnlicher Tadel den Posener Postemp getroffen, — heut den Lech, morgen kann er uns treffen und schließlich auch viele andere Blätter. Aber das wird der polnischen Presse nicht den Mund verschließen. Sollte nämlich die polnische Presse sich vor derartigen Unannehmlichkeiten wie die obigen zurückziehen, dann könnte sie ihre Aufgabe nicht erfüllen.

Aus Nr. 281 des Lech (Gnesen)

vom 8. Dezember 1905:

Stimmen der Sympathie

aus Anlaß des Auftretens gegen den hochwürdigsten Erzbischof gehen uns von allen Seiten zu. Wir finden moralische Unterstützung selbst in solchen Kreisen, von denen wir das nicht erwartet hätten. Man kann daraus ersehen, wie die ganze Gesamtheit von der Gefahr der Germanisierung durch die Kirche überzeugt ist.

Aus Nr. 271 des Lech (Gnesen)

vom 26. November 1905:

Schon wieder ein neues Zugeständnis?

Gnesen.

Seit der Zeit, als bei uns die Postschikanen begonnen hatten, stellten sich die Beamten auf ein Kommando von oben her unwissend, sie verstanden nicht mehr die einfachsten polnischen Ausdrücke, die für die Beförderung der Briefe überhaupt nicht nötig waren. Unsere geistliche Behörde, d. h. die Konsistorien in Posen und Gnesen und das Ordinariat in Posen, adressierten die Briefe zunächst polnisch, dann polnisch und deutsch, und jetzt, fast seit einem Jahre, adressiert sie die Briefe nur noch deutsch. Polnisch adressierte Briefe erreichten nicht den Adressaten, verursachten Unständlichkeiten. Seitdem jetzt die Behörde ihre Briefe deutsch adressiert, gibt es keine Schwierigkeiten mehr und sogar Briefe die von Privatleuten an die geistliche Behörde polnisch adressiert gesandt werden, stoßen nicht mehr auf Schwierigkeiten. Ist denn irgend eine geheime Verfügung in dieser Angelegenheit erlassen? Die Volksgesamtheit befürchtet neue Zugeständnisse! Seit der Zeit als die meisten, ja fast alle Domherren in den ungraden Monaten, d. h. in den Monaten der Regierung starben und die Regierung ihre auserwählten Kandidaten in der Diözese suchte, aus Mangel an vertrauenswürdigen Personen aber deutsche Gäste aus allen Winkeln der Welt einführte, die sich dann mit polnischem Gelde mästen und die Germanisation verbreiten sollten, trotzdem diese Gäste die Diözese und ihre Verhältnisse kannten wie der Wolf die Sterne, seit dieser Zeit wimmeln unsere Kapitel in Gnesen und Posen von Deutschen. Die polnische Sprache stört sie. So wie die Deutschen im Seminar unsere Sprache die „polnische Kaffernsprache“ nennen und sich darüber entrüsten, daß sie sie lernen und sich ihre geheiligte deutsche Zunge zerbrechen sollen, so blicken auch gewiß die höheren Herren Geistlichen auf die polnische Sprache. „Man muß sie auf den Adressen kassieren.“ So ärgerte sich ein hoch stehender Deutscher in Violett

darüber, daß er in unserm Dom einen Dankgottesdienst für den Sieg der Polen über die Kreuzritter bei Grunwald im Juli abhalten sollte, obgleich ein solcher auf Anordnung des apostolischen Stuhls schon seit dem Jahre 1410 abgehalten wird und — der Gottesdienst wurde kassiert, da man dies doch nicht von preussischen Domherren verlangen konnte. Möglicherweise werden diese preussischen Domherren auch bald die polnischen Heiligen in dem Brevier und in der heiligen Messe kassieren, denn diese Heiligen sind nicht „echt“ und werden **Wilhelms, Friedrichs, Augusten** einführen, wie es in der Ermländischen Diözese geschehen ist. Möglicherweise wird den deutschen Briefaufschriften die deutsche Sprache in den Bureaus des Konsistoriums und der Administration der Diözese folgen und sie werden dort „amtlich“ **preussisch** plappern, wie es in der Kulmer Diözese geschehen ist. **Ich erwähne, daß dem Bischof Sedlak in Pelsplin in Anerkennung seiner Germanisation in der Kirche eine Schlinge und ein Haken in einer Schachtel gesandt wurden.**

Ein Pole,
der das Unrecht spürt, das uns von den deutschen Geistlichen angetan wird.

Aus Nr. 273 des Lech (Gnesen)

vom 29. November 1905:

Unser Standpunkt gegenüber den Geistlichen.

Die Stellung unserer polnischen Presse ist in den heutigen Zeiten eine sehr schwierige, besonders aber in ihrem Verhältnis zu unserer Geistlichkeit. Ein Teil derselben arbeitet mit großer Opferwilligkeit und Begeisterung für die polnische Sache, die bei uns gleichbedeutend mit der katholischen Sache ist. Es ist ganz klar, daß unsere streng patriotische und katholische Presse sich solchen Geistlichen gegenüber höchst achtungsvoll verhält, und mit tiefer Ehrfurcht ihre Verdienste hoch schätzt.

Leider hat das preussische System, das einen immer deutlicher wahrnehmbaren Einfluß auf dem Gebiet der Kirche ausübt, höchst traurige Verhältnisse und Kundgebungen geschaffen, die die Presse nicht schweigend betrachten kann. Ihre Pflicht ist es, die Aufmerksamkeit des Publikums auf die von dieser Seite drohende Gefahr zu lenken, und diese Gefahr ist groß, was in den Kreisen unserer Geistlichkeit ebenfalls bereits erkannt ist.

Indem sie ihre unangenehme aber durchaus notwendige Pflicht erfüllt, geht unsere Presse vielleicht manchmal zu weit, und sie wird in ihren allerbesten Absichten manchmal falsch verstanden. Uns ist es ebenso gegangen. Indem wir in der Sonntagsnummer die Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde dem Germanisierungssystem gegenüber kritisierten, führten wir die Tatsache an, daß dem Bischof Sedlak in Pelsplin für seine germanisatorische Tätigkeit eine Schlinge überhandt wurde. Diese Tatsache führten wir deshalb an, um zu beweisen, **welche traurigen Folgen die Germanisation in der Kirche hervorruft** und nicht aus dem Grunde, um irgend jemandem zu drohen. An die Adresse der geistlichen Behörde wenden wir uns immer mit der gebührenden Hochachtung, so oft wir auch ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung kritisieren müssen, wozu wir leider fast allzu häufig gezwungen sind.

Um in Zukunft nicht falsch verstanden zu werden, erklären wir, daß wir uns niemals gegen die Priester als solche wenden, sondern daß wir stets ihren Charakter als Geistliche von ihrem Charakter als Bürger unterscheiden. Gegen die geistliche Behörde müssen wir unsere bedrohten nationalen Interessen verteidigen, wenn wir auch die ihr gebührende Unterwürfigkeit in Glaubenssachen, die ihr jeder wahre Pole und Katholik schuldig ist, nicht vergessen.

Diesen unsern Standpunkt haben wir schon häufiger gekennzeichnet und wir tun dies gegenwärtig abermals bei Gelegenheit des Briefes des Propstes Piotrowicz, den wir auf unsern Artikel „Schon wieder ein neues Zugeständnis?“ erhalten haben. Dieser Brief, den wir mit kleinen Abänderungen wörtlich bringen, lautet folgendermaßen:

„Was den Artikel „Neue Zugeständnisse“ anbetrifft, so bedaure ich, daß die im ganzen berechnete Kritik und der Protest durch ihre höchst beleidigende Form ihren Wert verloren haben. Von einer Schlinge und einem Haken in einem katholischen Blatte zur geistlichen Behörde zu sprechen, ist ein Übergriff größtens Kalibers. Ist es denn nicht möglich, eine sachliche Kritik, die genau begründet ist, die sogar scharf sein kann, ohne Beleidigungen und schwere Fehler in der Form zu schreiben? Warum läßt man denn bei andern Korrespondenzen, wenn es sich um die Rücksicht auf die Polizei und die Paragraphen handelt, manchmal ganze Absätze fort, oder warum kommentiert man, schwächt durch geeignete Bemerkungen ab, während man auf die geistliche Behörde, die von den Paragraphen keinen Gebrauch machen will, so selten die allergeringsten Rücksichten in Bezug auf Takt und journalistischen Anstand nimmt?

Geehrte Herren! Erbarmt Euch, wohin soll das führen? Wer wird die Früchte einer solchen Saat ernten? Alle deutschen Adressen bedeuten nichts gegenüber der Schädlichkeit eines derartigen Vorgehens. Die Redaktion eines katholischen Blattes müßte mit Widerwillen eine so häßliche und herausfordernde Haltung von sich fern halten. Sie hat es doch verstanden, mit entwaffnender Naivität den unglücklichen, doch in gutem Glauben auftretenden Priester bloßzustellen.

Nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich so an Sie schreibe. Es ist jedoch meine Pflicht als Priester, Katholik und Pole, ja! als Pole, gegen solche Übergriffe aufzutreten, denn die Polen kämpften, wenn sie auch die hartnäckigsten Gegner hatten, zwar standhaft aber dabei edelmütig, und ich erkläre feierlich, daß ich alle erlaubten Mittel anwenden werde, wenn sich so etwas noch einmal ereignen sollte, und ich werde als der örtliche Seelsorger gegenüber so unerhörten Beleidigungen deren Berichtigung nachdrücklich verlangen. Was die Form dieser Berichtigung anbetrifft, so erkläre ich mich gerne zu Vergleichen bereit. Ich suche keine Rache, ich will keine Erniedrigung, aber Satisfaktion muß ich fordern, denn ich bin durch mein Gewissen gezwungen, bis zum letzten Blutstropfen für das Wohl meiner vorgelegten geistlichen Behörde zu kämpfen.

„Amicus Plato, sed magis amica veritas.“

Trotz meiner Achtung für Ihre ausgezeichneten Fähigkeiten und Ihre überaus nützliche Tätigkeit, Herr Redakteur, bin ich doch bereit, alles in Bewegung zu setzen, um derartige Beleidigungen nicht ungestraft durchgehen zu lassen. Ich würde mir etwas zu schulden kommen lassen, wenn ich dies nicht tun würde, denn der erste Schützer der Rechte der Kirche ist der Ortsgeistliche.

Ich habe die Hoffnung, daß Sie die Berechtigung meiner Ausführungen anerkennen werden und daß Sie mir selbst eine entsprechende Form für die Berichtigung der Beleidigung vorschlagen werden.

Hochachtungsvoll
Geistlicher Piotrowicz.

Obwohl wir die vorstehenden an unsere Adresse gerichteten Vorwürfe nicht anerkennen können, veröffentlichen wir dennoch im Namen der Unparteilichkeit gern diesen Brief, weil in unserer Zeitung jeder das Wort erhält, der zum Wohle unserer gemeinsamen Sache arbeitet. Wenn die Form unseres Artikels überaus scharf war, so drücken wir bereitwilligst unser Bedauern hierüber aus, aber wir setzen voraus, daß die Bemerkungen, die wir dem Briefe des Propstes Piotrowicz vorausgeschickt haben, uns genügend entschuldigen.

Aus Nr. 279 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7. Dezember 1905:

Neugierde bei der Volkszählung.

Das statistische Amt versicherte in seinem Aufruf, daß die Volkszählung nur statistische Zwecke hätte. Inzwischen nützt die Behörde sie schon zu Zwecken der Ostmarkenpolitik aus.

Die Gemeindevorsteher erhielten von ihren Kommissaren den Auftrag, gleichzeitig mit den Ergebnissen der Volkszählung den Kommissaren besonders zu berichten, wie viel Polen, wie viele Deutsche und wie viele Deutschkatholiken am 1. Dezember in der fraglichen Ortschaft vorhanden waren. Nach den evangelischen Polen ist nicht gefragt.

Wir sehen also, worum es sich handelt. Haben denn die Behörden in den andern Provinzen des Reiches, z. B. im Rheinland, die gleiche Neugierde bei Gelegenheit der Volkszählung gezeigt? Ich zweifle daran.

Ezeslaus Staropolski.

Aus Nr. 278 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 6. Dezember 1905:

Das Effektenyndikat.

Von kompetenter Seite erfahren wir, daß in dem im März d. J. gegründeten Effektenyndikat G. m. b. H. entscheidende Schritte getan sind, um die Aufgaben und Absichten, in denen das Syndikat gegründet wurde, in die Tat umzusetzen. Das Effektenyndikat soll sich, wie wir hören, sowohl mit dem Kauf als auch dem Verkauf der Aktien unserer Aktiengesellschaften, die keinen Börsenkurs haben, beschäftigen. Ob der Wirkungskreis der Gesellschaft sich auch auf den Kauf und Verkauf von Werten auf eigene Rechnung ausdehnen wird, die ebenfalls keinen Börsenkurs haben, wird sich später entscheiden.

Die Nachrichten deutscher Zeitungen und besonders der deutschen Tageszeitung in Berlin und des Posener Tageblatts, daß das Syndikat beschlossen hätte, die bedeutenden Geschäfte auf gemeinsame Rechnung zu machen, sind unwahr.

Wir hören ferner, daß das Syndikat nach Feststellung seines Tätigkeitsbereichs das Publikum durch die Presse von dem Beginn seiner Tätigkeit benachrichtigen und ihm die nötigen Informationen geben wird.

Aus Nr. 278 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Dezember 1905:

Gegen die preussischen Waren.

Wir lasen im Krakauer Głos Narodu: In der letzten Sitzung des Vereins junger Kaufleute in Krakau wurde nachfolgender Antrag des Herrn Jarosz angenommen:

1. Alle in der Generalversammlung anwesenden Prinzipale verpflichten sich auf Ehrenwort, aus Preußen nur derartige Waren zu beziehen, die sich unter keiner Bedingung durch andere ersetzen lassen.

2. Die Handlungsgehilfen verpflichten sich gleichfalls ehrenwörtlich, daß sie unnötiger Weise von ihren Prinzipalen aus Preußen bezogene Waren nicht verkaufen werden und alle diesbezüglichen Übertretungen ihrer Herren Prinzipale einem zu diesem Zweck gewählten Komitee mitteilen werden.

Das gewählte Komitee wird die vorstehenden Beschlüsse überwachen, es wird, falls Verstöße dagegen vorkommen sollten, entscheiden, ob der Prinzipal, der preussische Waren eingeführt hatte, durchaus dazu gezwungen war, und es wird, falls dies nicht der Fall sein sollte, jeden Prinzipal öffentlich brandmarken.

Schließlich wurde der Vorstand der Vereinigung der Kaufleute und der jungen Kaufleute ermächtigt, von diesem Beschluß schriftlich alle kaufmännischen Vereinigungen in Galizien sowohl die christlichen als auch die jüdischen, zu benachrichtigen und sie zu bitten, den Beschluß zu unterstützen und ihre Solidarität in dieser Sache kundzutun.

Aus Nr. 282 des Postep (Posen)
vom 12. Dezember 1905:

Die Versammlung in Schroda verboten.

Für den gestrigen Sonntag war bekanntlich eine Strazversammlung in Schroda anberaumt, und es waren bereits alle Vorbereitungen dafür getroffen worden. Indes hat der Bürgermeister die Abhaltung der Versammlung im letzten Moment verboten. Dies Verbot fand jedoch unter besonderen Umständen statt, die veröffentlicht zu werden verdienen, und das bietet einen Maßstab dafür, welcher konstitutionellen Freiheit wir uns erfreuen, wenn es sich um die Versammlungsfreiheit handelt. Mit der Veranstaltung und Anmeldung der Versammlung hatte sich Herr v. Milewski-Kijewo befaßt, welcher der Starost des Strazvereins für den Kreis Schroda ist. Die Versammlung war für den Schützenhausaal gemeldet, welcher an der Kotschin'er Chaussee hinter der Stadt liegt, nicht aber an der Krotoschiner, wie in den Bekanntmachungen falsch angegeben war. Seitens der Polizei begann man schon Schwierigkeiten zu machen, weil der Saal zu klein sei und nur 25 Personen fassen könne. Wer den Saal kennt, der weiß, daß dort etwa 300 Personen Platz finden, da schon auf dem Chor 50 Personen Raum finden. Da Herr v. Milewski jedoch etwas übles ahnte, meldete er am Sonnabend eine zweite Versammlung auf eine halbe Stunde später für den Grieger'schen Saal an, der ebenfalls hinter der Stadt gelegen ist. Wir fügen hinzu, daß Herr Grieger Deutscher ist. Herr v. Milewski mietete den Saal für 20 Mk., die er sofort bezahlte, und Herr Grieger war mit der größten Bereitchaft mit der Abhaltung der Versammlung einverstanden. Die polizeiliche Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der Ver-

sammlung wurde erteilt. Doch was geschieht? Gleich nachdem die Anmeldung der bei Herrn Grieger abzuhaltenden Versammlung erfolgt war, begiebt sich der Herr Landrat aus Schroda nebst dem dortigen Bürgermeister zu Grieger, und sie bewegen ihn, die Hergabe des Saals zu verweigern. Grieger wollte jedoch damit nicht einverstanden sein, da er bereits Bezahlung erhalten hatte und da er mit dem polnischen Publikum rechnet, das seine Hauptkundschaft bildet. Schließlich schreibt er unter dem Druck des Landrats und des Bürgermeisters einen eingeschriebenen Brief, daß er den Saal nicht hergebe. Einige Minuten nach dem Fortgang des Landrats und des Bürgermeisters kamen zu Herrn Grieger zwei oder drei polnische Bürger, denen Grieger erklärt, jene beiden Beamten seien in Sachen der Versammlung bei ihm gewesen und sie hätten ihn zur Ablehnung bewogen, er werde aber den Saal für den folgenden Tag zur Verfügung stellen.

Sonnabend Abend 7 Uhr empfängt Herr v. Milewski durch Postilboten einen eingeschriebenen Brief, in dem die Abhaltung der Versammlung verboten wurde. Dies Schreiben lautet in der Übersetzung aus dem deutschen Urtext wie folgt:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Schroda, 9. Dezember 1905.

Die von Ihnen heut angemeldete Versammlung für morgen ist ungültig, da sie sich auf falsche Angaben stützt. Der Gastwirt Grieger hat mündlich erklärt, er habe durch eingeschriebenen Brief die Hergabe seines Lokals zur Versammlung abgelehnt und er halte diese Ablehnung aufrecht. Die Versammlung kann mithin morgen hier nicht stattfinden und auch in dem Schützenhause kann dies nicht geschehen, da die Anmeldung für letzteres Lokal heute zurückgezogen worden ist.

Dr. Reinicke.

Wir fügen hinzu, daß der Kopf des Schreibens in Schreibschrift hergestellt war: „Die Polizeiverwaltung“, und in dem Siegel stand: Die Polizeiverwaltung der Stadt Schroda. Dr. Reinicke ist Bürgermeister in Schroda.

Auf diese Weise wurde die Abhaltung der Versammlung vereitelt. Da Herr v. Milewski am Abend, als jenes die Versammlung verbietende polizeiliche Dokument gebracht wurde, verreist war, konnte erst am Sonntagmorgen dem Publikum durch Mitteilung von Mund zu Mund bekannt gegeben werden, daß die Versammlung verboten sei; jedoch erfuhren nicht alle davon. Um 2 Uhr versammelten sich einige hundert Leute um das Schützenhaus, indem sie auf die Versammlung warteten; es mußte ihnen indes kundgegeben werden, sie sollten ruhig nach Hause gehen, da die Versammlung seitens des Bürgermeisters infolge Beeinflussung durch den Landrat verboten worden sei. Es war das keine geringe Enttäuschung für die aus der Nähe und Ferne herbeigekommenen Leute, von denen viele zu Wagen erschienen waren, sodaß die Versammlung recht gut besucht gewesen wäre. Doch alles war vergebens. Die Entrüstung und Erbitterung unter dem Publikum aus Schroda und Umgegend war sehr groß; es schluckte jedoch diese bittere Pille geduldig hinunter. Jeder konnte sich aber überzeugen, welche Versammlungsfreiheit bei uns herrscht.

Zur besseren Charakteristik dieser ganzen Sache fügen wir hinzu, daß Herr v. Milewski zu Mittag von dem Saalbesitzer Herrn Grieger eine Mitteilung des Inhalts erhalten hatte, der Herr Landrat und der Bürgermeister seien bei ihm gewesen, damit er den Saal nicht hergebe, er stelle jedoch dessen ungeachtet den Saal zur Abhaltung der Versammlung zur Verfügung.

Herr v. Milewski wird diese Sache nicht aus der Hand lassen, sondern sich an die höheren Behörden wenden, umso mehr, als er sich durch die in diesem Briefe aufgestellte Behauptung verletzt fühlte, er habe der Polizei bei der Anmeldung der Versammlung unwahre Mitteilungen gemacht. Auch hat Herr v. Milewski die Anmeldung der Versammlung für das Schützenhaus nicht zurückgezogen, wie das polizeiliche Schreiben besagt. Die Strazversammlung ist auf später verlegt worden. Ein solches Verbot wirkt allerdings bestimmt mehr als die Versammlung selbst, denn der Bevölkerung wird durch derartige Hindernisse nicht die Lust für die öffentlichen Angelegenheiten genommen, im Gegenteil, sie wird noch mehr dafür begeistert. Eine derartige Enttäuschung ist Schroda zum ersten Male widerfahren. Es ist das gutes Material für unsre Abgeordneten.

Aus Nr. 282 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Dezember 1905:

Von Herrn Dr. Trzcinski-Gocanowko

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Hierdurch teile ich ergebenst mit, daß einer der Bürger des Kreises Strelno, der nicht genannt sein will, zu meinen Händen zu Zwecken des Strazvereins 312,50 Mk. deponiert hat, d. i. die gesamte Einnahme aus dem Verkauf der bei der Treibjagd geschossenen Hasen. Er versprach dabei, daß er diese Einnahme auch weiterhin dem Strazverein zuwenden werde.

Nicht nur für diese freigebige Spende gebührt dem Geber Anerkennung und Dank, sondern auch für den Gedanken selbst, den Strazverein auf diese Art zu unterstützen. Dieser Gedanke kann auch bei Anderen Anerkennung und Anwendung finden. Die Einnahme aus Treibjagden wird nämlich selten bei der Aufstellung der Wirtschaftsbilanz berücksichtigt, sie gilt im Gegenteil in den meisten Fällen als außerordentliche. Wenn sie mithin zu nationalsozialen Zwecken bestimmt würde, so würde das bei Wohlhabenden und Opferwilligen keinen großen Unterschied machen, unseren Instituten würden aber nicht geringe Einnahmen zufließen. Wenn doch dieses Beispiel von Opferwilligkeit möglichst viele Nachahmer fände, was im Interesse unserer nationalen Verteidigung zu wünschen wäre!

Mit wahrer Hochachtung

Dr. Eduard Trzcinski.

Aus Nr. 280 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 8. Dezember 1905:

Wieder ein seitens der Polizei Ausgewiesener!

Die Polizei hat dem 18 jährigen Schneidergesellen Ignaz Gmerek, einem amerikanischen Untertan, befohlen, sich binnen 5 Tagen aus den Grenzen des Deutschen Reichs zu entfernen.

Ignaz Gmerek ist der Sohn des in St. Louis in Amerika verstorbenen Kirchendieners Bartholomäus Gmerek, der hier aus dem Großherzogtum stammt. Er ist in St. Louis geboren, woher er nach des Vaters Tode nebst der Mutter in das Vaterland zurückkehrte. Die Mutter verstarb hier. Des Knaben nahmen sich gute Menschen an. Sie gaben ihn in die Lehre zu dem Schneidermeister W. Jankowski in Schrimm, woselbst er die Lehrzeit beendete und am 1. Oktober d. J.

Gefelle wurde. Er hat sich noch nichts zu sparen vermocht, — aber die Polizei fragt danach nicht, sondern sie befiehlt dem jungen Menschen, sich binnen 5 Tagen zu entfernen, auch ohne einen Groschen in der Tasche, entgegengesetztenfalls droht sie ihm mit einer 14 tätigen Gefängnisstrafe.

Ignaz Gmerek, ein unerfahrener junger Mann, ging, nachdem er von der Polizei die Marschroute nach Hamburg erhalten hatte, auf die Bahn und setzte sich in einen Wagen IV. Klasse in der Meinung, das Schreiben der Polizei reiche als Fahrkarte hin. Indes warf ihn der Schaffner auf der zweiten Station aus dem Zuge und Gmerek mußte zu Fuß nach Posen zurückkehren. Es ist das ein bescheidener junger Mann. Er hat gute Zeugnisse, und ist noch dazu krank.

Wir rieten Gmerek, sich an den amerikanischen Konsul in Berlin um Hilfe zu wenden, denn es ist doch unmöglich, daß er jetzt in Unwetter und Kälte ohne hinreichende Winterkleidung nach Berlin und Hamburg wandern soll. Die Posener Polizei will Mittel zu der weiten Reise nicht hergeben.

In der gleichen Angelegenheit schreibt das Blatt in Nr. 282 vom 16. d. Mts.

Ausweisung einer Waise.

Die preußische Kultur kennt kein Erbarmen. Wir teilten mit, die Posener Polizei habe angeordnet, daß der 18 jährige kränkliche Schneidergeselle Ignaz Gmerek binnen 5 Tagen Preußen verlasse, einzig deshalb, weil er in St. Louis in Amerika geboren ist, woher er als Kind nach des Vaters Tode mit der Mutter in sein Vaterland zurückkehrte. Die Mutter verstarb hier, und der Waise nahmen sich gute Menschen an.

Jetzt hat die preußische Polizei der Schwester des Gmerek, einem kaum 14 jährigen Mädchen geboten, binnen 3 Monaten das Inland zu verlassen. Wohin soll sich diese Waise in der weiten Welt wenden?

Es ist noch die Frage, ob der Vater dieser Waisen Bürger der Vereinigten Staaten gewesen ist, — denn wenn dies nicht der Fall war, dann müssen die Waisen als Inländer anerkannt werden.

Für diese Angelegenheit werden sich bestimmt unsre Abgeordneten interessieren, namentlich der Abgeordnete Korsant, in dessen Wahlkreise diese Waisen weilen und weilen.

Aus Nr. 282 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Dezember 1905:

„Kultur“ und „Freiheit.“

Aus Pleschen telephonierte man uns:

Die hiesige Polizei hat auf Anordnung der höheren Behörde die seit 1 1/2 Jahren hier selbst bestehende Krippe aufgelöst. Die Kinder vergossen beim Anblick des Polizisten Tränen, indem sie dessen deutsch erteilten Befehle nicht verstanden. Erst nachdem ihnen der Polizist den Befehl ins Polnische übersetzt hatte, verließen sie die Krippe. Der Befehl bezog sich auch auf die Entfernung der Pflegerin und der Damen, welche die Hut über die Krippe ausübten, aus derselben.

Auf diesen unerhörten Vorfall machen wir den aufmerksam, den es angeht. Wir zweifeln nicht daran, daß auch die Kuratoren der Krippe die entsprechenden Schritte tun werden zwecks Zurückziehung der Anordnung.

Aus Nr. 279 des Lech (Gnesen)

vom 6. Dezember 1905:

Wongrowitz.

Herr Rozłowski aus Toniszewo beabsichtigte von dem Deutschen Lube in Bärenbusch eine Wirtschaft zu kaufen, woselbst Herr Degler seine Besitzung an die Landbank verkauft hat. Herr R. begab sich mit Herrn Lube zwecks Erledigung der gerichtlichen Formalitäten zum Notar nach Wongrowitz. Plötzlich erschien der Sekretär vom Landratsamte und bald darauf der Herr Landrat selbst und fragten nach dem Notar.

Dann rief er Herrn Lube in den Hausflur und machte ihm Vorwürfe, daß er urdeutsches Land schmälern wolle, er hielt ihm vor, daß er als Evangelist auf die Gefahr des Katholizismus achten müsse, der sich breit mache. Ferner: wenn er seine Wirtschaft nicht dem Rozłowski verkaufen werde, dann solle er sie auch keinem anderen Deutschen als nur der Landbank oder der Ansiedelungskommission verkaufen, denn dadurch werde er das Deutschtum unterstützen.

Herr Lube aber ging darauf nicht ein.

Raum hatte der Herr Landrat seine Belehrung geschlossen, kam der Jude Herr Spagat aus Wongrowitz und begann Herrn Lube von neuem zu quälen; er sagte ihm, wenn er seine Wirtschaft an die Ansiedelungskommission verkaufen werde, dann werde er weniger bekommen, wenn er sie dagegen einem Juden abtreten werde, bekomme er mehr Geld. Zum Unglück des deutschen Vaterlandes aber und zum Ärger des Juden wurde der Kontrakt unterschrieben und der Herr Landrat und der Jude hatten nun nichts mehr zu tun

Aus Nr. 50 des Pokraka (Posen)

vom 10. Dezember 1905:

Die Starolenka'er Fräuleins Mar. Gensler und Konst. Gosciniaf kauften Weihnachtsgeschenke und andern Land im Warenhause eines Nichtlandsmannes. Mar. Klatkiewicz ließ sich in einem semitischen Atelier photographieren und Mich. Lwczak kaufte ein Kopftuch gleichfalls bei einem Fremden.

Die drei polnischen Hebammen in Krotoschin reichen offenbar nicht hin, denn wieder hat sich eine Herrschaft schon im Voraus eine Deutsche bestellt. Gebe Gott, daß die Tochter jener Dame nicht einst in die Fußtapfen ihrer Mama trete.

Ein Landsmann.

Gnesen.

Die Damen St. und Vikt. Szymankiewicz, A. Grabowska sowie Fräulein A. Kantacka kaufen Stoffe und Kurzwaren beim Juden. Etwa der Rabattmarken halber?

Die Mutter der letzteren hat für die Tochter viel zu verantworten, da sie selbst fast alles mit geringen Ausnahmen bei Fremden kauft. Herr Rechtsanwaltssekretär Chrusztowicz kaufte Bilder (nicht religiöse), einmal sogar, soviel ich weiß, auch Bureauartikel beim Sakatisten. Der Prinzipal, Landsmann, weiß bestimmt davon nichts, da er dies nicht gestatten würde.

Krotoschin.

Frau Dr. P., die Vorsitzende des St. Vinzenz-à Paulo-Vereins kaufte Anzüge für die Söhne beim Fremden, und abends sah man sie in Warenhäuser aus- und eingehen. Bekommt man denn beim Polen nicht dasselbe?

Wir gestatten uns die Frage, wo die Frau Vorsitzende in diesem Jahre die Weihnachtsgeschenke für die Armen kauft. Auch die Frau des Julian B. kauft fast alles beim Juden, und zwar geht sie nicht bloß selbst hin, sondern sie nimmt sogar den Mann mit. Was sagen dazu die andern Brüder B., gute und ehrenwerte Patrioten?

Pr.-Stargard.

Frau Gastwirt Gapa und die Fleischerfrau C. aus Skurz haben hier ganze Paack Schnittwaren beim Aron und bei anderen Andersgläubigen gekauft, ungeachtet dessen, daß es sowohl in Skurz, als auch in Pr.-Stargard polnische Geschäfte dieser Art gibt, z. B. die der Herren Ody und Neumann. Wenn die Herren Männer von jenen Einkäufen und von diesem Fortgeben polnischen Geldes nichts wissen, dann mögen sie ihren Frauen einen kleinen Rüssel erteilen, daß Polinnen so nicht handeln dürfen. Sie sollten auf die Landsleute Rücksicht nehmen, von denen sie, besonders der erstere, größtenteils leben, und auf die Losung, deren warme Anhänger, wie wir wissen, sie selbst sind.

Aus Nr. 282 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 12. Dezember 1905:

In den Laden einer gewissen polnischen Firma am Wilhelmsplatz kam ein Deutscher nebst Frau. Letztere beabsichtigte verschiedene Einkäufe zu machen. Mit einem Male fragt der Deutsche, ob der Besitzer bzw. die Besitzerin des Geschäfts Polen seien. Die Antwort lautete bejahend. Da nahm der eifrige „Landsmann“ den Hut und verließ den Laden so schnell wie möglich.

So handeln die Deutschen, und wir??? Massen von Polen umlagerten gestern die jüdischen und deutschen Läden, ihr Geld zu Fremden tragend, ungeachtet der unausgesetzten Mahnungen der Presse, ungeachtet der in fast jeder Versammlung ausgegebenen Losung „Der Landsmann zum Landsmann“.

Wann werden wir endlich zu Verstande kommen?

Aus Nr. 282 des Postep (Posen)

vom 12. Dezember 1905:

Aus Gonsawa, 6. Dezember.

Ein alarmierendes Gerücht durcheilte am Abende vor dem Tage des hl. Nikolaus, des Patrons der Parochie Gonsawa, den zugleich bei uns stattfindenden Ablass. Der Kaufmann und Bürger Herr Fr. Mnichowski, der es am polnischen Publikum — Juden und Deutsche gibt es nicht — zu Wohlstand gebracht hat, hat 10 Morgen Landes dicht am Bahnhof Gonsawa dem Juden Engländer aus Gnesen verkauft. Er bekam soviel als er verlangte, nämlich 1000 Mark für den Morgen. Im letzten Augenblick war Propst Niedbalski mit dem geehrten Bürger Herrn Anton Schmidt noch bei Mnichowski, und sie suchten ihn zu überreden, er solle das Grundstück nicht an den Juden verkaufen; doch ließ er sich nicht davon abbringen, und die

Kontraktunterzeichnung, sowie die Auflassung sind schon erfolgt. Bekanntlich will der Jude hier eine Dampfsäge- und Mahlmühle aufstellen. Herr Fr. Mnichowski hatte dieses einst der Frau v. Godzimirska-Marcinkowa gehörige Stück Land von der Bank Ziemski aus Posen erworben. Die hiesigen Bürger sind über Herrn Mnichowski sehr entrüstet. Man hat sich auch das Wort gegeben, ihm nicht die Hand reichen und sein Lokal nicht betreten zu wollen. Ei, ei, Herr Mnichowski, bedenken Sie, daß Ihre noch unerwachsenen Kinder einst nach ihrem Tode Sie im Grabe verwünschen werden, denn Sie haben gegen ein nationales Gebot gesündigt.

Ein Gonsawa'er.

Aus Nr. 277 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Dezember 1905:

K o s t s c h i n.

Die Witwe Frau Sicinska aus Kotschin hat ihr Besitztum, wie deutsche Blätter berichten, der Ansiedelung zum Kauf angeboten. Frau S. hat vermögende Brüder. Werden sie gestatten, daß ein Stück polnischen Landes der Ansiedelung übergeben werde?

Aus Nr. 281 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Dezember 1905:

Von einer ernsten Gefahr macht man uns wiederum Mitteilung. Ein in Kurnik in der Stadt selbst gelegenes Besitztum von über 30 Morgen vorzüglichen drainierten Bodens mit einem massiven Wohnhause, Garten, Stall und Scheune in gutem Zustande, soll wegen Erbteilung vor dem Schrimmer Amtsgericht am 20. d. Mts. um 11 Uhr vormittags öffentlich versteigert werden. Die Erben haben durch Inserat vergebens einen polnischen Käufer gesucht. Unsere Banken entschuldigen sich damit, daß sie so kleine Besitzungen nicht kaufen. Nichtpolnische Käufer sind einige vorhanden, aber die Familie hält fürs erste zurück. Sollte sich in der Tat kein Landsmann als Käufer finden, der dieses Stück rein polnischen Bodens mit fertigen Baulichkeiten vor dem Übergang in fremde Hände schützte? Reflektanten dienen wir mit den näheren Einzelheiten.

Aus Nr. 279 des Oredownik (Posen)
vom 7. Dezember 1905:

Das Pos. Tageblatt schreibt, die Mitteilung des Oredownik betreffend

Vorbereitungen von Quartieren für Militär in Stralfowo

an der Grenze des Königreichs Polen, sei unwahr. Seine Widerlegung stützt das Blatt auf glaubwürdige Informationen — aus Stralfowo.

Wir glauben dem Tageblatt nicht, bis es glaubwürdigere Informationen — aber nicht aus Stralfowo — beschafft haben wird. Das dürfte dem Blatte nicht schwer fallen. Unsere Information ist jedoch durchaus glaubwürdig.

Aus Nr. 277 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Dezember 1905:

Der Landsmann zum Landsmann?

Aus der Gostynner Gegend.

Der Landsmann zum Landsmann! Alltätlich lesen wir das in allen Zeitungen und die Leute lesen es, und sie tun das Ihre, es ist aber um so schlimmer, wenn einflußreiche Personen ein Ärgernis erregendes Beispiel geben. In der Krankenanstalt in Marysin decken die Brüder allen Bedarf an Kolonialwaren beim Juden. Tuch und Schnittwaren kaufen sie gleichfalls beim Juden. Der geehrte Prior hat wohl vergessen, daß über drei Viertel der Kranken in der Anstalt polnischer Nationalität sind, daß die Juden bestimmt für die Kapelle nichts spenden, — weshalb wird also der monatlich nach mehreren Hunderten von Mark zählende Bedarf nicht beim Polen gedeckt?

Was würden die Brüder sagen, wenn unsere überwiegend polnische Gegend die Anstalt gleichfalls boykottierte und die Kranken z. B. im Krankenhause bei den barmherzigen Schwestern in Gostyn unterbrächte?

Der Landsmann zum Landsmann — so schreien wir zum Heiserwerden in den Volksversammlungen; doch der und jener verirren sich direkt von der Versammlung aus in ein fremdes Geschäft, — aber daß ein katholischer Geistlicher Heiligenbilder und teure Kreuze persönlich beim Juden kauft, das ist wohl ein einzig dastehender Fall. Leider läßt sich solche Handlungen der Propst der Parochie Seide zu schulden kommen. Wir haben doch polnische Geschäfte, in denen man die gleichen Gegenstände, wenn nicht besser, so doch bestimmt nicht teurer kaufen kann.

Ich appelliere an das patriotische Empfinden des Propstes, daß er ein derartiges Beispiel den Gostynern und seiner Parochie erspare. Was sollen wir da von dem einfachen Volke erwarten, wenn es solche Beispiele sieht?!

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen)
vom 7. Dezember 1905:

Der Eifer eines Schulinspektors.

Aus glaubhaftem Munde — gegebenenfalls diene ich mit einem Zeugen — erfuhr ich, daß der Schulinspektor des Kreises Breschen bei der Revision der Schulen seines Kreises an seine polnischen Lehrer folgende Fragen stellte:

1. Wie sprechen Sie in der Familie, deutsch oder polnisch? — (Die Antwort wurde von ihm zu Protokoll genommen.)

2. Wie steht's mit Ihren Kindern? Haben sie Katechismusunterricht beim katholischen Propst in deutscher Sprache? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie die Sache ganz ernst nehmen. Sie müssen vom Herrn Propst für ihre Kinder deutschen Katechismusunterricht verlangen! Hoffentlich wird der Herr so vernünftig (!!) sein und das tun. Sollte er aber wider Erwarten Ihrem Verlangen nicht nachgeben, dann müssen Sie mir das sofort anzeigen.

Der polnische Geistliche soll also so vernünftig sein! Es ist nicht nötig, daß er gewissenhaft wäre, wenn er nur vernünftig ist, aber auf preußische Art!! Der Lehrer soll Zuträger sein, er soll seinen Vorgesetzten — trotz anderer Überzeugung — denunzieren! Herr Inspektor, Sie brauchen den Herrn Lehrer auf seine Pflichten nicht erst aufmerksam zu machen; er kennt seine Pflicht und weiß recht gut, daß der Erzbischof aus Anlaß des Breschener Prozesses in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Gerichts erklärt

hat, der polnische Katechismus sei für die polnischen Kinder, der deutsche für die deutschen. In Religionsachen gehört es sich, daß der polnische Lehrer in diesem Falle seinem Vorgesetzten, dem Erzbischofe, gehorche. — Eines Druckes von Ihrer Seite aus bedarf er auch nicht, denn er befindet sich im deutschen Staate, wo das Deutschtum „Freiheit“ ist. Möge sich der Herr vorsingen: „Deutschtum“, „Deutschtum“ über alles — mit anderen Worten: „Freiheit“, „Freiheit“, lauter Freiheit herrscht bei uns und geht uns „über alles“.

Alle Lehrer — fingen Sie, Herr, weiter — sind bei uns frei, ebenso mit Beziehung auf den Religionsunterricht ihrer Kinder, und insbesondere frei sind die polnischen Lehrer, denn sie befinden sich doch in Deutschland, in dem Staate der Freiheit und der Kultur!

Aus Nr. 279 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Dezember 1905:

Ein deutsch-katholischer Lehrer,

der die polnische Sprache nicht beherrscht, aber eine Polin zur Frau hat und seine drei Kinder zu Polen erzieht, wurde aus seiner Stelle entlassen. Trotzdem er erst 35 Jahre alt ist, die besten Führungszeugnisse besitzt und von dem Ortspropst empfohlen werden kann, bemüht er sich seit einem halben Jahr in einer überwiegend deutschen Stadt vergeblich um irgend eine Stelle und er wird bald mit dem Hunger kämpfen müssen. Vielleicht wird sich in Posen irgend eine Stelle finden, die ihn vor dem äußersten Elend bewahrt. Möglichst schnelle gütige Anerbietungen nimmt die Redaktion des Dziennik Poznański entgegen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 278 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Dezember 1905:

Betrifft Herrn S. v. Rozyccki.

Ilowo, den 3. Dezember.

Der Redaktion des Dziennik Poznański.

Hinsichtlich des Verkaufs der Güter Jakobowo und Zajonskowo erklärte Herr Celestin Knebel vor mir, er habe vor etwa 2 Jahren von Herrn Stanislaus v. Rozyccki den Auftrag erhalten, einen Käufer, aber nur einen Polen, zu besorgen, denn an einen Deutschen oder an die Ansiedelung bzw. Landbank würde er, Rozyccki, seine Güter um keinen Preis verkaufen.

Obige Erklärung ist Herr Knebel im Falle gerichtlicher Ermittlungen durch Eid zu bekräftigen bereit.

Mit Hochachtung

Propst Bloch.

Ferner schreibt man uns in dieser Angelegenheit: „In Sachen des Besitzers von Zajonskowo und Jakobowo, Herrn St. v. Rozyccki, betreffs des Verkaufs dieser Güter an die Ansiedlung teile ich nachfolgendes mit:

Infolge der Interpellation durch Propst Majka aus Samplawa hat Herr v. Rozyccki den Kaufmann Arthur Goldstandt herbeigerufen und an ihn in meiner Gegenwart die kategorische Frage gerichtet, ob er ihm jemals den Auftrag erteilt habe, seine Güter, und zwar speziell an die Ansiedelung, zu verkaufen.

Kaufmann A. Goldstandt erklärte, er habe von Herrn v. Rozyccki einen solchen Auftrag nie erhalten.

Als ich Herrn Goldstandt fragte, ob er selbst auf eigene Faust bei der Ansiedelung Schritte getan, und ob er sich darüber beklagt habe, daß er durch die Schuld des Herrn Rozyccki unnötigen Ausgaben ausgesetzt gewesen sei, gab er eine ausweichende Antwort.

Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß gerade seine Äußerung am meisten zu dem alarmierenden Gerücht beigetragen habe, antwortete er, Herrn v. R. treffe darin keine Schuld, da er ihm keinen Auftrag gegeben habe. Auf Grund dieses Gesprächs habe ich die Überzeugung gewonnen, daß Herr Goldstandt auf eigene Faust gehandelt hat. Wer übrigens Herrn Goldstandt kennt, der wird bestätigen, daß er sich durch sein Verhalten überhaupt und durch sein Reden weder Bedeutung noch Vertrauen erworben hat. Was den Auftrag anbetrifft, der Herrn Knebel in Gylau erteilt worden ist, so will Herr v. Rozyccki in kurzem gleichfalls eine unparteiische Aufklärung geben.

Mit der feierlichen Versicherung, daß er das Gut nie der Ansiedelung verkaufen werde, hat mich Herr v. Rozyccki ersucht, diese Aufklärung zu seiner Verteidigung öffentlich bekannt zu geben.

Löbau, den 4. Dezember 1905.

Dr. Rzepnikowski.

Aus Nr. 280 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 7. Dezember 1905:

Aus Gollub

wird uns mitgeteilt, daß wir bei den Stichwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der 3. Klasse leider unterlegen seien. Der Kampf wurde in hartnäckiger Weise geführt. Von den in den Listen eingetragenen polnischen Wählern erhielten die Herren Tylicki und Wierchowski 107, Herr St. Faustmann 108 Stimmen, während die 109. Stimme Herr St. J. in Anerkennung seiner 18 jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter, als Mitglied verschiedener Gemeindefunktionen usw. von einem Deutschen erhielt. Die Deutschen erhielten 112 bzw. 111 Stimmen. Diese Wahl bedeuten für uns eine schreckliche Schande, aber es scheint, als wenn es noch schlimmer kommen sollte. In der Stadtverordnetenversammlung werden jetzt 7 Juden, 4 Deutsche und nur 1 Pole, Herr Kurzenski, sitzen.

Aus Nr. 147 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 9. Dezember 1905:

Konarzyny, Kreis Berent,

im Dezember.

Den geehrten Landsleuten in Konarzyny und Umgegend teile ich höflichst mit, daß ich in meiner Wohnung eine Volksbibliothek habe, aus der Jedermann Bücher zum Lesen unentgeltlich leihen kann. Ich bitte also die Bibliothek im eigenen und im Interesse der Kinder so viel als möglich zu benutzen. In der Schule wird die polnische Sprache heute nicht gelehrt, weshalb wir selbst dafür sorgen müssen, daß wir sie nicht vergessen, und ebenfalls auch unsere Kinder nicht, denn in ihnen ruht die Zukunft unserer Nation. Bildung ist übrigens jedem nötig, denn das Lesen einiger Zeitungen genügt noch nicht. Wir wollen kein dummes Volk sein, wir wollen kein Aschenbrödel sein, sondern wir wollen ein aufgeklärtes Volk sein, das jeder ehren,

und mit dem jeder rechnen muß. Dann werden unsere Gegner uns achten müssen, dann werden sie nicht sagen können „dummer Pollack“. Sorgen wir also dafür, daß wir auch wirklich nicht „dumme Pollacken“ seien.

Jan Karloch,
Bibliothekar.

Aus Nr. 71 des Goniec Mazurski (Osterode)

vom 12. Dezember 1905:

Nach teilweiser Wiedergabe eines Artikels aus dem „Bayerischen Vaterland“, der sich mit der polnischen Frage befaßt, meint der Goniec Mazurski:

Soviel das „Bayerische Vaterland“. Die geschichtliche Nemesis meldet sich. Auch im russischen Volke rührt sich zurzeit das Gewissen. Nur Preußen in seiner Eierkann sich zur Sünde nicht bekennen. Doch gerade die ganze erbitterte Verfolgungspolitik, die uns gegenüber angewendet wird, ist der beste Beweis dafür, daß es sich davor fürchtet, daß das durch Preußen so sehr verfolgte Polen nicht einmal ausrufe: **Genug des Unrechts! Gib zurück, was Du schuldig bist!**

Aus Nr. 145 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)

vom 7. Dezember 1905:

Allenstein, den 6. Dezember 1905.

Aus der Stadt und Umgegend werden uns zahlreiche Übergriffe mitgeteilt, die bei der Volkszählung vorgekommen sind. Man wollte auf ausdrücklichen Wunsch nicht nur die Namensänderungen „ski“ und „ska“ berücksichtigen, sondern man unterstrich geradezu gegen den Wunsch der Familienväter anstatt des Wortes „polnisch“ die Worte „deutsch“ oder „masurisch.“ So schreibt uns ein Leser aus Salbit, daß trotz seines Protestes der Beamte in seiner Gegenwart das Wort „deutsch“ unterstrichen hätte. Ähnlich soll es in Allenstein zugegangen sein. In Pozorten (?) erklärte der Gutsinspektor, als ihn die Polen darauf aufmerksam machten, daß er „polnisch“ unterstreichen solle, weil sie Polen seien, daß er vom Herrn Landrat den Befehl erhalten hätte, das Wort „masurisch“ zu unterstreichen, denn die Polen wohnten in Polen, und hier wohnten Masuren. Solche und ähnliche Klagen haben wir mehr erhalten. Schade um die auf die in solcher Weise erfolgte Volkszählung angewendete Zeit, denn auf diese Weise wird niemand erfahren, wieviel Polen, wieviel Dänen u. es gibt. Doch die Deutschen scheinen sich vor den Polen schrecklich zu fürchten, und deshalb wollen sie sie wenigstens in geringerer Zahl angeben, als wirklich vorhanden sind. Was wäre denn das für eine Schande für die Herren Haktisten, wenn sie mit einem Male erführen, daß trotz der fortwährenden Millionen für die Ansiedelungskommission und trotz aller Germanisationsmittel die Polen anstatt auszusterben, sich zum Ärger ihrer „Busenfreunde“ wie Pilze nach dem Regen mehren! Um dieser Schande zu entgehen, und um der Regierung zu zeigen, daß die Germanisationsmittel tatsächlich geholfen haben, weil sich die Zahl der Polen verringert hat, ist man den Wünschen der Polen nicht nachgekommen, und man hat entgegen ihrem ausdrücklichen Wunsche die Worte „masurisch“ und „deutsch“ unterstrichen. Und das geschieht im Staate der „Freiheit und Kultur!“

Aus Nr. 69 des Goniec Mazurski (Osterode)

vom 7. Dezember 1905:

Das Gut Bronowo in unserem Kreise (**Allenstein**) hat ein Pole, Herr Rogowski aus Stargard, gekauft. Es ist das dritte Gut, das in kurzer Zeit in polnische Hände übergegangen ist. Wir bitten um Fortsetzung.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 283 des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 10. Dezember 1905:

Zaborze.

Es geht uns folgender Aufruf zu:

Brüder Arbeiter!

Wie euch bekannt ist und wie ihr in allen Blättern leset, wurden ganz arme Arbeiter aus Zaborze zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren verurteilt. Diese hohe Strafe traf sie, weil sie das preussische Gesetz aus Unkenntnis nicht befolgten. Die Verurteilten sind aber Leute, welche andere von der Trunksucht, vom Rauchen abhielten, und sich in nationalen Angelegenheiten gegenseitig aufklärten. Sie begingen keine ehrlose Tat, sie verübten kein Verbrechen, und die polnische Volksgesamtheit hat die Pflicht, die Familien dieser Verurteilten nicht zu vergessen. Manche der Verurteilten befinden sich schon im Gefängnisse und ihre Familien haben kein Stück Brot. Daher laßt uns nicht zugeben, daß sie zugrunde gehen, sondern eilen wir ihnen zu Hilfe, soweit jemand in der Lage ist, und Gott wird uns dafür belohnen. Das Komitee, welches sich aus den vier unterzeichneten Abstinenten zusammensetzt, bittet alle polnischen Blätter, das Ihrige dazu beizutragen zu wollen.

Das Komitee.

Silvester Galonzka. Johann Wiechula.

Josef Langer. Josef Gnot.

Beiträge können gesandt werden an die Adresse: Silvester Galonzka, Zaborze B, Serlostraße Nr. 104.

(Die Redaktion des Glos Slonski steuert zu diesem Zwecke 5 Mk. bei.)

Aus Nr. 273 des Górnosłazak (Rattowitz)

vom 5. Dezember 1905:

Zaborze.

Herr Galonska teilt uns mit, daß ihm die Arbeit gekündigt wurde, und zwar ohne Angabe des Grundes. Er arbeitete an der „Königin Luise-Grube 14^{1/2} Jahr hindurch, und jetzt wurde er ohne Angabe irgend eines Grundes auf das Pflaster geworfen. Es muß noch bemerkt werden, daß die Königin Luise-Grube eine fiskalische Grube ist und die fiskalischen Gruben sollten doch den Privatgruben als Muster und Beispiel dienen. Heute aber darf man sich über nichts wundern.

Aus Nr. 281 des Głos Slaski (Gleiwitz)
vom 7. Dezember 1905:

Zaborze.

In Anbetracht des Vorgehens der königlichen Grubenverwaltung in Zaborze sind wir gezwungen, folgendes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. In der Grube ist die Arbeit sehr gefährlich; wie es Jedermann bekannt ist, gibt der Bergarbeiter seine Gesundheit und sein Leben hin, um seine Familie zu ernähren und er muß sein Geld schwer verdienen, indem er dabei blutigen Schweiß vergießt. Damit müßten also die Vorgesetzten oder Arbeitgeber zufrieden sein und sich nicht in Angelegenheiten des Arbeiters außerhalb der Arbeit in der Grube einmischen, denn kein Arbeiter ist ein Sklave. Indes geschieht es anders. So wurde in diesen Tagen ein Arbeiter aus der Arbeit entlassen, weil er einem polnischen Mäßigkeitsverein angehörte, d. h. weil er ein ordentlicher Mensch war. Ein zweiter Bergmann wurde entlassen, weil er dem Beuthener Arbeiterverbande angehörte und seine Frau eine Agentur polnischer Zeitungen inne hatte, um bei der großen Fleischteuerung noch auf diese Weise ein wenig zur Linderung in der blutigen Arbeit ihrem Manne bei der Ernährung der Familie behilflich zu sein. Jener Arbeiter arbeitete ein Duzend und mehr Jahre im Innern der Erde, jeden Monat wurden ihm fünf Mark für die Knappschaftskasse abgezogen und heut ist er der Arbeit beraubt. Der Dritte, der als der musterghiltigste bei der Arbeit und im gesellschaftlichen Leben zum Vertrauensmann gewählt worden war, wurde aus der Arbeit ebenfalls entlassen.

Wozu heißt denn die Grube die Leute einen Vertrauensmann wählen, damit dann die Grubenverwaltung mit diesem Vertrauensmann verfährt wie mit einem Spielball. Ist das gerecht? Auf diese Weise werden die Herren keine Freunde gewinnen. Ein ordentlicher Mensch braucht wegen Arbeit nicht besorgt zu sein und er kann anderswo besser verdienen, als in einer königlichen Grube, und vielleicht hätte mancher die Arbeit gekündigt, wenn er nicht einen so ruhigen Charakter hätte. Und was wird geschehen, wenn wir, alle Arbeiter, in die Gruben im Königreich Polen gehen werden? Dann wird der Herr Bergrat selbst arbeiten, und uns wird es dort besser gehen, denn dort achtet man die Leute besser, bezahlt sie besser und das Fleisch ist dort fünfmal billiger als hier.

Wir bitten auch, daß dies im Reichstage von Herrn Korfanty zur Sprache gebracht würde, dem wir die ganze Angelegenheit von der Entlassung der Arbeiter, die mehrere Jahre Knappschaftsbeiträge leisteten, ausführlich beschreiben werden. Man muß noch erwähnen, daß manche Steiger das Volk „Korfantianer“ schimpfen; obgleich uns dies zur Ehre gereicht, so muß auch das einmal ein Ende nehmen.

(Einige Abschnitte der Korrespondenz mußten wir streichen, denn es könnte einen Prozeß geben. Im übrigen danken wir für die Zuschrift. Gruß die Red.)

Aus Nr. 276 des Głos Slaski (Gleiwitz)
vom 1. Dezember 1905:

Zaborze.

Dienstag veranstaltete der hiesige Frauen-Leseverein in seinem eigenen Lokale im Hause des Herrn Malezuch in Zaborze-Dorf ein bescheidenes Vergnügen. Es war dies eine geschlossene Gesellschaft, in welcher sich nur Mitglieder und geladene Gäste befanden. Als man sich aufs beste vergnügte, erschien der Polizeibeamte Mader und rief, ohne sich mit einer Legitimation

auszuweisen: Ich löse die Versammlung auf. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß dies keine Versammlung, sondern eine geschlossene Gesellschaft sei, und daß die Polizei kein Recht habe, in solchen Fällen einzuschreiten, am allerwenigsten aber Auflösungen vorzunehmen. Trotzdem wiederholte er ein zweites Mal: Ich löse die Versammlung auf. Es wurde ihm auch das gesagt, daß jedermann kommen und solche unrechtmäßige Befehle erteilen könnte. Herr Mader verlangte die Angabe der Namen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Natürlich wurden sie ihm nicht angegeben, und Herr Mader mußte unverrichteter Sache fortgehen. Es ist nicht bekannt, ob sich Herr Mader auf eigene Faust diese Schritte erlaubte, der sich durch keinen Gesetzesparagraphen rechtfertigen lasse, oder aber auf Anordnung einer höheren Behörde handelte. Es würde sich lohnen, dies festzustellen, und man darf hoffen, daß der Leseverein gegen Herrn Mader Beschwerde führen wird.

Was für schreckliche Zustände dies im Staat des Rechts und der Gerechtigkeit sind, wenn Polizeibeamte Privathäuser betreten, Teilnehmer und Gäste erschrecken und sie bei Vergnügungen stören, solche auflösen und nach Hause zurückkehren, wenn man darauf nicht hört.

Aus Nr. 146 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 12. Dezember 1905:

Betrifft die Volkszählung.

Niegowczyce bei Gleiwitz.

Ich bitte die geehrte Redaktion um Aufklärung in nachstehender Angelegenheit:

Wie überall, so fand auch bei uns die Volkszählung statt. In unserer Gemeinde vollzog sich dies am Sonnabend im Kretscham, wohin der Herr Schulze die Leute durch den Gemeindeboden rufen ließ. Dort also machten der Gemeindefschreiber mit dem Schulzen die Aufzeichnungen, wobei manche 2 Stunden warten und Zeit vergeuden mußten. Nach dieser Zählung wurde den Schreibern je 15 Mk. aus der Gemeindefkasse für die zweistündige Arbeit bezahlt. Und jetzt will auch der Gemeindebote eine Entschädigung haben, denn er mußte einmal mehr im Dorfe umhergehen.

Ich frage also, wer für die Zählung zahlt, der Staat oder die Gemeinde? Und weiter, wie viel gezahlt wird? Für eine so kleine Gemeinde, wie die unsrige ist, ist die Entschädigung zu hoch, denn dies macht für jeden Besitzer fast 1 Mk. aus.

Ein Bürger.

Antwort: Für die Volkszählung zahlt die Gemeinde; der Staat liefert nur unentgeltlich die Formulare, d. i. die Zählkarten. Bestimmte Geldsätze für das Zählen bestehen nicht; es ist notwendig und besser, wenn die Gemeindevertreter vor der Volkszählung die Entschädigung für den Zähler festsetzen, z. B. können 5 Mk. auf den Tag und für einen Zähler genügen, denn ungefähr soviel zahlten die Gemeinden im Industriebezirk. Es ist Brauch, daß der Zähler selbst von Haus zu Haus geht und die Menschen zählt. Jedenfalls läßt sich nicht mehr ändern, was geschehen ist; wir raten also, wegen der erwähnten 15 Mk. in der Gemeinde keine Konflikte und keine Zwistigkeiten hervorzurufen. Jedoch dürfte das nächste Mal die Sache in der Gemeindevertretung beizeiten geregelt und die Entschädigungssumme festgesetzt werden. Wir raten noch einmal, die Eintracht nicht zu stören und die vorerwähnte Angelegenheit zu vergessen. — Die Redaktion.

Aus Myslowitz.

Ich habe erfahren, daß bei der Volkszählung viele Leute die Zählkarten nicht in die Hand erhielten, um

das Wort „polnisch“ selbst unterstreichen zu können, d. h. anzugeben, daß ihre Muttersprache polnisch sei. Die mit der Volkszählung betrauten Lehrer schickten z. B. Schüler, daß sie aufschrieben, wie jemand heiße usw. Die Söhne der Hauswirte zählten ebenfalls die Mieter und deren Kinder, und zwar zählten sie sie natürlich als Deutsche, obgleich dem nicht so ist. Knaben zählten, die nicht wissen, was dies zu bedeuten hat. Wenig Leute wissen, ob sie zur polnischen Bevölkerung gerechnet wurden. In manchen Schulen sagten die Kinder, die Lehrer hätten sie geheißt, sich als Deutsche zu zählen. (Diese waren vielleicht nicht klug, denn wenn sie die Kinder als polnische gezählt hätten, so hätten sie die „Ostmarkenzulage“ erhalten. Die Regierung gibt eher solche etwas, welche mit polnischen Kindern Schwierigkeiten haben, denn Schwierigkeiten mit deutschen Kindern sieht niemand als außergewöhnlich an, daher gibt es dafür keine Belohnung. — Die Red.) Was für einen Wert eine solche Volkszählung hat, das wird sich jeder selbst sagen. Daher muß man schon heut gegen eine solche Volkszählung laut Einspruch erheben.

Aus Nr. 145 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 12. Dezember 1905:

Deutschtum bedeutet Freiheit.

Der polnische oberschlesische Verein in Ratibor beabsichtigte im Januar eine Theatervorstellung zu veranstalten. Der Wirt des Lokals „Tivoli“ war mit der Hergabe seines Lokals einverstanden, er bemerkte aber dabei, daß er zuerst zum Herrn Major gehen und ihn fragen werde, ob er sein Lokal einem polnischen Verein werde überlassen dürfen. Bekanntlich hat der Herr Major schon im verflossenen Jahre Herrn Lex dazu bewogen, einem polnischen Vereine sein Lokal zu verweigern. Der Wirt des Lokals „Tivoli“ richtete daher deswegen an den Major diese Anfrage, um gegebenenfalls ein Verbot des Lokals für die Soldaten zu verhindern. — Da bis heut der Vorstand des Vereins keine Antwort erhielt, so müssen wir daraus folgern, daß aus diesem Mehl kein Brot gebacken wird. Jeder Kommentar ist überflüssig.

Aus Nr. 147 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 14. Dezember 1905:

Ratibor.

In Sachen der beabsichtigten Theatervorstellung des polnisch-oberschlesischen Vereins, wovon wir schon in der letzten Nummer geschrieben haben, wird uns gegenwärtig mitgeteilt, daß der Wirt des Lokals „Tivoli“ Herr Josef Schindler seinen Saal dem Verein zur Verfügung stellt, was wir mit Freude hervorheben. Nähere Einzelheiten werden später bekannt gegeben werden.

Aus Nr. 144 des Katolik (Weuthen D.-S.)
vom 7. Dezember 1905:

Schoppinik.

Ein Blatt teilt mit, daß der Gendarmerie-Wachmeister Schubert, der s. Zt. während des Streiks den Vergarbeiter Stolorz erschoss, eine Ordensauszeichnung (das allgemeine Ehrenzeichen) und 500 Mark Be-

lohnung erhalten habe. Sobald er wieder hergestellt ist, soll er in eine andere Gegend versetzt werden.

Es muß die Bestätigung dieser Nachricht abgewartet werden. Wenn dem wirklich so wäre, wie die vorerwähnte Nachricht meldet, so ließe diese ganze Angelegenheit viel zu denken, und es würde sich sogar lohnen, deswegen beim Minister in Berlin anzufragen und Aufklärung zu verlangen. Uns erscheint nämlich diese Sache sehr unklar.

Aus Nr. 286 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 14. Dezember 1905:

Ruda.

Den hiesigen Bewohnern bringe ich in Erinnerung, daß ich vom April d. Js. ab eine unentgeltliche Volksbibliothek besitze, welche mir durch Vermittelung des Herrn Dr. Seyda von dem Volksbibliothekenverein in Posen übertragen worden ist. Ich habe 60 Bücher verschiedenen Inhalts und ich gebe sie an jeden, welcher die Bücher nicht beschädigt und nach dem Lesen abgibt oder eintauscht, gern und unentgeltlich ab. Ich muß hier bemerken, daß bei mir nicht gelesen wird, sondern daß jeder die Bücher nach Hause mitnimmt und dort liest. Nach dem Lesen gibt er das Buch wieder ab und erhält ein anderes. Bücher verleihe ich jeden Sonntag von 1—4 Uhr nachmittags.

Die aufgeklärteren Leser unserer polnischen Blätter ermahne ich, Aufklärung unter unseren unerfahrenen Landsleuten zu verbreiten, denn „wer Aufklärung verbreitet, glaubt an eine bessere Zukunft.“ Wir haben solche, die überhaupt keine oder deutsche „blaty“ lesen, durch die sie sich nicht nur nicht belehren, sondern, was noch schlimmer ist, den polnischen Geist vergiften und verschiedene Verleumdungen und Beschimpfungen über sich selbst lesen. Kein Pole soll fremde Blätter unterstützen, sondern nur die eigenen polnischen, auch soll er germanisatorische Bibliotheken nicht benützen, sondern nur unsere polnischen, denn wir haben ihrer genug. Nur durch Lektüre bildet sich und klärt sich ein ungelehrter Mensch auf, und erst wenn wir aufgeklärte Arbeiter sein werden, wird sich unser Los bessern. Erst dann können wir ausrufen: Unsere Gegner werden uns keinen Schaden tun.

Fr. Szczepanski, Bibliothekar.

(Ich bitte auch andere Blätter um Wiedergabe meiner Korrespondenz).

Auf Gottes Welt geht es verschieden zu. Der eine spricht so, der andere so, es ist also schwer, es allen recht zu machen. Es ist daher nichts sonderbares, daß auch die Absicht, im hiesigen Dorfe einen Sokolverein zu gründen, nicht von allen sehr freundlich aufgenommen wurde. So war sie z. B. dem Herrn Kuratus Dgan so sehr unangenehm, daß er sogar öffentlich von der Kanzel gegen die Sokols und gegen diejenigen aufgetreten ist, der hier einen Sokolverein gründen wollte. Ich bin keineswegs ein Gegner der Geistlichen und der Geistlichkeit, ich muß aber bemerken, daß ein solches öffentliches Vorgehen gegen Personen, die sich einer großen Sympathie bei den Parochianen erfreuen und gute Katholiken sind, den Geistlichen Achtung und Vertrauen in der Parochie nicht verschaffen wird. Bestehen doch schon auch in anderen Parochien Oberschlesiens, Posen, Galiziens und sogar schon im Königreich Sokolvereine, und die Geistlichkeit sieht in ihnen nichts Böses, noch geht sie gegen sie vor, im Gegenteil sie empfiehlt sie manchmal sogar. Warum tritt denn da der Herr Kuratus Dgan gegen die Sokols auf? Sokolturner.

Aus Nr. 280 des Dziennik Slaski (Beuthen D.-S.)
vom 5. Dezember 1905:

Tarnowitz.

Ich mache bekannt, daß es in unserer Stadt nicht einen einzigen katholischen Kaufmann für Leinwand, Modewaren usw. giebt. Alles muß man bei Andersgläubigen kaufen. Hier ist ein reger Verkehr, denn viele Dörfer gehören zur Stadt. Ein katholischer Kaufmann hätte hier also ein gutes Fortkommen.
Ein Volksgenosse.

Aus Nr. 95 des Polak (Rattowitz)
vom 5. Dezember 1905:

Die Arbeiterversammlung in Lipine,

welche vom Verbande gegenseitiger Hilfe einberufen wurde, verlief großartig trotz der Schwierigkeiten, welche der Vertreter der Lipiner Polizei, Herr Helwig, bereitete. Fürwahr ein solches Vorgehen eines Polizisten sahen wir noch nie. Zuerst hieß er etwa 100 Leute den Saal verlassen, weil dieser überfüllt war, dann hieß er noch einmal 100 Leute hinausgehen, dann wiederum 50, und schließlich ließ er die Galerien räumen, weil kein Licht vorhanden war, dann genügte ihm wieder die elektrische Beleuchtung nicht und verlangte, daß die Anwesenden gezählt würden, unterbrach die Verhandlungen, mit einem Worte, es machte den Eindruck, daß der Polizist seinen ganzen Verstand anstrengte, um die Versammlung nicht zu stande kommen zu lassen. Er erklärte, er werde die Versammlung auflösen, nichtsdestoweniger aber erlaubte er, die Versammlung noch einmal zu eröffnen und zu verhandeln. Mit einem solchen Vorgehen sorgt der Polizist für Ruhe und Ordnung in den Versammlungen!

Die Versammlung leitete der Abgeordnete Korfanty. Es sprachen Herr Wieczorek, der Abgeordnete Korfanty, Herr Piechulek, Herr Rozanowicz und Herr Seget, der Lokaltassierer des Verbandes. Gegen Schluß der Versammlung wurde eine Resolution gegen die Fleischsteuerung angenommen, und Herr Korfanty schloß die Versammlung mit dem christlichen Grusse.

Zufrieden, daß in Lipine nach vielen Jahren eine Arbeiterversammlung trotz der seitens der Polizei bereiteten Schwierigkeiten stattfand, zerstreuten sich die Versammelten und begaben sich ruhig nach Hause.

Aus Nr. 93 des Polak (Rattowitz)
vom 30. November 1905:
Deutsche Spiele.

Nikolai.

Ich möchte auf eine wichtige Sache, d. i. auf die Einweihung des hiesigen Klosters der Barmherzigen Schwestern, aufmerksam machen. Die feierliche Handlung begann Donnerstag, den 16. November und dauerte bis zum Sonntag, den 18. November. Donnerstags vormittag vollzog um 9 Uhr der hiesige Herr Pfarrer Dworski die Einweihung, abends wurde eine Theatervorstellung für die deutschen Parochianen veranstaltet. Der Polen vergaß man auch nicht, denn am Sonnabend wurde das gleiche Theaterstück für die polnischen Wirte gespielt. Sonntag lud ein hiesiger Kaplan uns Jünglinge und Mädchen aus der marianischen Kongregation zu diesem deutschen Theater ein. Das Volk ging in Scharen zu diesem deutschen Spiel, und man kann nur bedauern, daß das Volk noch so verblendet und unwissend ist.

Das Kloster der Barmherzigen Schwestern wurde für schwer verdientes Geld des polnischen Volkes erbaut und unsere Wirte scheuten sogar keine Zeit und Mühe, und sie fuhren die zum Bau notwendigen Materialien unentgeltlich an. Diese Arbeit und Mühe vergalt man uns so, daß ein deutsches Theater eingeführt wurde.

Man kann sich über die hiesigen Wirte nicht wundern, wenn sie die Theatervorstellung besuchten, denn sie sind alt und unaufgeklärt, und für sie ist es gleichgültig, ob sie deutschen oder polnischen Spielen zusahen, man muß sich aber wundern, daß die Jugend zu diesen Spielen gegangen ist. Wurden uns doch bei der Stiftung der marianischen Kongregation für Jünglinge, die im August d. Js. stattfand, durch den Mund des geistlichen Direktors versprochen, daß für uns polnische Vergnügungen veranstaltet werden sollen. Und nur unter dieser Bedingung traten der Kongregation 200 Mitglieder bei.

Liebe Jünglinge und Jungfrauen! Wir wenden uns an euch, haltet euch von deutschen Spielen und Theatervorstellungen fern, achtet eure Nationalität und eure Muttersprache. Gedenket jener Worte, welche lauten: „Achte die Muttersprache, das ist ein Gebot Gottes, und eine Pflicht des Menschen.“ Brüder, haltet an dieser Losung fest und achtet eure Muttersprache.
Mehrere Jünglinge.

Aus Nr. 282 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 8. Dezember 1905:

Der Vorstand des Frauenlesevereins

bittet uns, seinen Mitgliedern folgendes mitzuteilen:

In den Sonntagsversammlungen des Frauenlesevereins sollen sich diejenigen Damen melden, deren Kinder zur Weihnachtsbescherung deklamieren werden. Für diese Kinder werden nämlich verschiedene Überraschungen vorbereitet. Der Vorstand muß schon im voraus die Zahl und das Alter der Kinder kennen; spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt werden.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 282 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 10. Dezember 1905:

Die ökonomisch-rechtliche Sektion der „Straz“ in Berlin.

Alle Ratschläge in Rentensachen, in Streitfällen mit den öffentlichen Behörden (das Einschreiben der Vor- und Familiennamen in die standesamtlichen Register usw.) erteilt Herr Dr. Kasimir Bajonski. Es wird gebeten, sich in solchen Angelegenheiten an diesen Herrn schriftlich zu wenden. Seine Adresse lautet: Dr. K. Bajonski, Gitschinerstraße 1, II.

Franz Krysiak,
Vertrauensmann der „Straz“ für Berlin
und Brandenburg.

Aus Nr. 278 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 5. Dezember 1905:

Ein neues polnisches Blatt

erscheint unter dem Titel „Brema“ in Bremen. In der Probenummer dieses Blattes lesen wir die nachstehenden, das Leben der dortigen Polen betreffenden Einzelheiten:

„Im gesamten Bremer Staatsgebiete, welches 234 510 Einwohner hat, leben etwa 15 000 bis 20 000 Polen. Die höhere Intelligenz ist selbst mit dem Lichte in Bremen nicht zu finden. Stellenweise kann man zwar auf den Firmenschildern der wohlhabenderen Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte und industriellen Personen polnische Namen sehen, selbst adelige; aber diese vereinzelt Personen rechnen sich nicht mehr zu den Polen, denn sie haben sich vollständig germanisiert. Das gesamte Polentum setzt sich hier vorwiegend aus der arbeitenden Bevölkerung, aus einigen kleineren Bürgern und mittleren Kaufleuten zusammen.

In Bremen gibt es drei katholische Kirchen: zwei deutsche und ein Kirchlein für die überseeischen Auswanderer. Propst dieser letzten Kirche ist der Geistliche Prachar, welcher stets bereit ist, den katholisch-slavischen Auswanderern zu dienen. Aus Anlaß des Mangels eines ständigen polnischen Geistlichen in der zahlreich von Polen bewohnten Pfarodie kommen häufig polnische Missionare hier her, um unsere geistlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Bremer Regierung geht mit den Polen ziemlich mild um. Seiner Zeit erhielten sie sogar die Erlaubnis zur Gründung einer polnischen Elementarschule in Bremen, mit der Beschränkung, 25 Kinder aufzunehmen; es ist nur schade, daß man von dieser Erlaubnis bis jetzt keinen Gebrauch gemacht hat. Und doch ist es hohe, ja die höchste Zeit dazu, denn diejenigen Familien, welche den hiesigen polnischen Vereinen nicht angehören, kümmern sich wenig um die Erziehung ihrer Kinder in der Muttersprache. Diese können nicht nur nicht polnisch lesen und schreiben, sondern auch nicht einmal polnisch sprechen können sie.

Der Verdienst in den Fabriken ist gering; besonders die Arbeiterinnen verdienen wenig, täglich 1,80 Mark und 2 Mark, höchstens aber 2,50 Mark. Dagegen aber klagen z. B. die Handwerker, wie die Maurer, deren Gehilfen und die Hafenarbeiter, nicht. Nur die Wohnungen sind hier ungeheuer teuer, ebenso die Lebensmittel; Fleisch ist überhaupt nicht zu erkaufen.

Zum Schlusse gibt das Blatt den überseeischen Auswanderern folgende Ratsschläge:

„Weil wir beschlossen haben, uns auch mit der Angelegenheit der polnischen und der slavischen überseeischen Auswanderer überhaupt zu befassen, welche sich über Bremen nach Amerika begeben, erachten wir es als notwendig, die Auswanderer über die ständigen Anordnungen der amerikanischen Regierung aufzuklären, welche den Einlaß der Emigranten nach Amerika betreffen.

Freien Einlaß finden nur vollständig gesunde Personen, welche Liebe zur Arbeit zeigen, gut gekleidet sind und mindestens 50 Mark bares Geld besitzen. Personen, die älter sind als 50 Jahre, werden ohne besondere Erlaubnis der Regierung in Amerika nicht aufgenommen.

Augenranke, mit Flechten und Krätze behaftete Personen, solche, die ein blindes Auge haben, Lahme, Buckelige und andere Krüppel werden ebenfalls nicht aufgenommen.

Außerdem soll binnen kurzem eine neue Verfügung erlassen werden, nach welcher jeder Emigrant des Lesens und Schreibens in seiner Muttersprache kundig sein soll.“

Obige Vorschriften haben den Zweck, einen größeren Zudrang von Europäern nach den Vereinigten Staaten zurückzuhalten.

Aus Nr. 277 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 3. Dezember 1905:

Wie uns die Deutschen lieben.

Im Glos Narodu lesen wir: Seit der Zeit des Königs Kasimir des Großen besteht in Krakau ein Augustinerkloster, in welchem polnische Mönche wohnten, seit ewigen Zeiten für unser Volk beteten und für dasselbe eifrig arbeiteten. In den letzten Zeiten gab es hier sehr wenig polnische Geistliche, deshalb wurde der hiesige polnische Konvent einer deutschen Provinz angegliedert. Zur Vervollständigung des Unglücks sandte man hier 6 Deutsche aus Bayern her. Zum Vorsteher wurde der Pfarrer Schubert, ein Deutscher, ernannt. Die Fremdlinge begannen sofort, die deutsche Wirtschaft einzuführen. Im ganzen Kloster hört man die schwäbische Sprache, und sie denken gar nicht daran, wenigstens die polnische Umgangssprache zu lernen.

Ja noch schlimmer ist es, denn ein gewisser Deutscher erlaubte sich zu sagen: „Die verfluchte polnische Sprache.“ Die Aleriker müssen deutsche Vorlesungen hören, anstatt, wie das früher üblich war, lateinische. Ferner bemühen sie sich, den polnischen Gesang aus der Kirche auszumerzen und ordnen an, die Evangelien usw. in der römischen Melodie zu singen, nicht wie das früher geschah, in der polnischen ...

Aus Nr. 282 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 8. Dezember 1905:

Vor Weihnachten!

In jedem Jahr vor Weihnachten erinnern wir die Landsleute an die Losung: Jeder zu dem Seinen! Wir hoffen, daß unsere geehrten Leserinnen und Leser diese Losung gerne befolgen und alles bei den Thüren kaufen werden, was sie nur bekommen können. Das ist heute die Pflicht einer jeden Polin, eines jeden Polen. Insbesondere unsere schätzbaren Polinnen können hierbei viel tun, denn hauptsächlich sie befassen sich mit allerlei Einkäufen, also auch mit den Weihnachtseinkäufen. Fast überall kann man heute schon alles beim Landsmann erhalten, und wenn wir die Losung „Jeder zu dem Seinen“ alle befolgen, dann werden sich der polnische Handel und die polnische Industrie immer gedeichtlicher entwickeln zum Vorteile für die allgemeine nationale Sache.

Denken wir daran, daß sich eine Nation aus Einzelnen zusammensetzt; je besser es daher jedem einzelnen polnischen Arbeiter und Handwerker ergeht, desto kräftiger wird in materieller Hinsicht die Gesamtheit sein. Wir müssen den sündhaften Neid beiseite lassen. Warum sollten wir denn den Verdienst nicht einem Landsmanne wünschen, wenn wir ihn dem Fremden wünschen, der unser Feind ist? Wir sollten es doch verstehen, daß wir, so verfahren, uns selbst schädigen, unser eigenes Volk.

Wir würden uns sehr freuen, wenn unsere Worte den erwünschten Erfolg hätten, worum wir die geehrten Landsleute im Namen des allgemeinen Wohles innigst bitten.

O, möchten doch unsere Kaufleute und Handwerker nicht traurigen Herzens jetzt vor Weihnachten darauf sehen, wie fremde Geschäfte mit polnischen Leuten gefüllt sind, während ihre Geschäfte leer bleiben. O, möchte es doch nicht so sein; verwandeln wir diese schöne Losung „Jeder zu dem Seinen“ in die Tat!

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 280 der Nowa Reforma (Kraakau)

vom 8. Dezember 1905:

Posen, den 6. Dezember.

Die Thronrede. — Keine Ankündigung antipolnischer Gesetze. — Ein Appell an die deutschen Gutsbesitzer. — Die Hinterlist der deutschen Behörden. — Brave Bauern. — Niederlage bei den Stadtverordnetenwahlen. — Die deutschen Katecheten und die Kirchenbehörde.

Gestern wurde in Berlin der preussische Landtag eröffnet. Die Hoffnungen der Junker, Kaiser Wilhelm werde in dem weissen Saale des Berliner Schlosses selbst zu ihnen sprechen, gingen nicht in Erfüllung. „Der Herr und Gebieter“ blieb unsichtbar, und die Thronrede verlas in seinem Namen Fürst v. Bülow. Eine noch viel schmerzlichere Enttäuschung erfuhr die große Phalanx der Hakatisten. Sie rechnete darauf, daß die Regierung wenigstens einen Teil der vielen antipolnischen Projekte, welche sie ihr in letzter Zeit so fleißig unterjoch, berücksichtigen werde, sie gab sich auch der Hoffnung hin, aus dem Staatschatz würden neue Millionen zur Unterstützung des „armen bedrängten Deutschthums“ in den polnischen Landesteilen fließen. Indes kündigt diesmal die Thronrede zum ersten mal seit einer ganzen Reihe von Jahren keine antipolnischen Gesetze an, erwähnt auch nicht, daß die Mittel zur Bekämpfung der polnischen Bevölkerung wieder aufgeschüttet werden würden. „Was ist geschehen?“ — fragt staunend der Hakatismus. Sogar die halbamtlichen Blätter haben ja verkündet, die Regierung werde neue hunderte von Millionen für die Ansiedelungskommission bewilligen, eine neue Gesetzesvorlage vorbereiten, nach welcher die polnische Sprache aus den Vereinen und Versammlungen beseitigt werden solle. Will die Regierung vielleicht das weitere Vorgehen in der antipolnischen Aktion aufgeben?

Völlig übergegangen wurde in der Thronrede die polnische Frage zwar nicht. In ihrem Schlusssatz erwähnt sie der in letzter Zeit vorgekommenen zahlreichen Fälle des Übergangs von Grund und Boden in polnische Hände und wendet sich an die deutschen Gutsbesitzer in den Ostmarken mit der Warnung, den deutschen Besitzstand in Zukunft nicht in der Weise kürzen zu wollen. Es ist dies wohl der erste Fall in der Geschichte der Verfassungsstaaten, daß ein konstitutioneller Monarch gelegentlich eines so wichtigen Aktes, wie es die Thronrede ist, einen Teil der Staatsbürger auffordert, nicht an den anderen Teil, welcher in jeder Hinsicht die gleichen Staatslasten, wie jener zu tragen hat, Grund und Boden zu verkaufen. Dies ist eine speziell preussische Regierungsethik, über welche dereinst die Geschichte ihr treffendes Urteil fällen wird. Es kann jedoch von vornherein angenommen werden, daß dieser Appell des Monarchen keine gute Aufnahme bei den deutschen Gutsbesitzern finden wird. Sie würden mit einer derartigen Einschränkung des Veräußerungsrechts über ihr Eigentum sich einverstanden erklären, wenn die Regierung gleichzeitig neue Millionen

zum Ankauf, vielmehr zum Überzahlen der deutschen Güter angewiesen hätte. Da aber die Millionen nicht bewilligt worden sind, werden sie sich vielleicht sogar darüber empören, daß die Regierung und der Herrscher ihnen derartige Fesseln auferlegen. Die Polen bezahlten ja jetzt den Grund und Boden gut!

Auch in den polnischen Kreisen rief der Mangel an neuen antipolnischen Donnerworten in der Thronrede allgemeines Staunen hervor. Auch wir fragen, was geschehen sei? Es ist zwar schon vorgekommen, daß derartige Schläge später, ohne vorherige Ankündigung in der Thronrede, gekommen sind, und deshalb sind unsere Befürchtungen keineswegs geschwunden. Man vermutet jedoch schon, daß diese Zurückhaltung der Regierung gewissermaßen die Folge der in Rußland und in Polen herrschenden Zustände sei, daß in einem Augenblick, in welchem dort den Polen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft lacht, es in Berlin nicht für angebracht erachtet worden sei, den Polen im preussischen Anteil neue Fesseln aufzuerlegen. Vielleicht enthalten diese Vermutungen übertriebenen Optimismus, eine gewisse Wahrscheinlichkeit kann ihnen jedoch nicht abgesprochen werden.

In welcher geradezu unwürdigen Weise die mittleren und niederen preussischen Behörden sich bemühen, den Polen ihren Grund und Boden zu entreißen, dafür kann ich heute einen neuen Beweis anführen. Wo nur immer die deutschen oder die polnischen Bauern die Regierungshilfe brauchen, dort legen ihnen sofort die Landräte Urkunden zur Unterschrift vor, daß sie ohne Wissen und Genehmigung der Regierung ihre Wirtschaften nicht veräußern würden. Diese Forderung hat folgenden Zweck: wenn ein Bauer, welcher ein derartiges Dokument unterschrieben hat, später die Absicht hat, seinen Grund und Boden zu verkaufen, so muß er hiervon der Polizeibehörde Mitteilung machen; diese aber bringt sofort die Ansiedelungskommission als Erwerberin zur Stelle und verhindert auf diese Weise den Übergang des Grundes und Bodens in polnische Hände. Zum Glück sind unsere Bauern in nationaler und politischer Hinsicht zu aufgeklärt, als daß sie eine derartige Felle nicht erkennen sollten. Unlängst wollten acht polnische Bauern in Buchwald, in Westpreußen, welchen ein derartiger Vorschlag für die Bewilligung einer Entschädigung für erlittenen Hagelschaden gemacht wurde, lieber auf die Unterstützung verzichten, als sich dieser Bedingung unterwerfen. Ehre sei den braven Verteidigern des polnischen Grundes und Bodens.

Sehr ungünstig war das Ergebnis der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in der Provinz Posen. Fast überall wurden unsere Kandidaten von den Deutschen besiegt. Diese Tatsache beweist jedoch keineswegs, daß die Zahl der polnischen Bevölkerung in den Städten abnimmt. Der Grund davon ist ganz anderswo zu suchen. Zunächst ist es das Dreiklassen-Wahlssystem, welches schon Bismarck seiner Zeit als das elendeste aller europäischen Systeme bezeichnete, welches aber die preussische Regierung trotzdem bis auf den heutigen Tag beibehielt, weil es für sie sehr bequem ist. Dieses System giebt den Klassen, welche mehr Steuern zahlen, einen ungeheuren Vorzug. Da gegenwärtig alle gut besoldeten Ämter und alle höheren von der Regierung abhängigen Stellungen von Deutschen besetzt sind, so ist es nicht zu verwundern, daß sie bei diesem Wahlssystem die Oberhand haben. Der zweite Grund ist der allgemeine und offene Übertritt unserer meist sehr wohlhabenden jüdischen Mitbürger zu dem Hakatismus. Noch vor kurzem hielten sie die Mittelstraße, seitdem aber der Hakatismus die Regierungssanktion erhalten, schlossen sie sich diesem an. Es werden noch Jahre vergehen, bis die polnische

Bevölkerung zu dem Wohlstande gelangt sein wird, daß sie aus eigener Kraft einen Einfluß auf die kommunalen Angelegenheiten erlangen könnte. Dies ist jedoch schließlich für uns von keiner größeren Bedeutung. Die Selbstverwaltung in den Städten ist bei uns eine äußerst beschränkte, und irgend ein für die Polen vorteilhafter Beschluß würde schon aus dem Grunde nicht ins Leben treten können, weil ihm die Bestätigung seitens der Regierung versagt werden würde.

Für die deutschen Kandidaten stimmten diesmal auch einige katholische Religionslehrer an den Gymnasien. Um nicht unsere polnische Geistlichkeit zu verdächtigen, muß ich hier bemerken, daß es Religionslehrer deutscher Nationalität waren, denn die polnischen Geistlichen läßt die Regierung zu diesen Stellungen nicht zu. Gestützt jedoch auf die Hilfe der Regierung, nehmen sich diese deutschen Katecheten zu viel heraus und fordern geradezu die polnische Bevölkerung, namentlich die polnische Jugend, heraus. In Wöngrowitz kam es aus dieser Veranlassung zu einer wahren Empörung der polnischen Gymnasiasten gegen den dortigen Religionslehrer, den Geistlichen Wiemer. Zu den vielen Drangsalen unserer Gymnasialjugend ist dieses neue noch hinzugekommen.

Die Schuld hieran trägt ausschließlich unsere Kirchenbehörde, deren Verhalten ein äußerst schwankendes ist. Einmal tritt sie für die polnische Bevölkerung ein, ein andermal wieder gibt sie der Regierung nach. Gegenwärtig rief sie wieder eine große Entrüstung hervor, indem sie gegen ein Volksblatt deshalb Stellung nahm, weil dieses es gewagt hatte, die Wirtschaft der deutschen Domherren in unseren Konsistorien zu kritisieren. Die scharfe Abfertigung jedoch, welche ihr deshalb fast von der gesamten Volkspresse zuteil wurde, hat sie wahrscheinlich darüber belehrt, daß die Zeiten, in welchen eine Kritik der geistlichen Behörden vermieden wurde, auch bei uns für ewig vorüber sind.

Aus Nr. 569 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 9. Dezember:

Wolken über Deutschland.

Lemberg, den 10. Dezember 1905.

„Und ich schuf ihn mir zu meinem Ebenbilde“ — so kann heute dreist Kaiser Wilhelm von seinem Kanzler, dem Fürsten von Bülow sagen, dessen vorgestrige große Rede im Reichstage die treueste, nur etwas tiefer ausgeschnittene Nachbildung der kaiserlichen Thronrede war. Seinen Herrn nachahmend, nahm, ähnlich wie dieser, auch von Bülow eine geheimnisvolle Miene an, seine Westentasche festhaltend, als ob sich in ihr Donnerschläge befänden, mit welchen er alles, was Deutschland im Wege steht, vernichten könnte. Um größeres Aufsehen hervorzurufen, spielte von Bülow die Rolle eines „ernsten“ Redners, er versagte es sich, mit Wizen und Zitaten umherzuwerfen, was er doch gern zu tun pflegt, ja, er ließ sogar den alten Bismarck ruhig im Grabe schlafen, ohne dessen Zitierung auch nicht eine deutsche Reichstagsrede sich begehen kann, und bemühte sich lediglich, in jedem Zoll das Echo seines Herrn und Gebieters zu sein.

Und eben diese sklavische, jeder Selbstständigkeit bare Nachahmung des Kaisers weist darauf hin, daß der Kanzler des Deutschen Reiches tatsächlich die Lage als eine derartig ernste erachtet, daß er nicht den Mut besitzt, selbständig aufzutreten und, die sittliche Verantwortung nicht auf seine Schultern nehmen wollend, sich mit dem Rücken des Kaisers deckt.

Bei den Staatsberatungen sprach von Bülow über innere Angelegenheiten und die Reform der Staats-

finanzen. Interessant war das Zugeständnis des Reichskanzlers, daß wohl niemand im Deutschen Reiche erwartet habe, daß während seines 35 jährigen Bestehens, also seit dem Jahre 1870, es drei und eine halbe Milliarde Schulden machen werde. Er tröstete jedoch die Abgeordneten damit, daß andere Staaten die gleichen Schulden hätten. Schließlich hatte er seine Rede beendet und setzte sich, ernst, als ob er irgend ein nicht ausgesprochenes Geheimnis in sich unterdrückte, ohne auch nur mit einem Worte die auswärtige Politik Deutschlands zu berühren. Es war dies etwas Außerordentliches und der im Reichstage üblichen Sitte Zuwiderlaufendes: eine Sensation!

Das Rätsel klärte sich bald auf, es zeigte sich nämlich, daß dem Nachahmer Wilhelms nur daran gelegen war, einen größeren Effekt hervorzurufen. Es erhob sich denn auch der Zentrumsabgeordnete Fritz und brachte die wahrscheinlich bestellte Interpellation in Sachen der auswärtigen Politik Deutschlands ein. Er fragte namentlich nach dem marokkanischen Konflikt mit Frankreich und nach den Beziehungen Deutschlands zu England und Japan. Bülow erhob sich und fing an zu sprechen. Ganz Deutschland und ganz Europa hörte ihm zu.

Der Gedankendolmetsch Kaiser Wilhelms fing, nachdem er die richtige Haltung eingenommen, die Worte langsam, mit Überlegung an hervorstoszen, einzelne Perioden leicht schattierend, andere Sätze scharf betonend. Den Inhalt seiner einstündigen Rede bildete vor allen Dingen das offene Bekenntnis, daß der einzige Staat, welcher die deutschen Pläne kreuze, England sei. Die öffentliche Meinung in England sei deutsch-feindlich, die dort aber leidenschaftlich geführte Agitation könnte sich den bis jetzt friedlichen deutsch-englischen Beziehungen in fataler Weise unangenehm fühlbar machen. Und eben diese deutsch-englischen Gegensätze, welche auf den Verlauf der ganzen Weltpolitik Einfluß ausübten, könnten bei jeder neu entstehenden Frage, wo es auch immer sei, eine große Gefahr hervorrufen.

Die englisch-französische Verständigung sei für Deutschland viel gefährlicher, als das französisch-russische Bündnis. Die gefährliche auswärtige Lage Deutschlands sei bis jetzt nicht beseitigt worden und es seien neue Verwickelungen zu befürchten.

Dies war der Inhalt der Rede Bülows, welcher durch seine Bemerkungen über das Verhältnis zu England die Thronrede, in welcher der Kaiser auch nicht mit einem Worte Englands erwähnte, vervollständigte.

Unter den Deutschen rief die Rede eine Entmutigung hervor, denn das Gespenst des Krieges gegen England trat jetzt vollständig offen in die Erscheinung. Die halbamtlichen und chauvinistischen deutschen Blätter wiederholen zwar, indem sie den patriotischen Nerv anschlagen, die Worte Bülows und reden der Bevölkerung ein, daß die Deutschen sogar ohne einen Bundesgenossen sich ihrer Haut zu wehren verständen, aber niemand in Deutschland glaubt an die Richtigkeit und Erfüllbarkeit dieser Hoffnung, der deutsche Michel dagegen, sich hinter den Thron tragend, sehnt sich nach den Zeiten, in welchen sein Vaterland noch keine Weltmärtschälle hervorbrachte und noch keine Weltpolitik betrieb und die preußischen Könige die Zukunft ihres Staates nicht auf dem Wasser erblickten. —

Aus Nr. 566 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 6. Dezember 1905:

Ein neuer polnischer Abgeordneter aus Oberschlesien.

Im Jahre 1903 wurde, gleichzeitig mit Korfanty, der Anhänger der Grundsätze des Katholik, p. Krolit zum Abgeordneten in Oberschlesien gewählt. Er schloß sich der Zentrumsparthei an, doch fühlte er sich dort nicht wohl. Die glänzende Wiederwahl Korfantis blieb sowohl auf die „Katholik“-Partei, als auch auf ihren Kandidaten nicht ohne Einfluß, denn er trat jetzt aus der Zentrumsparthei aus und beabsichtigt, dem Willen der Wähler und seiner eigenen Überzeugung folgend, in die polnische Fraktion einzutreten. Für die letztere ist das eine richtige Akquisition, denn infolge der Brejski'schen Wahlniederlage zählt sie nur 14 Mitglieder, kann daher keine selbständigen Anträge stellen, wozu 15 Unterschriften erforderlich sind.

Viel wichtiger ist die sittliche Bedeutung des Krolit'schen Schrittes. Sein Austritt aus dem Zentrum und Eintritt in die polnische Fraktion ist ein Triumph der Nationalbewegung in Oberschlesien. —

Aus Nr. 570 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 12. Dezember 1905:

Reorganisation der Schulen in dem Königreich Polen.

Der Warschauer Berichterstatter der Nowa Reforma schreibt unter dem 7. d. Mts. folgendes:

Inbezug auf das Schulwesen in dem Königreich Polen wurden von dem Ministerium weitreichende Entschlüsse zur Reorganisation in national-polnischem Geiste beschossen. Der Plan erstreckt sich auf die Polonisierung des ganzen Schulwesens, von den Elementarschulen an bis einschließlich der Universitäten. Zu diesem Zwecke wird für das Königreich Polen, mit dem Sitz in Warschau, ein Landes-Schul-Kollegium unter dem Vorsitz eines wissenschaftlichen Bezirks-Kurators ins Leben gerufen werden, für welche Stelle als Kandidat Cholewinski, ein Zögling der Hauptschule und ein Kenner des Zivilrechtes, eine bedeutende Autorität, in Aussicht genommen worden ist.

In allernächster Zeit, denn schon in einigen Tagen, sollen diese Beschlüsse, trotz des Streiks, zugleich mit der Ernennung Cholewinskis veröffentlicht werden. Letzterer wird unverzüglich die Reorganisation des polnischen Schulwesens in Angriff nehmen.

In Warschau bleiben nur vier mittlere Schulanstalten zur Benutzung für die Russen, zwei männliche und zwei weibliche Gymnasien. In den Gouvernementsstädten werden ausschließlich polnische Schulen vorhanden sein. —

Aus Nr. 532 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 15. November 1905:

Die gestrige Kundgebung.

Vor dem preußischen Konsulate ist gestern das Blut der polnischen akademischen Jugend geflossen und nicht preußische Schergen, sondern die Lemberger Polizei, das gefügige Werkzeug in der Hand der polnischen Landesregierung, hat es vergossen.

Die akademische Jugend hat in der ihr nur allein zugänglichen Weise ihre Gefühle, von welchen zweifellos unsere ganze Gesellschaft durchdrungen ist, zum Ausdruck gebracht, Gefühle der Entrüstung gegen

den uns feindlich gesinnten Staat, welcher, nachdem er den Kampf auf Tod und Leben dem polnischen Elemente innerhalb der eigenen Grenzen erklärt, gegenwärtig durch seinen Einfluß die Bestrebungen, das Verhältnis des Staates zu den Polen in Rußland auf Gerechtigkeit zu stützen, zunichte machte.

In diesem Augenblick empfanden wir es deutlicher denn je, daß unsere ganze Nation in Preußen einen Todfeind besitzt, welcher auf unsere Untergang allein lauert. Die preußische Politik bemüht sich, nicht nur nicht zuzulassen, daß die russisch-polnischen Verhältnisse geregelt werden, sondern ihr Bestreben geht auch dahin, die russische Freiheitsbewegung zu unterdrücken und auf andere Bahnen zu leiten, die Folgen des gesetzgeberischen Aktes, welcher allen Bürgern Rußlands konstitutionelle Freiheiten verleiht, zunichte zu machen. Daß die reaktionären Erscheinungen in Rußland, welche in dem herausfordernden und rohen Schreiben der russischen Regierung und in der Sinnesänderung der russischen Regierungskreise den Polen gegenüber letzthin grell zum Ausdruck kamen, den Einflüsterungen und vielleicht den Drohungen der preußischen Regierung ihren Ursprung verdanken, das war gleich nicht nur der öffentlichen Meinung von ganz Polen, sondern auch der des ganzen zivilisierten Europas einleuchtend.

Daß angesichts eines für unsere Nation und für die Freiheitsbewegung in Rußland so harten, von preußischer Hand bereiteten Schlags unter der Jugend eine elementare Bewegung entstand, welche in dem Wunsche zum Ausdruck kam, ihren Gefühlen vor dem preußischen Konsulate freien Lauf zu lassen, kann wohl niemanden wundernehmen. Wir wundern uns auch natürlich nicht darüber, daß die Polizei die Manifestanten nicht vor das Konsulat lassen wollte. Entschieden aber muß die Bereitwilligkeit unserer Sicherheitsbehörden zum Blutvergießen, welche sie gestern an den Tag gelegt haben, verurteilt werden. Eine solche Eile hat die Lemberger Polizei noch niemals, bei keiner Demonstration, deren unsere Stadt bereits so viele gesehen, bewiesen. Sollte vielleicht für die Lemberger Sicherheitsbehörden das preußische Konsulat ein derartiges „Heiligtum“ bilden, daß sie für die bloße Absicht, vor ihm in den Ruf: „Schande“ einzufallen, schon von vornherein beschlossen hat, Berlin ein Sühnopfer in Gestalt einiger Leichen zu bringen? Die Jugend, welche sich vor das preußische Konsulat begab, marschierte nicht verstoßen, sondern mit Fackeln und patriotische Lieder singend. Dies war also ein Beweis dafür, daß die Jugend nicht die Absicht hatte, gegen die Person des preußischen Konsuls oder gegen dessen Wohnung und die Abzeichen des Staates rohe Gewalt anzuwenden. Sonst hätten die Demonstranten die Sache geräuschloser veranstaltet. Die Polizei aber, welche sich in so genügender Anzahl vor dem Konsulat eingefunden hatte, daß sie selbst einen bewaffneten Überfall hätte aushalten können, griff die wehrlosen Studenten gleich mit den Säbeln an und ließ von bezirrten Schutzleuten auf die sich zurückziehenden Leute schießen. Die in dem Hofe des Konsulats aufgestellte Gendarmerie-Abteilung gab bei dem ersten Geräusch, welches von der Seite des botanischen Gartens zu ihr drang, vier Gewehrsalven ab. Waren das vielleicht Freuden salven? Das amtliche Schreiben entschuldigt zwar das Schießen auf die Demonstranten mit den vorausgefallenen Schüssen, die seitens derselben abgegeben worden sein sollen. Das Märchen aber von den Schüssen ist eben so lächerlich und „wahr“, wie der Schlußsatz des Schreibens, in welchem das Vorkommnis am Ende der Mochnacki-Straße beschrieben wurde. „Hierauf antworteten die Demonstranten — so heißt es in dem Schreiben — daß sie Revolver

besäßen, und es erhoben sich tatsächlich einige mit Revolvern bewaffnete Hände.“ Wirklich? Vielleicht waren das aber Revolver aus Schokolade oder gewöhnliche Hausschlüssel? Weshalb hat die Polizei die Revolver nicht abgenommen, das war doch einfach ihre Pflicht, zumal die Gruppe der Demonstranten sehr friedlich gesinnt war und nach kurzer Verhandlung mit dem Kommissar umkehrte und sich zum Mickiewicz-Denkmal begab. Die Polizei hat aber gerade deshalb die klassischen Revolver nicht abgenommen, um desto leichter von ihnen in dem amtlichen Berichte sprechen zu können. Übrigens wird in dem Berichte selbst bestätigt, daß auch nicht ein einziger Schutzmann von einer Kugel verletzt worden sei.

Es gab also keine Revolver, es gab keine Schüsse, es gab dagegen ein brutales, herausforderndes Verhalten der Polizei, welche sich offenbar einmal hat zeigen wollen, denn es handelte sich ja hier um eine nationale Demonstration. Als in Krakau die Polizei-Kommissare mißhandelt wurden, wurde keinem der Demonstranten auch nur ein Haar gekrümmt. Als aber in Lemberg eine Studentenschar, die obendrein garnicht die Absicht hatte, zu schießen, vor dem Schutzmannsposten erschien, wurde sie sofort mit Schüssen seitens der berittenen Polizei empfangen. Ja, aber in Krakau handelte es sich um eine sozialdemokratische Demonstration, hier aber um das preußische Konsulat.

Der Statthalter, Graf Andreas Potocki, sagte im Landtage am 1. d. Mts., daß, wenn man von der Schußwaffe Gebrauch machen wollte, „es leicht vorkommen könnte, daß ein unschuldiger Vorübergehender das Opfer seiner Neugierde werden könnte oder daß in dem Trubel eine Frau oder ein Kind ihr Leben einbüßen könnten.“ Weshalb hat man nicht bei den gestrigen Vorkommnissen daran gedacht?

Wir nehmen an, daß der Herr Statthalter diese seine Worte denjenigen, die das angeht, in Erinnerung rufen und auch nicht vergessen wird, was er weiter gesagt hat: „Meinerseits gebe ich die Versicherung, daß ich jede Übertretung der Gesetze seitens der Sicherheitsbehörden streng verfolgen und bestrafen werde.“

Wir wissen, daß die Einflüsse der preußischen Regierung auch in unserem Staate mächtig sind. Wir wissen auch, daß unsere Polizeiorgane preußenfeindliche, nationale Kundgebungen hassen. Vielleicht werden wir uns in Zukunft mit dem Verhalten einiger Kreise unserer Polizei näher befassen müssen. Vorläufig sind wir der Ansicht, daß sich in unserem Lande Faktoren finden werden, welche die Bereitwilligkeit der Polizei zum Vergießen des polnischen Blutes auf der Schwelle des preußischen Konsulats zu mäßigen verstehen werden.

